

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Rafael Seligmann
Die sicherheitspolitische
Konzeption Israels

Hartwig Bierhoff
Das andere Israel

Norbert Jessen
ORT — „Hilfe zur Selbsthilfe“

Herfried Münkler
Afghanistan:
Legitimität der Tradition und
Rationalität der Modernisierung

Uwe-Jens Pasdach
Modernisierung und Stabilität
in der Türkei

ISSN 0479-611 X

B 21/82
29. Mai 1982

Rafael Seligmann, Dr. phil., geb. 1947 in Tel Aviv; 1957 reemigrierte seine Familie in die Bundesrepublik Deutschland; 1972 Beginn des Studiums der Neueren Geschichte und der Politischen Wissenschaften; 1981 Promotion über Israelische Sicherheitspolitik; 1980/81 Referent für Außen- und Deutschlandpolitik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU; seit 1981 Redakteur der Tageszeitung „Die Welt“.

Mehrere Veröffentlichungen über israelische Sicherheitspolitik, den Nahen Osten, deutsche Außenpolitik und allgemeine strategische Fragen.

Hartwig Bierhoff, geb. 1943; Studium der Romanistik, Erziehungswissenschaft, Geographie, Politik in Marburg/L. und Poitiers; Mitarbeit im Bereich des deutsch-französischen Jugendaustausches; seit 1973 Jugendbildungsreferent für den deutsch-israelischen Jugendaustausch; Studienleiter.

Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften, u. a. DIE ZEIT, Tribüne, Deutsche Jugend, Außerschulische Bildung, Materialien zur Politischen Bildung.

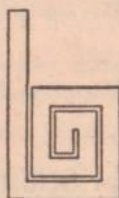
Norbert Jessen, geb. 1950 in Duisburg; von 1973 bis 1977 Studium der politischen Wissenschaften und Geschichte in Köln und Tel Aviv; Redakteur der deutschsprachigen Tageszeitung „Chadaschoth Israel“; Freier Mitarbeiter mehrerer Zeitungen und Rundfunksender in der Bundesrepublik.

Herfried Münkler, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaft in Frankfurt/M.; Lehrbeauftragter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt.

Veröffentlichungen: Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit Iring Fetscher u. Hannelore Ludwig), Opladen 1981; Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz, Frankfurt/M. 1982; zu Problemen der Dritten Welt: Perspektiven der Befreiung. Die Philosophie der Gewalt in der Revolutionstheorie von Frantz Fanon, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 33. Jg., 1981, Heft 3, S. 437—468; Partisanen der Tradition, in: Der Monat, Nr. 1, 1982, S. 109—119.

Uwe-Jens Pasdach, geb. 1931; Regierungsdirektor, Dipl.-Landwirt, Dipl.-Volkswirt; seit 1963 im Bundesministerium für Wirtschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Die langfristige Stahlnachfrage in der Bundesrepublik. Bestimmungsgründe und Prognose bis zum Jahr 1975, Köln und Opladen 1966; Internationale Türkeihilfe 1979. Die OECD-Sonderhilfsaktion: OECD-Special Assistance Action for Turkey, in: Mitteilungen, hrsg. von der Deutsch-Türkischen Gesellschaft, Heft 102, 1979; Mit weltweiter Hilfe vielleicht zum dynamischen Wirtschaftspartner, in: Die Welt, 5. 10. 1981 (Sonderbeilage „Welt Report Türkei“); Wie gültig ist Atatürks Erbe?, in: Mitteilungen, hrsg. von der Deutsch-Türkischen Gesellschaft, Heft 104, 1981; Gute Wachstumsaussichten für die türkische Wirtschaft. Eine mittelfristige Prognose der OECD, in: Nachrichten für Außenhandel, 9. 3. 1982.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die sicherheitspolitische Konzeption Israels

Seit dem Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges war der grundsätzliche Zweck der israelischen Sicherheitspolitik ein Friedenszustand mit den arabischen Staaten — auf der territorialen Basis der Waffenstillstandslinien von 1949 sowie der Integrität der innerstaatlichen (israelischen) Systeme, zumindest jedoch die Verhinderung eines „offenen“ Krieges mit den arabischen Nachbarländern¹⁾.

Intellektuelle Grundlage der israelischen Sicherheitspolitik war eine Sicherheitskonzeption, die im Laufe der Jahre entwickelt wurde²⁾. Mit Hilfe dieses Gedankengebäudes versuchten die israelischen Entscheidungsträger,

effektive (schematisierte) Antworten auf die von ihnen wahrgenommenen Herausforderungen der nationalen Sicherheit ihres Staates zu geben. Der grundsätzliche Inhalt sowie die prinzipiellen Leitlinien des sicherheitspolitischen Konzepts wurden, mit Ausnahme der kommunistischen Partei, Mitte der sechziger Jahre von allen israelischen Parlamentsfraktionen mitgetragen³⁾. Ehe dieses Konzept im nachfolgenden Kapitel dargestellt und untersucht werden wird, soll das *Wahrnehmungsprisma* skizziert werden, durch das die israelischen Entscheidungsträger die sicherheitspolitischen Herausforderungen ihres Staates betrachteten⁴⁾.

I. Das Umweltbild der Entscheidungsträger

Das jüdische Volk hatte während seiner mehr als 3000jährigen Geschichte ein ungewöhnlich großes Maß an Verfolgungen zu erdulden. Der Zionismus, die israelische Staatsideologie und wesentliche Ursache für die Rückkehr eines Teiles des jüdischen Volkes nach Palästina, ist als Reaktion auf den europäischen Antisemitismus im 19. Jahrhundert entstanden⁵⁾. Nach

dem Ende des Ersten Weltkrieges kam es aber auch in der von Theodor Herzl, dem Gründer des Zionismus, vorgesehenen Zufluchtstätte Palästina zu bewaffneten Aktionen gegen die jüdische Gemeinschaft⁶⁾. Während des Zweiten Weltkrieges wurden die zionistischen Führer ohnmächtige Zeugen der Vernichtung eines Großteils des europäischen Judentums⁷⁾. Nach 1945 sah sich die jüdische Gemeinschaft in Palästina mit Vernichtungsdrohungen und gewalttätigen Ausschreitungen der arabischen Seite konfrontiert. Die arabischen Regierungen verweigerten dem neugegründeten Staat Israel (1948) die Existenzberechtigung und versuchten, diesen gewaltsam zu liquidieren⁸⁾. Auch nach dem Ende des ersten arabisch-israelischen Krieges (1949) hielten die arabischen Staaten zumindest verbal an ihrem Vernichtungsziel fest⁹⁾. Die Aufrüstung der arabischen Länder in den sechziger Jahren wurde in Israel zumindest als latenter Versuch einer Liquidierung des jüdischen Staates gewertet¹⁰⁾.

¹⁾ In diesem Sinne äußerten sich ausnahmslos alle befragten ehemaligen Entscheidungsträger und Forscher. Siehe auch die Parlamentsreden Ben Gurions (8. 8. 1958) und Eshkol's (12. 1. 1966). Ebenso Meron Medzini (Hrsg.), *Israel's Foreign Relations. Selected Documents, 1947—74*, Jerusalem 1976 (2 Bde.), S. 648 ff. (im weiteren zitiert als IFR).

²⁾ Dagegen verwenden Michael Handel, *Israel's Political Military Doctrine*, Harvard 1973, Israel Tal, *Israel's Doctrine of National Security*, und Abba Eban, *An Autobiography*, Tel Aviv 1977, S. 305, den Begriff „Doctrin“ (= Lehre).

³⁾ Handel (1973), S. 9; Dan Horowitz, *The Israeli Concept of National Security*, Jerusalem 1974.

⁴⁾ Herbert C. Kelman, *Sozialpsychologische Aspekte internationalen Verhaltens*, in: Uwe Nerlich (Hrsg.), *Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter*, Gütersloh 1966, S. 141—239.

⁵⁾ Alex Bein, *Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems*, Frankfurt a. M. 1980 (2 Bde.).

⁶⁾ Dan Horowitz und Edward Luttwak, *The Israeli Army*, New York, San Francisco, London 1975, S. 5 ff.

⁷⁾ Golda Meir, *My Life*, London 1975, S. 131 ff; Eban (1977), S. 44 f.

⁸⁾ David Ben Gurion, *Israel. Die Geschichte eines Staates*, Frankfurt a. M. 1973, S. 101; Yigal Allon, *Der Sandvorhang*, Tel Aviv 1968 S. 14 (hebr.).

⁹⁾ Yair, Evron, *The Middle East: Nations, Superpowers and Wars*, London 1973, S. 21 ff.

¹⁰⁾ IFR, S. 665 f.

Der vorliegende Beitrag ist ein Auszug aus dem im Juni d. J. erscheinenden Buch: „Israelische Sicherheitspolitik. Zwischen Selbstbehauptung und Präventivschlag — Eine Fallstudie über Grundlagen und Motive“, Verlag Bernard und Graefe, München

Das Gefühl der Bedrohung der israelischen Entscheidungsträger wurde vertieft durch:

- die ständige Gefährdung der permanenten Sicherheitslage Israels;
- das ungünstige demographische Verhältnis gegenüber den arabischen Staaten;
- die relativ unvorteilhafte geostrategische Position Israels;
- die quantitative militärische Überlegenheit der arabischen Staaten;
- das Fehlen einer völkerrechtlich verbindlichen Zusage eines oder mehrerer Staaten, die territoriale Integrität Israels zu garantieren (wenn man von den einschlägigen, in der Pra-

xis oft unwirksamen Bestimmungen der UN-Charta absieht).

Die Verfolgungen des jüdischen Volkes in der Diaspora und in Palästina sowie die Weigerung der arabischen Regierungen, Israel eine Existenzberechtigung zuzugestehen, erzeugten bei den israelischen Entscheidungsträgern eine permanente Bedrohungshaltung, die als „Einkreisungsangst“¹¹⁾ oder als „Holocaust-Syndrom“¹²⁾ etikettiert wurde. Das Bewußtsein einer ständigen Existenzgefährdung erzeugte bei allen israelischen Entscheidungsträgern das Verlangen nach möglichst absoluten Sicherheitsbedingungen für ihren Staat¹³⁾.

II. Das Grundprinzip des Konzepts

Das Konzept der israelischen Sicherheitspolitik beruhte seit Mitte der sechziger Jahre auf folgender Überlegung¹⁴⁾:

— Die arabischen Staaten sollten durch eine kombinierte Anwendung des militärischen und diplomatischen Instrumentariums von einer Realisierung ihrer Liquidationsziele gegenüber dem jüdischen Staat sowie von einer unzumutbaren Beeinträchtigung der permanenten Sicherheitslage Israels *abgeschreckt* werden.

— Sollte diese *Abschreckung* versagen und die arabischen Staaten dennoch zu einem militärischen Schlag gegen Israel ausholen, so mußte ihnen die israelische Armee, wenn möglich, zuvorkommen, auf jeden Fall jedoch

eine rasche militärische Entscheidung herbeiführen.

Der Diplomatie kam in diesem Szenario die Funktion zu, im Ausland eine Unterstützung des israelischen Standpunktes in seiner Auseinandersetzung mit den arabischen Nachbarstaaten anzustreben, zumindest jedoch eine Paralisierung der politischen und militärischen Anstrengungen Jerusalems durch ausländische Mächte, ähnlich wie 1956/57, zu verhindern¹⁵⁾.

Im folgenden sollen die beiden Hauptkomponenten des militärischen Konzepts, die Abschreckungs- und die Kriegskonzeption untersucht werden. Diese Trennung wurde vorgenommen, um eine analytische Systematik zu ermöglichen.

III. Das Konzept der militärischen Abschreckung

Am 26. März 1946 bezeichnete Moshe Shertok, Exekutivmitglied der zionistischen Organisation und später unter dem Namen Sharett erster Außenminister Israels, vor einer englisch-amerikanischen Untersuchungskommission „Abschreckungsmacht“ als „politische Vertei-

digung (die) den Weg zum Frieden ebnet“¹⁶⁾. In den Ausführungen Sharetts werden Überlegungen angesprochen, die als Grundlage für das zukünftige Konzept der israelischen Sicherheitspolitik dienten. So erklärte Levi Eshkol nach seiner Wahl zum Premier- und Sicherheitsminister am 24. Juni 1963 vor der Knesset: „...Wir müssen die Bewährung der israelischen Abschreckungsmacht als die entscheidende Garantie für die Erhaltung des Friedens in der Region ansehen.“¹⁷⁾

¹¹⁾ Amos Perlmutter, *Politics and the Military in Israel 1967—1977*, London 1978, S. 83.

¹²⁾ Michael Brecher, *Decisions in Israel's Foreign Policy*, London, Melbourne, Delhi 1974, S. 333.

¹³⁾ Dan Horowitz, *The Israeli Concept of National Security*, Jerusalem 1974, S. 62ff.

¹⁴⁾ Horowitz (1974), S. 66—73; Tal (1977), S. 48.

¹⁵⁾ Brecher (1974), S. 309ff.; Handel (1973), S. 47—50.

¹⁶⁾ Jewish Agency for Palestine, *The Jewish Case Before the Anglo-American Committee of Inquiry on Palestine*, Jerusalem 1947, S. 1.

¹⁷⁾ IFR, S. 660—662.

In fast identischen Formulierungen betonte Eshkol in den folgenden Jahren wiederholt den Grundgedanken der sicherheitspolitischen Konzeption seines Landes: „Die Bewahrung und Verstärkung der (israelischen) Abschreckungsmacht ist die wichtigste Garantie gegen den Ausbruch eines Krieges in der Region.“¹⁸⁾

Auch Generalstabschef Rabin unterstrich die Bedeutung der militärischen Abschreckung als wirksamstes Instrument zur Verteidigung der permanenten und fundamentalen Sicherheit: „Es ist notwendig, die Waffe der Abschreckung zu benutzen, um ein normales Leben in der Grenzregion zu gewährleisten ebenso wie sie vital ist für die Sicherheit der Existenz Israels.“¹⁹⁾

Seit der Publikation von Yigal Allons Buch „Der Sandvorhang“²⁰⁾ gewann der Begriff Abschreckung eine überragende Bedeutung in den sicherheitspolitischen und strategischen Diskussionen in Israel. Abschreckung galt als *das* Instrument, mit dessen Hilfe sowohl die staatliche Existenz als auch die permanente Sicherheit des Landes gewährleistet werden konnten²¹⁾.

Den israelischen Entscheidungsträgern war bewußt, daß der Erfolg ihres militärischen Abschreckungskonzepts nicht allein vom Abschreckungspotential der Armee abhängig war. Als ebenso wichtig wurde ein psychologischer Faktor²²⁾ angesehen, auf den der abschreckende Staat nur bedingte Einflußmöglichkeiten besitzt: die *Glaubwürdigkeit* der Drohung²³⁾.

In seinen Untersuchungen über Abschreckung kommt Carl Friedrich von Weizsäcker zum gleichen Ergebnis: Die Wirksamkeit der Abschreckung ist funktional abhängig von ihrer „Glaubwürdigkeit“²⁴⁾. Die Glaubwürdigkeit der Drohung sieht Daniel Frei wiederum in „(Abhängigkeit) von zwei ... Variablen:

— der Einschätzung der *Fähigkeiten* (des Abschreckenden) und

— der Einschätzung der *Entschlossenheit*, die Drohung gegebenenfalls auch tatsächlich wahrzumachen“²⁵⁾.

Die „*geschätzte Fähigkeit*“ werde durch „das vorhandene Potential ... und durch den Stand der technologischen Entwicklung“ bestimmt. Die „Entschlossenheit“ sei die Resultante folgender Kräfte²⁶⁾:

— „der Angemessenheit der Drohung“

— „des Preises“²⁷⁾ für die angedrohte Vergeltungsaktion“

— der „Flexibilität der Drohung“

sowie

— der „Kommunizierbarkeit der Drohung“.

Das skizzierte Abschreckungsmodell Freis soll hier als theoretische Anregung zur Analyse eines tatsächlichen historischen Phänomens (der israelischen sicherheitspolitischen Konzeption) Verwendung finden.

1. „Abschreckung“ im Bereich der permanenten Sicherheit

Das israelische Abschreckungskonzept wurde im stetigen Wechselspiel mit der Praxis zunächst für den Bereich der „permanenten Sicherheit“ entwickelt²⁸⁾. Schon bald nach Beendigung des ersten israelisch-arabischen Krieges wurde deutlich, daß die israelischen Streitkräfte nicht in der Lage waren, die zunehmende Zahl von Anschlägen in den israelischen Grenzregionen wirksam zu unterbinden. Die Waffenstillstandslinien waren zu lang, Ausbildungsstand und Bewaffnung der Armee ungenügend. Es wurde deutlich, daß die israelischen Streitkräfte aufgrund ihrer geringen Zahl selbst bei einem erhöhten Ausbildungsniveau nicht in der Lage sein würden, die Waffenstillstandslinien wirksam gegen die Infiltration von bewaffneten Eindringlingen zu verteidigen²⁹⁾.

a) Die Vergeltungsaktionen³⁰⁾

Seit Mitte 1949 führten Einheiten der israelischen Armee sporadisch Angriffe gegen Frei-

¹⁸⁾ Ebenda, S. 665—698.

¹⁹⁾ Ma'ariv, 18. 12. 1962; siehe auch Itzhak Rabin, Dienstaussweis, 2 Bde., Tel Aviv 1977, S. 100 f. (hebr.).

²⁰⁾ Allon (1968).

²¹⁾ Horowitz (1974), S. 58; Tal (1977), S. 48.

²²⁾ Allon wörtlich zum Autor: „Es kommt nicht nur darauf an, daß der Wachhund bissig ist, sondern auch darauf, daß dies dem potentiellen Einbrecher auch bekannt ist.“; Horowitz (1974), S. 58—62.

²³⁾ Klaus Schwarz und Lazlo Hadik, *Strategic Terminology*, Düsseldorf 1966, S. 56.

²⁴⁾ Carl Friedrich v. Weizsäcker, *Abschreckung und Kriegsverhinderung*, in: Manfred Funke (Hrsg.), *Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt*, Bonn 1978, S. 87 ff.

²⁵⁾ Daniel Frei, *Grundfragen der Weltpolitik*, Stuttgart 1978, S. 40.

²⁶⁾ Ebenda.

²⁷⁾ Horowitz (1974), S. 55.

²⁸⁾ Als „permanente Sicherheit“ wurde die tagtägliche Sicherheit in den Grenzregionen und im Hinterland vor Angriffen und Sabotageakten regulärer oder irregulärer arabischer Bewaffneter bezeichnet.

²⁹⁾ Luttwak und Horowitz (1975), S. 104 ff.; Moshe Dayan, *Story of my Life*, London 1976, S. 181 f.

³⁰⁾ Shlomo Aronson und Dan Horowitz, *Die Strategie der kontrollierten Vergeltung. Das Beispiel Israel*, Jerusalem 1971 (hebr.).

schärlerstützpunkte auf arabischem Territorium durch. Diese Aktionen waren jedoch wenig erfolgreich — die Anschläge im Grenzgebiet nahmen stetig zu³¹). Um das Anwachsen der bewaffneten Überfälle wirksamer bekämpfen zu können, wurde im Jahre 1953 eine spezielle Armee-Einheit aufgestellt. Die unmittelbare Aufgabenstellung der „Einheit 101“ war es, durch sogenannte „Vergeltungsaktionen“ die (auf arabischem Gebiet befindlichen) Stützpunkte der Freischärler nach Möglichkeit zu zerstören. Darüber hinaus sollten die regulären arabischen Armeen und Regierungen von der Duldung einer Freischärlertätigkeit gegen Israel „abgeschreckt“ werden³²). Auf diese Weise hoffte man die permanente Sicherheits-situation Israels zu stabilisieren³³). Die konzeptionelle Methodik und Zielsetzung der israelischen „Vergeltungsaktionen“ wird von Aronson und Horowitz wie folgt beschrieben: „Der Versuch einer kontrollierten, gewaltsamen Reaktion, um den Gegner zu veranlassen, gewaltsame Aktionen, die von seinem Gebiet von Kräften unternommen werden, die nicht unbedingt unter seiner Kontrolle stehen, zu unterbinden.“³⁴)

Auch nach der Auflösung der „Einheit 101“ wurden die „Vergeltungsaktionen“ im wesentlichen unverändert fortgesetzt³⁵). Obgleich bis zum Sinaikrieg (1956) die Zahl und der Umfang dieser begrenzten militärischen Operationen erheblich gesteigert wurden, gelang es nicht, die permanente Sicherheit im israelischen Grenzgebiet zu erhöhen. Im Gegenteil: Die Aktivitäten der Infiltranten nahmen beträchtlich zu³⁶).

Dagegen waren die gewaltsamen israelischen Unternehmen für Nasser der Grund, zumindest aber das Alibi, die ägyptische Armee anzuweisen, die Freischärler im Gaza-Streifen zu unterstützen³⁷). Es kam zu einer Eskalation von Terroranschlägen und „Vergeltungsaktionen“, bei der eine Unterscheidung von Angriff und Verteidigung nicht mehr deutlich wurde. Die Zunahme der Zwischenfälle an der Waffenstillstandslinie des Gaza-Streifens war schließlich eine der Ursachen des zweiten israelisch-arabischen Krieges³⁸). Die Vergel-

tungsaktionen hatten keine Stabilisierung der permanenten Sicherheitssituation Israels zur Folge — schlimmer: sie trugen zu einer Gefährdung der fundamentalen Sicherheit bei³⁹).

Nach dem Ende des Sinaikrieges wurde eine Veränderung in Konzeption und Durchführung der israelischen Vergeltungsaktionen deutlich:

— Unternehmungen wurden nur noch durchgeführt, wenn sich die israelische Regierung gezwungen glaubte, einer arabischen Regierung die Grenze ihrer Toleranzbereitschaft signalisieren zu müssen, einen offenen Krieg aber vermeiden wollte⁴⁰).

— Die Aktionen wurden sorgfältig vorbereitet, ihr Umfang begrenzt⁴¹).

— Die Operationen wurden, soweit dies durchführbar war, von israelischem Territorium (durch Artilleriebeschuß) oder aus der Luft exekutiert, um direkte Kämpfe mit den arabischen Armeen und damit die Gefahr einer Eskalation der Grenzgefechte zu vermeiden⁴²).

— Erschien ein Unternehmen auf arabischem Gebiet dennoch unvermeidbar, so richtete es sich fast immer direkt gegen die regulären Streitkräfte oder strategische Einrichtungen. Auf diese Weise wollte man unkontrollierte Ausweitungen der Kampfhandlungen vermeiden⁴³).

b) Zusammenfassung

Die israelischen Vergeltungsaktionen waren als Instrument der permanenten Sicherheit konzipiert: Durch eine begrenzte militärische Bestrafung sollten die arabischen Staaten von aktiven und passiven Anschlägen auf die permanenten Sicherheitsinteressen Israels abgeschreckt werden.

Das Ausmaß des jeweiligen Armeeeunternehmens war jedoch nicht die Funktion des oder der vorangegangenen (arabischen) Anschläge, sondern des von Israel jeweils gewünschten Effekts. Die Bezeichnung „Vergeltungsaktion“ ist daher zumindest ungenau, denn sie bezieht sich nur auf die Ursache des israelischen Schlages, nicht aber auf seine Wirkung.

Die tatsächliche Wirkung einer „Vergeltungsaktion“ war funktional der Reaktion der be-

³¹) Dayan (1976), S. 182; Aronson und Horowitz (1971), S. 84.

³²) Aronson und Horowitz (1971), S. 109ff.

³³) Ebenda.

³⁴) Ebenda, S. 77.

³⁵) Die Angehörigen der „Einheit 101“ wurden einem Fallschirmjägerbataillon zugeordnet. Die Vergeltungsaktionen wurden fortgesetzt.

³⁶) Ben Gurion (1973), S. 437ff.; Dayan (1976), S. 191ff.

³⁷) Mohammed Heikal, Das Kairo-Dossier. Aus den Geheimpapieren des Gamal Abdel Nasser, Wien, München, Zürich 1972, S. 68ff.

³⁸) Netanel, Lorch, One Long War. Arab Versus Jew Since 1920, Jerusalem 1976, S. 87ff.

³⁹) Befragung Allon; Horowitz (1976), S. 57.

⁴⁰) Befragung Allon; Rabin.

⁴¹) Rabin (1979), S. 121ff.

⁴²) Ebenda.

⁴³) Ebenda; siehe auch Aronson und Horowitz (1971), S. 90f.

treffenden arabischen Regierung. Darauf konnte Israel jedoch nur mittelbar durch den Zeitpunkt, den Ort und das Ausmaß einer Vergeltungsoperation Einfluß gewinnen. Die Einschätzung einer israelischen Aktion blieb im Ermessen der arabischen Seite. Hier waren innen- und außenpolitische Faktoren im Spiel, auf die Israel keinen oder nur geringen Einfluß nehmen konnte⁴⁴).

Dagegen bestand, wie die Vorgeschichte des Sinaifeldzugs erwies, die Gefahr, durch massive Vergeltungsaktionen einen Eskalationsprozeß zu beschleunigen, der in einen offenen Krieg mündete — das genaue Gegenteil der beabsichtigten Wirkung.

2. Abschreckung und fundamentale Sicherheit⁴⁵)

General Yariv schreibt in seiner Analyse „30 Jahre Sicherheit“: „Abschreckung ist der wichtigste Faktor der fundamentalen Sicherheit Israels.“⁴⁶) Diese Einschätzung wird von ehemaligen Entscheidungsträgern und wissenschaftlichen Untersuchungen⁴⁷) bestätigt.

Die israelische Konzeption der fundamentalen Sicherheit, deren instrumentales Kernstück „Abschreckung“ ist, wurde in der unmittelbaren Folge des Suezkrieges entwickelt. Damals sah sich Israel gezwungen, seine Truppen von der Sinaihalbinsel und aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen. Jerusalem gab dem internationalen Druck nach und räumte die im Krieg besetzten Gebiete — im Austausch für die Zusage einer freien Zufahrt nach Elat sowie die Stationierung von UN-Truppen im Gaza-Streifen und an der Straße von Tiran⁴⁸). Parallel dazu erklärte Israels Außenminister, Frau Meir, vor den Vereinten Nationen, ihr Land „behalte sich (im Falle einer Wiederholung der Vorkriegszustände) Handlungsfreiheit zur Verteidigung seiner Rechte“ vor⁴⁹). An diesem Tag (1. März 1957) wurden die Grundzüge des zukünftigen israelischen Abschreckungskonzepts sichtbar: Jerusalem drohte seinen potentiellen Kriegsgegnern, gegen sie vorzugehen

(„... behalte sich Handlungsfreiheit vor“), falls diese eine Situation schaffen würden, die der jüdische Staat als eine Bedrohung seiner fundamentalen Sicherheitsinteressen ansehen würde.

Wegen der zentralen Bedeutung des Abschreckungsfaktors für die Sicherheitssituation Israels wurde ein Konzept konstruiert, das Antworten auf ein möglichst umfangreiches Spektrum von Herausforderungen beinhalten sollte. Auf diese Weise sollten flexible Reaktionen in Krisensituationen ermöglicht und starre eskalationsfördernde Handlungsanweisungen vermieden werden⁵⁰).

Die israelischen Entscheidungsträger erkannten, daß die Wirksamkeit der Abschreckung ihres Staates wesentlich von der *Einschätzung* des militärischen Instrumentes dieser Bedrohung, der israelischen Armee, durch die arabische Seite abhängig war⁵¹).

Dies war ein Faktor, der sich von Israel nur ungenau beurteilen ließ und den Jerusalem zudem nur schwer und lediglich indirekt beeinflussen konnte⁵²). Um die Effizienz der Abschreckungswirkung zu erhöhen, wurden daher in das israelische Abschreckungskonzept Elemente eingefügt, mit deren Hilfe man die Glaubwürdigkeit der Abschreckung und damit letztlich die Sicherheitspolitik insgesamt wirksamer gestalten wollte. Diese Elemente lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

- Definition von Kriegsgründen;
- Öffentliche Erklärungen;
- Begrenzte militärische Operationen.

a) Definition von Kriegsgründen

Das wichtigste unmittelbare Element, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung im israelischen Konzept der fundamentalen Sicherheit zu erhöhen, war die öffentliche Definition von Umständen, bei deren Eintreten sich Jerusalem das Recht auf militärische Aktionen, einschließlich Krieg, vorbehielt⁵³).

Das Konzept, durch die Nennung von Kriegsgründen den potentiellen Gegner davon abzuschrecken, diese herbeizuführen, wurde in der denkwürdigen Rede Golda Meirs vor den Vereinten Nationen erstmals deutlich:

⁴⁴) Befragung Allon, Rabin.

⁴⁵) Unter dem Begriff „fundamentale“ oder allgemeine Sicherheit werden in Israel die Problembe-

reiche der Kriegsvorbereitung und Kriegführung verstanden.

⁴⁶) Aharon Yariv, *Dreißig Jahre Sicherheit*, Tel Aviv 1978.

⁴⁷) Allon (1968), S. 68 ff.; Eban (1977), S. 305.; Handel

(1973), S. 37 ff.

⁴⁸) Eban (1977), S. 215 ff.

⁴⁹) 11. UN GOAR, 666. Plenartagung (1. 3. 1957),

S. 1275 f.

⁵⁰) Befragung Allon; Horowitz (1975), S. 70 ff.

⁵¹) Ebenda; siehe hierzu auch Rosecrance, der darauf hinweist, daß auch bei nuklearen Potentialen „Unklarheit über die Kapazitäten (herrscht), die wirklich nötig sind, um abzuschrecken“. Richard Rosecrance, *Strategic Deterrence Reconsidered*, in: IISS, *Adelphi Papers* No. 116, London 1975, S. 2.

⁵²) Befragung Yariv; Harkabi; Allon.

⁵³) Allon (1968), S. 141 ff.; Eban (1977), S. 324.

Israels Vertreterin bezeichnete zwei Szenarien, in denen sich ihr Land volle Handlungsfreiheit vorbehielt⁵⁴⁾:

— die Sperrung der See- und Luftfahrtswege nach Elat;

— die Wiederaufnahme von Terroraktionen aus dem Gaza-Streifen.

Im Oktober des folgenden Jahres, während des Bürgerkriegs im Libanon und dem Umsturz im Irak, machte Jerusalem deutlich, daß es nicht bereit war, einen Umsturz in Jordanien zuzulassen, als dessen Ergebnis ein radikal Israel-feindliches Regime die empfindliche Ostgrenze des jüdischen Staates kontrolliert hätte⁵⁵⁾. Seither galt die Beseitigung der gegenüber Israel verhältnismäßig moderaten Haschemitenmonarchie und ihre Ersetzung durch ein pronociert Israel-feindliches Regime in Jerusalem als Grund für eine bewaffnete israelische Intervention — eine Tatsache, die die arabischen Regierungen zur Kenntnis nahmen⁵⁶⁾.

Zwei Jahre später (Februar 1960) ließ Israel durch die Mobilisierung seiner Reserven erkennen, daß es nicht gewillt war, einen Aufmarsch ägyptischer Verbände im Sinai hinzunehmen⁵⁷⁾. Eine Wiederholung wurde seither ebenfalls als möglicher Kriegsgrund angesehen⁵⁸⁾.

Das Bemühen der arabischen Staaten, die Quellflüsse des Jordans abzuleiten, wurde von Israel als langfristige existenzielle Gefährdung betrachtet und daher ebenfalls als Grund für eine bewaffnete Intervention angesehen⁵⁹⁾.

Die Konsequenzen, mit denen Israel den arabischen Staaten für den Fall drohte, daß diese seine fundamentalen Sicherheitsbelange tangierten, wurden ebenso wie in der primären „Abschreckungsrede“ Golda Meirs bewußt vage formuliert. Die Standardformel lautete, Israel werde beim Eintreten einer bestimmten Situation von seinem Recht auf „Selbstverteidigung“ bzw. „Handlungsfreiheit“ Gebrauch machen.

⁵⁴⁾ 11. UN GOAR, 666. Plenartagung, 1.3. 1957, S. 1275f.

⁵⁵⁾ Michael Brecher, *The Foreign Policy System of Israel. Setting, Images, Process*, London, Toronto, Melbourne 1972, S. 67. Steven J. Rosen, *Military Geography and the Military Balance in the Arab-Israeli Conflict*, Jerusalem 1977, S. 7f.

⁵⁶⁾ Befragung Allon; Yehoshua Raviv, *Die Sicherheit Israels*, in: *Ma'arachot*, Nr. 204 (1970), S. 4f.; Brecher (1972), S. 67f.

⁵⁷⁾ Zeev Schiff und Eitan Haber, *Israelisches Sicherheitslexikon*, Tel Aviv 1976, S. 482f. (hebr.).

⁵⁸⁾ Befragung Allon; Rabin; Yariv.

⁵⁹⁾ Brecher (1974), S. 173—224.

Die bewußt ungenaue Definition der Drohung hatte die Funktion, im Ernstfall — den man mit der Drohung gerade vermeiden wollte — einen eskalativen Handlungsautomatismus zu vermeiden und den israelischen Entscheidungsträgern alle politischen und militärischen Optionen offenzulassen⁶⁰⁾. Darüber hinaus hoffte man, daß eine vage formulierte Drohung einen erhöhten Abschreckungscharakter gegenüber einer ungenau definierten Aussage hätte⁶¹⁾.

b) Öffentliche Erklärungen

Die öffentlichen Erklärungen verantwortlicher israelischer Politiker und Militärs zur allgemeinen und konkreten Sicherheitssituation ihres Staates hatten neben der bereits erläuterten Aufgabe, der israelischen und ausländischen Öffentlichkeit den Standpunkt Jerusalems zu demonstrieren⁶²⁾, auch eine unmittelbare Funktion:

Die arabischen Staaten wurden auf die Effektivität der israelischen Abschreckungsmacht und die Bereitschaft Jerusalems hingewiesen, diese notfalls — d. h. bei einer Bedrohung seiner Existenz — zu gebrauchen.

Ansätze dieser Politik wurden wiederum in der historischen Rede Golda Meirs am 1. März 1957 vor den Vereinten Nationen erkennbar. Ägypten wurden Gegenmaßnahmen angedroht, falls es vitale israelische Sicherheitsinteressen verletze.

In ihren Reden zur Sicherheitslage betonten die israelischen Spitzenpolitiker neben der prinzipiellen Friedensbereitschaft ihres Landes die militärische Effektivität der israelischen Abschreckungsmacht — also deren kriegsverhindernde und langfristig friedensfördernde Funktion⁶³⁾.

So schrieb Ministerpräsident Eshkol beispielsweise im Regierungsjahrbuch 1966/67: „Unsere unabhängige Abschreckungsmacht ist die grundsätzliche Garantie zur Vermeidung von Krieg in der Region. ... sie ermöglicht früher oder später den Weg zum Frieden.“⁶⁴⁾

Daneben wurde aber auch die Zunahme der „Defensiv- und Abschreckungskapazität“ un-

⁶⁰⁾ Befragung Allon; Hakohen; Handel (1973), S. 67.

⁶¹⁾ Ebenda.

⁶²⁾ Befragung Allon; Hakohen. Siehe hierzu auch die Autobiographien der Außenminister Eban (1977) und Meir (1975), in denen fortwährend auf den hohen Stellenwert der öffentlichen Meinung im Ausland hingewiesen wird; ebenso IFR.

⁶³⁾ Siehe etwa die Knesset-Reden Eshkols und Ebans 1966/67; teilweise in: IFR, S. 660ff.

⁶⁴⁾ *Government Yearbook 1966/67, Jerusalem 1967*, S. 8f.

terstrichen⁶⁵). Generalstabschef Rabin hob wiederholt die Stärke der israelischen Abschreckungsmacht hervor und warnte gleichzeitig die arabischen Staaten, insbesondere Syrien, die Grenzen der israelischen Toleranz zu überschreiten⁶⁶).

c) Begrenzte militärische Aktionen

Die israelischen Vergeltungsaktionen hatten, abgesehen von ihrem unmittelbaren Zweck, die arabischen Staaten von einer Verletzung der permanenten Sicherheitsinteressen des jüdischen Staates abzuschrecken, eine mittelbare Funktion im Konzept der fundamentalen Sicherheit: die Demonstration der überlegenen Kampfkraft der israelischen Armee und deren Fähigkeit zum sofortigen Zurückschlagen. Auf diese Weise sollten die arabischen Regierungen von einem direkten Konfrontationskurs, der die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung erhöhte, abgeschreckt werden⁶⁷).

Als Musterbeispiel für die Verwirklichung der erwähnten unmittelbaren Abschreckungsfunktion kann die Bombardierung von syrischen Stellungen und der Abschub von sechs syrischen Düsenjägern am 7. April 1967 gelten⁶⁸). Durch diese Aktion sollte die Überlegenheit und Reaktionsschnelligkeit der israelischen Armee gegenüber einem potentiellen Kriegsgegner demonstriert werden — um diesem die Gefahren einer Ausweitung des Konflikts zu demonstrieren⁶⁹).

3. Zusammenfassung

Das zentrale Instrument zur Verteidigung der permanenten und fundamentalen Sicherheitsinteressen Israels war die Abschreckung. Auf der Ebene der permanenten Sicherheit dienten die sogenannten Vergeltungsaktionen als hauptsächliches Mittel, den arabischen Regierungen den Preis einer passiven oder aktiven Bedrohung des Lebens in den israelischen Grenzregionen aufzuzeigen, sie dadurch von einer Fortsetzung beziehungsweise Billigung dieser Maßnahme abzuschrecken. Diese Strategie war allerdings nur dann wirksam, wenn die betroffene arabische Regierung bereit war,

die Logik zu akzeptieren, die diesem Konzept zugrunde lag: daß der Schaden, der durch die „Vergeltungsschläge“ entstand, den Prestigegewinn eines aktiven antiisraelischen Vorgehens aufwiege. Stellte allerdings ein arabisches Regime aus außen- und innenpolitischen Gründen den Ansehensgewinn einer Konfrontation mit dem jüdischen Staat höher als den Schaden, den begrenzte militärische Angriffe Israels verursachen konnten, so mußte die Politik der Vergeltungsaktionen erfolglos bleiben. Darüber hinaus bot die israelische Vergeltungsstrategie jeder arabischen Regierung, der an einer Eskalation des Konflikts mit Israel gelegen war, die Möglichkeit, eben jene Strategie Jerusalems für ihren Zweck dienstbar zu machen.

Auf dem Gebiet der fundamentalen Sicherheit hatte die Abschreckung die Funktion, die arabischen Staaten an einer Verschiebung des militärischen Gleichgewichts, auf dem Israel seine staatliche Existenz basieren sah, oder an direkten Vorbereitungen für einen Angriffskrieg zu hindern. Militärisches Instrument der Abschreckung waren die israelischen Streitkräfte. Wegen der Abhängigkeit der Effektivität der Abschreckung von ihrer Glaubwürdigkeit wurden ins israelische Abschreckungskonzept Elemente einbezogen, durch die die Glaubwürdigkeit der Abschreckung erhöht werden sollte. Doch wie auf der permanenten, so war auch auf der fundamentalen Sicherheitsebene die Wirksamkeit der Abschreckung weniger von den objektiven Drohmaßnahmen, als vielmehr von deren Beurteilung durch die arabischen Adressaten abhängig. Die Beurteilung der Frage, ob und inwieweit die Abschreckung funktionierte, lag wiederum im Ermessen der israelischen Entscheidungsträger. Hier wird der kritische Punkt jeder Abschreckungsstrategie angesprochen — sie beruht auf dem psychologischen, objektiv schwer bestimmbar Faktor Angst⁷⁰). Die Wirksamkeit der Abschreckung wird somit in zweifacher Weise von psychologischen Gesichtspunkten bestimmt: einmal, ob der Adressat Furcht vor einer angedrohten Strafe hat, zum anderen, inwieweit der Drohende die Angst des Empfängers richtig einschätzt. Im konkreten Fall war also die Effektivität des wesentlichen Instruments der Sicherheit Israels abhängig von den politischen Systemen und den privaten Perzeptionen der Entscheidungsträger auf der arabischen und israelischen Seite.

⁷⁰) Weizsäcker (1975), S. 87; Frei (1977), S. 40.

⁶⁵) Ebenda; Eban (1977), S. 143.

⁶⁶) Rabin am 21. 3. 1967; Rabin (1979), S. 117 ff.

⁶⁷) Befragung Rabin; Yariv.

⁶⁸) Hanoach Bartov, Dado. 48 Jahre und 20 Tage, 2 Bde., Tel Aviv 1978, Bd I., S. 117—119 (hebr.).

⁶⁹) Befragung Rabin; Yariv; Hakohen.

IV. Die Kriegskonzeption

1. Systematik

In seiner Untersuchung abstrakter Strukturen allgemeiner Sicherheitspolitik schreibt Daniel Frei: „(Im Falle des Mißlingens) der Abschreckung ... gehe es darum, (sich) gegen den oder die Urheber von Übergriffen zur Wehr zu setzen, den Angriff zu vereiteln, sich zu verteidigen und damit die Schäden zu begrenzen, die dem System aus einem solchen Übergriff erwachsen.“⁷¹⁾ Das „Mißlingen der Abschreckung“ dokumentiere sich in gegnerischen „Übergriffen“ oder „Angriffen“⁷²⁾.

Das entscheidende Beurteilungskriterium der israelischen Entscheidungsträger, ob und inwieweit die Abschreckung ihres Staates funktionierte, war der Stand des israelisch-arabischen militärischen Machtverhältnisses. Sobald das militärische Potential Israels als nicht mehr ausreichend erachtet wurde, die arabischen Regierungen von konkreten Maßnahmen mit dem Ziel einer Veränderung der militärischen Balance zu ihren Gunsten „abzuschrecken“, sah Jerusalem die Wirksamkeit seiner Abschreckungsmacht als nicht mehr gegeben an. In diesem Fall gebot das Konzept der fundamentalen Sicherheit Israels ein offensives militärisches Vorgehen gegen die arabischen Staaten⁷³⁾.

Eine objektive Würdigung des Machtgleichgewichts ist jedoch kaum möglich⁷⁴⁾. Die Beurteilung, ob und inwieweit sich das militärische Gleichgewicht tatsächlich zuungunsten Israels verschob — das heißt die Frage über Krieg und Frieden —, wurde somit weitgehend zur Funktion des politischen Systems in Israel und den darin enthaltenen idiosynkratischen Faktoren⁷⁵⁾. In der Fachliteratur wird das Konzept und die Praxis des israelischen offensiven militärischen Schlages als Präventiv-⁷⁶⁾ bzw. Präventivkonzept⁷⁷⁾ etikettiert.

⁷¹⁾ Frei (1977), S. 38.

⁷²⁾ Ebenda.

⁷³⁾ Befragung Allon; Harkabi; Allon (1968), S. 60 ff.; Yariv (1978), S. 7; Handel (1973), S. 37 ff.

⁷⁴⁾ Robert L. Pfaltzgraff und James E. Dougherty, *Contending Theories of International Relations*, Philadelphia, New York, London 1971, S. 34—36.

⁷⁵⁾ Hans J. Morgenthau, *Macht und Frieden*, Gütersloh 1963, S. 145—197.

⁷⁶⁾ Ein Präventivkrieg wird als Krieg definiert, den ein Staat beginnt, wenn eine Verschiebung des Machtgleichgewichts zu seinen Ungunsten feststellbar wird und angenommen werden muß, daß sich die relative Machtsituation des Staates (der den Krieg eröffnet) mit Fortschreiten der Zeit weiter verschlechtern wird. Samuel Huntington, *Arms Races, Prerequisite and Results*, in: Kenneth Waltz, *The Use of Force*, Boston 1970.

⁷⁷⁾ Ein Staat eröffnet einen präemptiven Krieg, wenn seine Regierung davon überzeugt ist, daß ihr

In seiner Untersuchung über Präventivkriege weist Carl Friedrich von Weizsäcker darauf hin, daß psychologische Motive („Bedrohung“) einen hohen Stellenwert bei einer Entscheidung über einen Präventivkrieg einnehmen⁷⁸⁾: „Ob eine der beiden Mächte dann zum Präventivkrieg schreitet, hängt nicht von der Rüstungssituation allein ab, sondern davon, wie sie die Bedrohung durch ihren Gegner beurteilt.“⁷⁹⁾

Auch in Israel war die Entscheidung über Krieg und Frieden abhängig von der Beurteilung der Regierung, inwieweit sich das arabisch-israelische Machtverhältnis verschob und wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines arabischen Angriffs auf den jüdischen Staat eingeschätzt wurde⁸⁰⁾. Im spezifischen Fall war die Bedrohungsangst in Jerusalem aufgrund der globalen politischen Situation, den bekannten Intentionen der arabischen Regierungen, der für Israel insgesamt ungünstigen geostrategischen und demographischen Lage sowie der Weltsicht der israelischen Entscheidungsträger verhältnismäßig groß. Daher war die israelische Bereitschaft, einen Präventivkrieg zu starten, relativ hoch⁸¹⁾. Diese Bereitschaft wurde zusätzlich erhöht durch den Umstand, daß die israelischen Entscheidungsträger aufgrund völkerrechtlicher und politischer Umstände bzw. Erwägungen jeden israelisch-arabischen Krieg per se als Verteidigungskrieg des jüdischen Staates ansahen⁸²⁾.

2. Das Kriegsbild

Im folgenden soll die Auswirkung des allgemeinen israelischen Kriegskonzepts auf die drei praktischen Ebenen der Kriegführung (Strategie, Operation, Taktik) untersucht werden. Diese tatsächliche Kriegskonzeption wird dem abstrakten Kriegsbild gegenübergestellt werden, das Clausewitz eingangs seines Werkes „Vom Kriege“ entwickelte⁸³⁾.

Land mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem potentiellen Kriegsgegner angegriffen werden wird und in diesem Krieg derjenige entscheidende Vorteile erringt, der als erster angreift. Glenn H. Snyder, *Deterrence and Defence*, Princeton 1961, S. 104 ff.

⁷⁸⁾ Weizsäcker (1975), S. 89 f.

⁷⁹⁾ Ebenda, S. 89 f.

⁸⁰⁾ Befragung Allon; Harkabi. Horowitz (1975), S. 46 ff.; Brecher (1972), S. 229.

⁸¹⁾ Allon (1968), S. 67 ff.

⁸²⁾ Befragung Carmel; Galili; Hakohen.

⁸³⁾ Carl v. Clausewitz, Bonn (1966), S. 83 ff.

a) Strategie⁸⁴⁾

Im ersten Buch seines Werkes „Vom Kriege“ skizziert Carl von Clausewitz zunächst ein (abstraktes) Bild vom Wesen und Zweck des Krieges: „Der Krieg ist ... ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen ... Gewalt ist also das Mittel, dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen, der Zweck ... um diesen Zweck zu erreichen, müssen wir den Gegner wehrlos machen.“⁸⁵⁾

Clausewitz nennt drei Methoden zur „Wehrlosmachung“ des Gegners⁸⁶⁾:

- Zerstörung der Armee;
- Besetzung des Landes;
- Brechung des Willens (der entscheidende Punkt).

Das strategische Ziel des israelischen Kriegskonzepts wurde von Moshe Dayan als „möglichst schnelles Zusammenbrechen der feindlichen Streitkräfte“ definiert⁸⁷⁾.

Das Bestreben, die Dauer des Waffenganges so kurz wie möglich zu halten, hatte zwei Ursachen:

- Im Kriegsfall mußte das gesamte israelische Potential mobilisiert werden — eine strategische Reserve verblieb nicht. Da Kriegsverluste vom Inland nicht ersetzt werden konnten, nahm das militärische Potential zwangsläufig in fortschreitender Zeit ständig ab⁸⁸⁾.
- Die in der Vergangenheit sichtbaren Bestrebungen der Westmächte, die arabisch-israelischen Kriege (1948/49 und 1956) möglichst umgehend zu beenden sowie der Zwang, der dabei auf Jerusalem ausgeübt wurde.

Israel besaß daher nur eine Zeitspanne von wenigen Tagen, um die Fakten scheinbar unwiederbringlich gemäß seinen Interessen zu verändern⁸⁹⁾.

Durch tiefe Panzervorstöße in das gegnerische Gebiet, die unter Umgehung befestigter feindlicher Stellungen und unter Vermeidung größerer Gefechte voranzutreiben waren, sollten Lebenslinien der gegnerischen Armeen zerschnitten und so deren Zusammenbruch herbeigeführt werden. Die Gründe für das Bestreben, größere Schlachten zu vermeiden, waren wiederum die Notwendigkeit einer kurzen

Kriegsdauer und die beschränkten israelischen Ressourcen.

Die führenden israelischen Strategen betonen in ihren Schriften, daß eine Zerstörung der arabischen Armeen aufgrund des begrenzten israelischen Militärpotentials und der „Regenerierbarkeit“ der arabischen Streitkräfte sinnlos und kostspielig sei⁹⁰⁾.

Eine „Brechung des (politischen) Willens“ der arabischen Regierungen wurde von israelischer Seite wegen der überlegenen materiellen Ressourcen dieser Länder und der absorbierenden Wirkung des arabischen Raums ebenfalls nicht angestrebt⁹¹⁾. Die strategische Konzeption in Jerusalem sah daher lediglich eine möglichst schnelle Niederringung der arabischen Armeen vor. Eine bestimmende Einflußnahme auf die politische Position des Gegners, die Clausewitz zu Recht als den eigentlichen Zweck des Krieges ansah⁹²⁾, wurde wegen der relativ begrenzten Machtmittel Israels nicht angestrebt.

b) Operation

Das primäre Ziel des israelischen Kriegskonzepts auf der operativen Ebene⁹³⁾ war, die Kampfhandlungen in kürzester Frist auf gegnerisches Gebiet zu verlegen⁹⁴⁾. Diese erstmals von Ben Gurion erhobene Forderung⁹⁵⁾ wurde später von Dayan und Allon übernommen und zum Axiom der operativen Kriegszielplanung gemacht⁹⁶⁾. Das Bestreben, den Krieg so schnell wie möglich in das feindliche Territorium zu tragen, hatte mehrere Ursachen:

- Israel besaß keine strategische Tiefe, konnte also tiefere Einbrüche der gegnerischen Armeen kaum absorbieren;
- die meisten Bevölkerungs- und Industriezentren, Militärstützpunkte und Nachschubwege befanden sich in exponierten strategischen Positionen — zumeist in Reichweite der feindlichen Artillerie, allesamt jedoch im optimalen Operationsbereich der arabischen Luftstreitkräfte.

⁸⁴⁾ Allon (1968), S. 60; Dayan (1976), S. 191ff.; Tal (1977), S. 44.

⁸⁵⁾ Ebenda.

⁸⁶⁾ Clausewitz (1966), S. 89f. und 112.

⁸⁷⁾ Als operative Ebene wird die zeitliche Koordination von Streitkräften in Kampfhandlungen bezeichnet. Militärlexikon, Berlin (Ost) 1973, S. 281.

⁸⁸⁾ Befragung Allon; Yariv. Tal (1977), S. 46; Perlmutter (1978), S. 68f.; Handel (1973), S. 68; Yariv (1978), S. 12f.

⁸⁹⁾ Ben Gurion am 15. Mai 1949.

⁹⁰⁾ Befragung Allon; Rabin. Dayan (1966), S. 34; Allon (1968), S. 60.

⁸⁴⁾ Clausewitz definiert Strategie als den „Gebrauch der Gefechte im Krieg“ (ebenda, S. 190—198), also das gesamte Kriegsbild.

⁸⁵⁾ Clausewitz (1966), S. 89f.

⁸⁶⁾ Ebenda, S. 112.

⁸⁷⁾ Moshe Dayan, *Diary of the Sinai Campaign*, London 1966, S. 42.

⁸⁸⁾ Allon (1968), S. 46ff.; Handel (1973), S. 32.

⁸⁹⁾ Befragung Allon; Rabin; Yariv. Moshe Dayan, *Eine neue Landkarte — neue Beziehungen*, Tel Aviv 1969, S. 17ff. (hebr.); Tal (1977), S. 45.

Diese Umstände machten die rasche Gewinnung von strategischen Pufferzonen zwischen der Frontlinie und den militärischen Aufmarschräumen sowie den Bevölkerungszentren zum vorrangigen operativen Kriegsziel⁹⁷⁾.

c) Taktik⁹⁸⁾

Die skizzierten strategischen und operativen Zielprojektionen des israelischen Kriegskonzepts erforderten auf der taktischen Ebene naturgemäß eine offensive Kriegführung. Neben diesen strategischen und operativen Notwendigkeiten bestanden auch spezifische taktische Erfordernisse, die für eine offensive Kriegführung sprachen. Die Länge der Waffenstillstandslinie (985 Kilometer) sowie die geringe Bevölkerungs- und damit Armeestärke ließen eine defensive Kriegführung unzweckmäßig erscheinen. Selbst im Mobilisierungsfall waren die Streitkräfte quantitativ nicht in der Lage, eine effektive Verteidigung auf der gesamten potentiellen Frontlinie zu gewährleisten, um so eventuelle Einbrüche zu verhindern⁹⁹⁾.

Als Ausweg aus dem Dilemma der kleinen Truppenzahl und der langen Frontlinien wählten die militärischen Planer Israels die sogenannte „main-effort“-Methode. Die taktische Kriegsplanung der israelischen Armee sah Truppenmassierungen (Schwerpunktbildungen) an Frontabschnitten vor, von denen aus mit dem an dieser Stelle vorhandenen Übergewicht Durchbrüche in die feindlichen Linien erzielt werden sollten, um so das strategische

Ziel (Kollaps der gegnerischen Armeen) trotz der unterlegenen Zahl der eigenen Verbände erzwingen zu können¹⁰⁰⁾.

3. Fazit

Israels sicherheitspolitische Konzeption sah für den Fall einer Bedrohung der fundamentalen Sicherheit durch akute Kriegsvorbereitungen der arabischen Seite bzw. eine Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zuungunsten des jüdischen Staates ein präventives militärisches Vorgehen der Armee vor.

Die israelische Kriegsplanung war wegen weltpolitischer, demographischer und geostrategischer Faktoren darauf ausgerichtet, einen offensiven kurzen Waffengang auf den drei Ebenen der Kriegführung anzustreben. Den israelischen Entscheidungsträgern war der gravierende Mangel dieser Konzeption, vor allem auf der strategischen Stufe, bekannt:

Israel konnte in einem Krieg arabische Gebiete besetzen, wegen seiner beschränkten Ressourcen und weltpolitischer Umstände war Jerusalem jedoch außerstande, den arabischen Staaten im Falle eines militärischen Sieges Friedensbedingungen zu diktieren¹⁰¹⁾.

Aufgrund der erläuterten politischen und geostrategischen Umstände sowie ihrer (politisch-militärisch geprägten) Perzeption sahen die israelischen Entscheidungsträger allerdings keine Alternative zu ihrem sicherheitspolitischen Konzept¹⁰²⁾.

¹⁰⁰⁾ Tal (1977), S. 54.

¹⁰¹⁾ Befragung Allon; Hakohen.

¹⁰²⁾ Befragung Allon; Hakohen; Harkabi; Rabin. Yariv und Harkabi übten zwar Kritik an dem bestehenden Konzept, konnten aber keine Alternative nennen.

⁹⁷⁾ Befragung Allon; Rabin; Yariv.

⁹⁸⁾ Siehe Clausewitz' Definition von Taktik: „der Gebrauch der Truppen im Gefecht“; Clausewitz (1966), S. 190—198.

⁹⁹⁾ Befragung Allon; Rabin. Tal (1977), S. 54—56.

Das andere Israel

Einleitung

Wenn von dem „anderen Israel“ im folgenden die Rede sein wird, so soll das heißen, sich nicht primär mit der gegenwärtigen israelischen Regierung und ihren Entscheidungen in innen- wie außenpolitischer Hinsicht zu befassen, auch nicht mit dem Verhalten der parlamentarischen Oppositionspartei, der israelischen Arbeiterpartei. Das „andere Israel“ umfaßt alle diejenigen politisch wirkenden Kräfte in Israel, die sich den neuen Herausforderungen mit neuen Konzepten stellen, die politische wie gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen und zum Ziel ihres Handelns machen. Eine parteipolitische Fixierung auf diese oder jene Gruppe innerhalb oder außerhalb des Parlamentes würde eine unzulässige Einschränkung der Thematik darstellen.

Wandel seit 1967

Seit dem Juni-Krieg von 1967, akzentuiert dann noch durch den Krieg vom Oktober 1973, hat sich in und um Israel ein deutlich wahrnehmbarer Wandel vollzogen. Hatte man in beiden Kriegen die militärische Herausforderung durch die arabischen Staaten glanzvoll bestanden, so zeigte sich jedoch bald, daß die Anforderungen an die politisch Handelnden nach ihren militärischen Siegen größer denn je sein würden.

Über Nacht war Israel, in den Mai-Tagen 1967 noch von existentieller Lebensangst gekennzeichnet, zum eindeutigen militärischen Sieger, auch zum Besatzer weiter arabischer Territorien geworden.

Bemerkenswertes Ereignis war nach 1967 das Erscheinen des Buches *Siach Lochamim*¹⁾, das als Dokument israelischer Selbstprüfung klaren Aufschluß über die „skeptischen Sieger“²⁾ und ihre Bewertung des militärischen Erfolges hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der Politik nach 1967 gibt.

Gershom Scholem nannte diese Gespräche mit Soldaten aus den Kibbuzim in einer Rede³⁾ „weitaus das erhellendste Dokument unserer geistigen Existenz, das Israel bisher hervorgebracht hat“⁴⁾ und meint, daß „die zahlreichen Symposien der jüdischen Intellektuellen, die in Jerusalem, Paris und New York stattgefunden haben, bei aller Überartikuliertheit oft von gespenstischer Irrealität“⁵⁾ gewesen seien, vergleiche man sie mit den Aussagen der jungen Israelis nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967.

In diesem Band wird festgehalten, daß die solidarische Erinnerung an die Leiden des eigenen Volkes in der Geschichte ein Element der Stärkung dargestellt hätte, wodurch die Kampfbereitschaft der Israelis entscheidend mitgeprägt worden sei. Im Zusammenprall mit der politischen Realität im Nahen Osten, wie sie sich nach diesem Krieg darstellte, werden die Reflexionen über die eigene Unsicherheit und die „Schuld“ am Leiden der anderen artikuliert.

In der Zeit, die auf den Krieg von 1967 folgte, kam es zu keiner politischen Lösung des anstehenden arabisch-israelischen Konfliktes. Im Gegenteil: Die Zunahme von terroristischen Anschlägen durch palästinensische Organisationen verhärtete die politische Haltung Israels. Durch die Errichtung neuer Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten, durch die sich allmählich entwickelnde Tendenz in Teilen der israelischen Öffentlichkeit, „keinen Zollbreit“ dieser besetzten Territorien zurückzugeben, wuchs die Gefahr einer internationalen politischen Isolierung von Monat zu Monat.

Nach dem Oktober-Krieg von 1973, der in seiner Anfangsphase durchaus erfolgreich von arabischer Seite geführt wurde, brach in Israel eine vehemente Kritik an der bisher geübten Haltung der politischen und militärischen Führung des Staates los.

¹⁾ Die 1. Aufl. d. dtsh. Fassung erschien 1970 unter dem Titel: Gespräche mit israelischen Soldaten, Frankfurt/M.

²⁾ D. Strothmann im Vorwort der 2. Aufl., 1973, S. 7.

³⁾ Gehalten am 14. 5. 1969 in Genf; abgedruckt in: G. Scholem, *Judaica* 2, Frankf./M., 1970.

⁴⁾ G. Scholem, a. a. O., S. 74/75.

⁵⁾ Ebd., S. 75.

Auf die Zeit von 1967 bis 1973 zurückschauend, werden heute von anerkannten Persönlichkeiten des militärischen wie politischen Establishments in Israel Meinungen geäußert, die überwiegend die Feststellung enthalten, daß sich die israelische Politik seit dem grandiosen militärischen Erfolg von 1967 mehr von einem Wunschdenken hat leiten lassen als von politischer Rationalität und der Bereitschaft zu einem friedlichen Ausgleich mit der arabischen Welt.

Einer der Hauptkritiker der israelischen Regierungspolitik während dieses Zeitraumes war Professor Harkabi, zugleich jedoch selbst mitverantwortlich für die Mythen- und Legendenbildung, wie sie seit 1967 stattfand. Als General und ehemaliger Chef der militärischen Nachrichtenabteilung in den fünfziger Jahren, dann Professor für nahöstliche Zeitgeschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem, trug er in der Zeit nach 1967 wesentlich durch Publikationen, die häufig auch als Informationsschriften von den israelischen Botschaften im Ausland weitergegeben wurden, zu einem von kulturellen und psychologischen Determinanten bestimmten Bild über die Araber bei, demzufolge eine israelisch-arabische Koexistenz nicht gelingen könne.

Den politischen, ökonomischen und sozialen Interessen der betreffenden Völker maß er in seinen Schriften kaum Bedeutung bei. Seine Betrachtungsweise folgte der des amerikanischen Orientalisten Harold W. Glidden. Auch dieser ging von einem mehr oder weniger stark ausgeprägten kulturellen und psychologischen Determinismus aus, der in dem beduinischen Charakter der Araber den Grund sieht, der eine rationale Auseinandersetzung zwischen Israelis und Arabern unmöglich macht.

Nicht allein diese Publikationen ließen ein deterministisches Konzept erkennen: auch die offizielle israelische Politik neigte immer mehr dazu, gemäßigte Stimmen aus der arabischen Welt zu unterschätzen, bzw. sie gar nicht erst ernst zu nehmen. Auf diese Weise lieferte Harkabi — wie manch anderer Wissenschaftler — eine „wissenschaftliche“ Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung des politischen Status quo in der Zeit von 1967 bis 1973⁶⁾.

⁶⁾ Vgl. hierzu: Amnon Kapeliouk, *Israël: la fin des mythes*, Paris, 1975, S. 52 ff.

Erst die Veränderungen seit dem Besuch von Ägyptens Präsident Sadat in Jerusalem und der Abschluß eines ägyptisch-israelischen Friedensvertrages haben auch bei diesen Kräften, die über Jahre hinweg entscheidend den Immobilismus im Nahen Osten förderten, dazu beigetragen, sich den neuen Herausforderungen mit neuen Konzepten zu stellen.

Heute zählt Harkabi zu denjenigen Kräften in Israel, die die Tatsachen von den politischen Irrationalismen streng zu trennen versuchen und sich für einen aktiven Friedensbeitrag Israels im Hinblick auf eine Verständigung mit den arabischen Nachbarn politisch engagieren. Er sieht heute in der „Frieden-jetzt“-Bewegung einen potentiellen Faktor zur Herstellung eines Dialoges zwischen Israelis und Arabern, der dem Ziel eines friedlichen Ausgleiches des Konfliktes dienen soll. In der „Frieden-jetzt“-Bewegung erblickt Harkabi „einen Katalysator zur gründlichen Selbsterforschung über den jüdisch-arabischen Konflikt“⁷⁾, die der Mythen- und Legendenbildung, die nach Meinung Harkabis einen Höhepunkt mit der Machtübernahme des jetzigen Ministerpräsidenten erreicht habe⁸⁾, entgegenwirken sollte.

Der Wandel, hier kurz dargestellt am Beispiel des Generals und Hochschullehrers Harkabi, hat sich jedoch nicht nur in Richtung auf mehr Rationalität und größere Bereitschaft zu einem politischen Kompromiß mit der arabischen Welt vollzogen. Wer dies behauptet, verschleißt vor einigen Entwicklungen in Israel seit 1967 bewußt die Augen.

Überblickt man die Zeitungsmeldungen aus Israel der vergangenen Jahre wie der Gegenwart, so wird deutlich, daß seit dem Amtsantritt der Regierung Begin ein deutlicher Schritt in Richtung ideologische Verhärtung getan wurde. Die vielen innenpolitischen Streitpunkte, über die die israelische Presse in extenso berichtet, machen deutlich, daß sich trotz aller positiven Veränderungen, z. B. im Verhältnis Israel-Ägypten, die man von einer Regierung Begin am wenigsten erwartet hatte, Binnenkonflikte anzusammeln beginnen, die in naher Zukunft entscheidend für die innere Verfassung des jüdischen Staates Israel sein werden.

⁷⁾ Hillel Schenker, *Peace Now at the crossroads*, in: *New Outlook*, Nov./Dez., 1980, S. 26.

⁸⁾ H. Schenker, a. a. O., ebd.

Isolierung verstärkt Abwehrmechanismen

Die zunehmende internationale Isolierung, in die Israel aus verschiedenen Gründen, die hier nicht zu diskutieren sind, geriet, führte auch dazu, daß sich in Israel selbst Abwehrmechanismen entwickelten, um psychisch wie auch politisch mit dieser Situation fertig zu werden. Zum einen erhielt eine Gruppe starken Zulauf, die unter dem hebräischen Slogan „Ein brera“ (zu deutsch: wir haben keine andere Wahl) der israelischen Bevölkerung klarzumachen versuchte, daß die nicht-jüdische Umwelt — wie schon so oft in der Geschichte — den Juden keine andere Wahl ließe als das intransigente Beharren auf den jüdischen Ansprüchen — oder was als solche angesehen wurde.

Gegen solche von einer zunehmend chauvinistischen Denkungsart geprägten Tendenzen versuchen Kräfte anzugehen, die sich bewußt für einen israelisch-arabischen, einen israelisch-palästinensischen Dialog einsetzen. Diese Kräfte gruppieren sich vor allem um die israelische Monatszeitschrift *New Outlook*.

Auf die verschiedenen Untergliederungen in beiden Gruppen wird noch zurückzukommen sein.

Zionismus oder Beginismus?

Im Februar 1973 erinnerte der damalige israelische Außenminister Abba Eban in einer Ansprache vor Absolventen der Universität Haifa⁹⁾ daran, daß es eine Perversion des Zionismus, seiner politischen wie ethischen Werte sei, wenn man sage, daß man nicht von anderen beherrscht werden wolle, selbst aber andere — gegen ihren Willen — beherrsche. Er zitierte den Ausspruch von David Ben Gurion, der eine solche Moral eine „Hottentotten-Mentalität“¹⁰⁾ genannt hatte.

Ebens Folgerungen waren eindeutig: „Wer Zionismus ausschließlich in Begriffen des Rechts, überall im Land Israel (d. h. zwischen Mittelmeer und Jordansenke) zu siedeln definiert, ohne dieses unveräußerliche Recht mit der Pflicht zum Frieden und mit dem jüdischen Charakter Israels in Einklang zu bringen — der verfälscht den Zionismus durch Verleugnung der zentralen und höchst zwingenden Imperative des Zionismus.“¹¹⁾

Während heute die Anhänger der Gush Emunim-Bewegung (zu deutsch: Block der Getreuen)

en) vornehmlich auf das biblische Recht zur Siedlung in den seit 1967 besetzten arabischen Territorien pochen, die sie mehrheitlich als „befreite“ und nicht als „besetzte“ Gebiete begreifen, versuchen seit Jahren Politiker in allen Parteien und einige außerparlamentarische Gruppen den Bürgern Israels klarzumachen, daß die Bibel kein Katasteramts-Register für Juden sei.

Abba Eban schrieb in einem Beitrag für die *Jerusalem Post* den Propagandisten eines Groß-Israel deutliche Worte ins Stammbuch: „Die Gewohnheit, jeden Vers unserer Literatur heranzuziehen, aber jene außer acht zu lassen, die vom Frieden, von Demut und von der Brüderlichkeit aller Menschen sprechen, ist ein blasphemischer Mißbrauch der historischen und literarischen Integrität unserer Tradition.“¹²⁾

Hier wird deutlich, daß die ideologische Auseinandersetzung über den Zionismus und seine Bedeutung für die Ausgestaltung israelischer Politik in vollem Gange ist. Israelische Historiker sprechen denn auch bereits von einer Veränderung in Richtung „Neo-Zionismus“¹³⁾, sehen in der Person des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin den „letzten Mohikaner der großen alten Zionisten-Generation, die in der Diaspora geboren wurde“¹⁴⁾.

Sein Konzept, vielfach in Israel mit dem Begriff „Beginismus“ versehen¹⁵⁾, unterscheidet sich in seinen strategischen, ideologischen wie politischen Zielsetzungen grundlegend von den Vorstellungen der Zionistengeneration, die in der israelischen Arbeiterpartei bis 1977 politisch aktiv gewesen sei. Hier — so meint der jüdisch-amerikanische Politologe Amos Perlmutter¹⁶⁾ — liege ein fundamentaler Wandel im zionistischen Konzept vor, denn seit Beginns Amtsantritt hätten die Begriffe „Land“, „Territorium“ eine zentrale Bedeutung gewonnen, wohingegen die Kategorie „Mensch“, bisheriger Zentralbegriff, sich diesen neuen Prioritäten unterzuordnen habe. Damit sei ein verspäteter Sieg des revisionistischen Flügels in der zionistischen Bewegung zu konstatieren, welcher „tiefgreifende Implikationen auf die

¹²⁾ A. Eban, in: *Jerusalem Post*, 23. 4. 1976.

¹³⁾ So u. a. Prof. Zvi Lamm und S. Na'aman, in: *New Outlook*, Mai 1973.

¹⁴⁾ A. Perlmutter, *Begin's strategy and Dayan's tactics ...*, in: *Foreign Affairs*, No. 2, Jan. 1978, S. 359.

¹⁵⁾ So S. Flapan, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. 11. 81.

¹⁶⁾ A. Perlmutter, a. a. O., S. 360.

⁹⁾ A. Eban, *Der nationale Stil*, in: *Israel Bulletin*, 7. Jg., Nr. 3, Mai 1973.

¹⁰⁾ So Ben Gurion auf dem XVII. Zionisten-Kongreß 1931.

¹¹⁾ A. Eban, a. a. O., S. 1.

Konfliktlösung nach Begin'schem Konzept¹⁷⁾ habe.

Israel — ein orientalisches Land

Verschiedentlich wird von Israel immer noch als einem Vorposten Europas im Nahen Osten gesprochen¹⁸⁾. Wer sich — aus welchen Gründen auch immer — diese ideologische Brille aufsetzt oder aufsetzen läßt, verstellt sich auf solche Weise einen realistischen Zugang zu den gesellschaftlichen Problemen des jüdischen Staates. Beobachter vor Ort¹⁹⁾ haben in erfreulicher Deutlichkeit bereits vor Jahren vor einer solchen Sicht gewarnt.

Die orientalische Bevölkerung Israels macht heute etwa sechzig Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung aus. Ein großer Teil der als Sepharden bezeichneten jüdischen Orientalen hat bis auf den heutigen Tag nicht seinen Platz in der israelischen Gesellschaft gefunden.

Trotz aller Anstrengungen und vieler beachtlicher Erfolge im einzelnen, die beim Bemühen um soziale und gesellschaftliche Integration zu verzeichnen sind, konnte die soziale und gesellschaftliche Kluft zwischen Sepharden und Ashkenasen nicht überbrückt werden.

Mit dem Knesseth-Abgeordneten Amnon Rubinstein kann allgemein formuliert werden, daß „die Disproportionen das Bild bestimmen“²⁰⁾.

„Schwarze Panther“ verursachen Schock

Die gesellschaftliche Distanz, die zwischen beiden ethnischen Gruppen besteht, führte Ende der sechziger Jahre in Israel zu einer Bewegung, die sich „Schwarze Panther“ nannte.

Sie entstand aus einem Zusammenschluß von Jugendlichen aus dem Musrara-Viertel von Jerusalem, einem Armutsviertel an der Grenze zu Ost-Jerusalem. In diesem Viertel lebten überwiegend Juden aus Nordafrika und arabischen Ländern. Gekennzeichnet war dieses Stadtviertel durch besonders viele Armuts- und Fürsorgefälle sowie durch eine besonders hohe Kriminalitätsrate. Das Niveau der sanitären Einrichtungen und Wohnbedingungen war hier am niedrigsten. Kurz: alles, was einen Slum kennzeichnet, traf auf Musrara zu.

¹⁷⁾ A. Perlmutter, a. a. O., ebd.

¹⁸⁾ So E. Blumenfeld, in: DIE ZEIT, Nr. 32, 1980.

¹⁹⁾ Rolf W. Schloss, Quo vadis Israel, in: Tribüne, H. 59, S. 6975.

²⁰⁾ A. Rubinstein, in: Encounter, Juni 1972, vol. XXXVIII, No. 6, S. 81.

Welches waren die Gründe, die zu einem Zusammenschluß eines Teiles der orientalischen Juden, vornehmlich von Jugendlichen unter ihnen, führte?

Nach ihren eigenen Angaben erklärte sich ihr plötzlicher Zusammenschluß und die daraus entstandene Organisation mit der Einwanderungswelle von Juden aus der Sowjetunion, die zu diesem Zeitpunkt besonders groß war. „Die außerordentlichen Anstrengungen von seiten der zionistischen Bewegung und Israel für die Einwanderung von Juden aus der Sowjetunion, das allgemeine Wohlwollen von allen Seiten, die besonderen Aufnahmebedingungen für diese Einwanderer, die die der orientalischen Einwanderer bei weitem überlegen, dies alles erweckte Neid und Zorn bei der Mehrheit der orientalischen Juden.“²¹⁾

Nach massiven Demonstrationen, nach spektakulären Aktionen gegen das Establishment des jüdischen Staates, d. h. vornehmlich gegen das aus Europa und Amerika stammende Establishment, fanden die „Schwarzen Panther“ im April 1971 Gehör bei den damals Regierenden. Eine Delegation der „Schwarzen Panther“ wurde am 13. April 1971 von der damaligen israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir, dem damaligen Minister für Erziehungsfragen, Yigal Allon, und dem damaligen Minister für Soziales, Michael Hazani, im Amtssitz des Ministerpräsidenten zu einem Gespräch empfangen.

Aus dem inzwischen veröffentlichten stenographischen Protokoll über dieses Gespräch soll hier auszugsweise zitiert werden, um den Eindruck wiederzugeben, der die damalige Gesprächsatmosphäre bestimmte²²⁾:

R. Abergil, Vertreter der Schwarzen Panther:
„Wir sind nicht hergekommen, um uns über unsere persönlichen Probleme zu unterhalten. Wenn es nur um mich ginge, dann wäre ja alles in Ordnung. Aber es handelt sich um ein Problem, das die gesamte sephardische Gemeinschaft betrifft, die mittlerweile 65 % der Gesamtbevölkerung dieses Landes ausmacht. Die Situation dieser Bevölkerung ist jämmerlich. Die Leute leben mit vierhundert israelischen Pfund im Monat, und das mit Familien, die zehn und mehr Kinder haben. Das reicht nicht aus. Ich bin durch die Vororte gegangen und habe es mit eigenen Augen gesehen ...“

Golda Meir, Ministerpräsidentin:

Wie sind Sie auf den Namen „Schwarze Panther“ gekommen?

²¹⁾ Beate Hamisrachi, in: Publik, Nr. 36, 3. 9. 1971.

²²⁾ Panthères noires d'Israel, Paris 1972.

Saadia Marciano, Vertreter der Schwarzen Panther:

Es gab eine Organisation, die sich ‚Katamon für Katamon‘ (Katamon ist ebenfalls ein Slum-Viertel in Jerusalem, d. V.) nannte — auch noch andere Organisationen. Aber alle diese Gruppen sind inzwischen verschwunden oder dahingedämmert. Der Name, den wir uns gegeben haben, hat die Geister wachgerüttelt.

Golda Meir:

Haben Sie diesen Namen nicht woanders gehört?

S. Marciano:

Wir wissen, wer sie (d. h. die Black Panthers in den USA, d. V.) sind. Wir wissen, daß sie die Fatah unterstützen und gegen die Juden sind.

Golda Meir:

Warum haben Sie dennoch diesen Namen gewählt?

S. Marciano:

Weil wir so einen Schock ausüben konnten, der die Geister wachrüttelte. Wir haben ihn gewählt, um endlich Krach um uns herum zu schlagen, damit man endlich reagiert ...“

In einem Aufruf der „Schwarzen Panther“, ebenfalls aus dem Jahre 1971, wird der Versuch unternommen, die von großen Teilen der israelischen Gesellschaft vorgebrachten Einwände gegen diese Organisation zu entkräften. Es heißt dort u. a.: „Man sagt, wir seien gegen die Einwanderung. — Falsch! Wir wären glücklich, alle Juden, die kommen wollen, hier bei uns zu begrüßen. Aber unter der Bedingung, daß ihre Einwanderung nicht zu unseren Lasten geht.

Die Neueinwanderer haben doch Wohnungen nötig! — Sehr richtig! Gebt für jedes Appartement, das Neueinwanderern zur Verfügung gestellt wird, ein Appartement für unsere Familien, die zu viert, fünft, manchmal zu sechst in einem Raum leben — und gebt es in gleich guter Qualität wie den Neueinwanderern ... Wir haben nur Angst vor dem Krieg. Wir benötigen eine lange Periode ohne das Dröhnen von Kanonen. Nur ein Krieg gegen einen äußeren Feind kann uns daran hindern, die Schlacht um die Gerechtigkeit in diesem Staate zu gewinnen.“²³⁾

Die Situation der sephardischen Mehrheit der israelischen Bevölkerung wird neben der ökonomischen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Unterprivilegierung auch noch dadurch erschwert, daß der orientalischen Bevölkerung ein besonders gestörtes Verhältnis zur arabischen Umwelt nachgesagt wird. Sie gelten „allgemein als die chauvinistischsten von allen Israelis, die kriegslüsternten unter denjenigen, die eine Annexion der besetzten Gebiete vorhaben“²⁴⁾.

Die Tatsache, daß die Partei des israelischen Ministerpräsidenten Begin sich sowohl 1977 als auch 1981 bei den jeweiligen Knesseth-Wahlen mehrheitlich auf die Stimmen der orientalischen Bevölkerung stützen konnte, mag zunächst erstaunlich sein, da doch Begin mit seiner Person europäischen Traditionen nähersteht als dem orientalischen Judentum.

Aber die Beobachter der innerisraelischen Szene sind sich einig darin, daß einer der Gründe für das Wahlverhalten der orientalischen Bevölkerungsmehrheit im intransigenten Verhalten Begins gegenüber der arabischen Welt zu suchen ist. Auch die betriebene „Argumentation“ mit Simplifikationen und Stereotypen, die der Komplexität der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern nicht gerecht wird, ist als weiterer Grund anzusehen. „Die Rechte spricht über Sicherheit und Macht in sehr einfachen Begriffen — Gewehr und Land. Unser Konzept von Sicherheit ist viel komplexer und differenzierter. Es beruht auf Stärke und Gerechtigkeit unserer Gesellschaft und darauf, äußere Faktoren, die Konflikte hervorbringen können, auszuschließen. Ein solches Konzept ist aber viel schwieriger zu erklären“, sagt ein Vertreter der „Frieden jetzt“-Bewegung²⁵⁾.

Nach einem Wahlkampf, der stellenweise die Dimension eines israelischen Kulturkampfes anzunehmen drohte, erhielt der Parteien-Block des LIKUD um Ministerpräsident Begin 1981 zwar nicht die absolute Mehrheit, aber auch dieses Mal gewann diese Gruppierung Stimmen hinzu. Auch 1981 gelang es dem Führer des LIKUD-Blocks, durch den Appell an die weit verbreiteten Ressentiments der orientalischen Juden gegen das sozialdemokratische Establishment Stimmen für sich zu mobilisieren. „Juden aus den arabischen Ländern, die — objektiv gesehen — zu den ‚Underdogs‘ der Gesellschaft gehören, zeigen sich für die nationalistische Rolle Begins empfänglich. Vermutlich kompensieren sie ihre niedrige so-

²⁴⁾ Shalom Cohen, *The Sephardic Condition*: 1979, in: *New Outlook*, Jan./Febr. 1979, S. 45.

²⁵⁾ H. Schenker, a. a. O., S. 28.

²³⁾ *Panthères noires ...*, a. a. O.

ziale Stellung, indem sie auf die Araber herablicken. Begins Haß gegen das sozialdemokratische Establishment — die Gewerkschaft, die Kibbuzim, die Arbeiterpartei — entspricht

auch ihrer Gefühlswelt. Denn es war eben dies Establishment, mit dem sie sich, als sie ins Land kamen, während des Prozesses der politischen Sozialisation konfrontiert-sahen.²⁶⁾

Orientalen: Brücke zu den Arabern?

Das politische Verhalten dieser Bevölkerungsmehrheit ausschließlich in einem Antagonismus zum europäisch-amerikanischen Establishment Israels begreifen zu wollen, hieße allerdings die Vereinfachung der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in Israel zur Maxime der Beurteilung zu machen. Gleiches gilt für das Verhältnis der Sepharden zur arabischen Bevölkerung.

An einigen Beispielen soll daher deutlich gemacht werden, daß die orientalische Bevölkerung des jüdischen Staates keineswegs nur in diese Stereotypen einzuordnen ist, wenn auch obige Beschreibung als vielfach zutreffend für den augenblicklichen Stand der Rolle der Juden orientalischer Herkunft angesehen werden kann.

Prozesse wie solche der Integration der Orientalen in die demokratische Gesellschaft Israels lassen sich kurzfristig nicht erreichen. Die Hoffnung vieler Israelis, schon die physische Präsenz der orientalischen Juden in Israel werde ein entscheidender Faktor bei ihrer gesellschaftlichen Integration darstellen, hat sich als Wunschdenken herausgestellt. Die „Schmelztiegel-Ideologie“ wurde bald zugunsten der autonomen kulturellen Mehrschichtigkeit in der israelischen Gesellschaft aufgegeben.

Hier liegen die Chancen für eine zukünftige Entwicklung friedlicher, auf Austausch und Komplementierung gerichteter Beziehungen zwischen dem arabischen Raum und Israel als jüdischem Staat in dieser Region. Ein Beispiel mag verdeutlichen, was sich als Entwicklung abzeichnet.

Während der ersten israelischen Journalisten-Reise nach Kairo im Rahmen des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages machte einer der teilnehmenden israelischen Journalisten, Shlomo Inbari, in Kairo folgende Äußerung: „Ich bin ein arabischer Jude. Hier, in Kairo, fühle ich mich sehr wohl.“

Nach seiner Rückkehr nach Israel befragt, was er damit habe zum Ausdruck bringen wollen, erläuterte Inbari: „Ich wurde im Irak geboren,

einen Teil meines Studiums absolvierte ich in Kairo. Ich bin tief in der arabischen Kultur verwurzelt. Ich spreche die Sprache, ich liebe arabische Musik. Es ist wahr: ich bin Israeli von der Nationalität her, Jude vom Glauben her. Aber es beengt mich in keinerlei Weise, von arabischer Kultur und Zivilisation zu sein.“²⁷⁾

Es ist daher durchaus verständlich, wenn der Herausgeber der israelischen Tageszeitung *Yedioth Aharonot* angesichts des guten Zutreffens seiner sephardischen Journalisten-Kollegen während des Kairo-Besuches im Dezember 1979 fragt: „Was wird mit der israelischen Gesellschaft geschehen, wenn wir mit den Arabern Frieden haben werden? Zu einem Zeitpunkt, in dem in unserem Land sich die Mehrheit der Israelis den Arabern näher fühlt als den ashkenasischen Juden?“²⁸⁾ Trifft die Meinung eines jungen Kraftfahrzeug-Mechanikers aus Kiryat Gat zu, der über die Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens von Juden und Arabern in dieser Region der Welt sagt: „Wir kennen die Araber doch einigermaßen gut. Wir werden in der Lage sein, mit ihnen zusammenzuleben. Sogar besser als mit den Leuten, mit denen wir heute zusammenleben.“²⁹⁾

Rolle der religiösen Orthodoxie

Im gesellschaftlichen Leben hatte sich über Jahrzehnte hinweg ein spannungsreicher, labiler Kompromiß zwischen den Säkularisten und den Orthodoxen eingestellt. Erst in jüngster Zeit scheint dieser Kompromiß in Frage gestellt zu werden, nachdem die Kräfte des religiösen Fundamentalismus, die nur eine Minderheit darstellen, deutlich an politischem Einfluß gewonnen haben.

Betrachtet man die Wahlergebnisse der letzten Jahre, so mag eine solche Feststellung überraschen, ist doch bei den Wahlen zur letzten Knesseth am 30. Juni 1981 die Stimmen-

²⁶⁾ Nachum Orland, in: *Integral* (Wien), 6. Jg. Nr. 7—8, 1981, S. 30.

²⁷⁾ S. Cohen, a. a. O., S. 48.

²⁸⁾ Ebd., a. a. O., S. 49.

²⁹⁾ Ebd., a. a. O., S. 48.

zahl der religiösen Parteien zurückgegangen³⁰⁾.

Da die Mehrheitsfraktion des LIKUD jedoch auf eine Koalition mit den religiösen Parteien angewiesen ist, um die Regierung stellen zu können, haben die orthodox-religiösen Parteien ein überproportionales Gewicht in der neuen Koalitionsregierung erringen können.

Seit Gründung des Staates Israel war ersichtlich, daß die kleinen religiösen Parteien durch Zugeständnisse im Bereich der Innenpolitik an die jeweilige Mehrheitsfraktion gebunden werden mußten. Die verschiedenen Regierungen der Arbeiterpartei seit Ben Gurion haben sich in dieser Hinsicht nicht anders verhalten als die jetzige Regierung Begin. Allerdings war die Stellung der religiösen Orthodoxie in Israel nie so stark wie in der Gegenwart, wo die Gefahr einer theokratischen Ausrichtung des Staatswesens nicht mehr geleugnet wird. Die weithin säkularisierte und zu einem großen Teil religiös indifferente Gesellschaft Israels sieht sich der Gefahr einer religionsgesetzlichen Majorisierung durch eine militante Minderheit ausgesetzt. Die Proteste dagegen werden denn auch immer vernehmlicher.

In einem Aufruf mit dem Titel „GENUG“ protestieren Vertreter der säkularisierten Mehrheit gegen eine solche Entwicklung. Sie weisen unter anderem darauf hin, daß die Respektierung der Wünsche der religiös-orthodoxen Gruppen den israelischen Steuerzahler teuer zu stehen kommt: „Wo immer eine kleine Gruppe von Orthodoxen heute einzieht, die Nachbarschaft hat sich religiös auszurichten. Am Schabbat gellen Schreie nach Schabbat-Ruhe durch die Straßen. Bald wird der Staat dafür zu zahlen haben, daß ein religiöser Kindergarten und eine religiöse Schule errichtet werden müssen — auf Kosten des israelischen Steuerzahlers, selbst wenn es nur ein paar Religiöse in der ganzen Nachbarschaft gibt.“³¹⁾

Unterstützung fanden diese religiösen Fundamentalisten vorwiegend bei Orthodoxen aus den USA, die sich offen als Anti-Zionisten be-

kennen und die angebliche Unterdrückung ihrer Glaubensbrüder durch die israelische Regierung anprangern³²⁾.

Selbst die Gruppen der religiösen Orthodoxie, die sich zum Zionismus bekennen und den Staat Israel akzeptieren, begreifen den zionistischen Anspruch auf das Land Israel (hebräisch: Erez Israel) vornehmlich als Realisierung der göttlichen Verheißung. Ihre ideologische Nähe zu den revisionistischen Gruppierungen innerhalb der zionistischen Bewegung ist deutlich erkennbar.

So haben Gruppen von orthodoxen Juden, die sich im Gush Emunim zusammenfanden, nie Zweifel daran aufkommen lassen, daß die territorialen Veränderungen seit 1967 für sie niemals nur unter politischen und militärischen Gesichtspunkten betrachtet werden sollten, sondern vielmehr unter ideologischen Aspekten zu sehen seien.

Bereits kurz nach Ende des Krieges von 1967 konstituierte sich eine Gruppe unter der Bezeichnung „Bewegung für ein größeres Israel“, welche die besetzten arabischen Territorien, vor allem die jordanische „West Bank“, zum integralen Bestandteil des Staates Israel erklärten. Sie begründeten — wie die Vertreter von Gush Emunim heute — ihren Anspruch mit dem Recht auf Rückkehr in die alte Heimat der Juden. Für sie bestand und besteht kein Zweifel daran, daß die Juden größere historische Rechte in Hebron besitzen als z. B. in Tel Aviv.

In welchem Maße sich die Anhänger einer solchen Konzeption politisch durchsetzen können, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß seit 1967, also schon während der Regierungszeit der Arbeiterpartei, Entscheidungen getroffen wurden, die vielfach als ein Nachgeben gegenüber den nationalistischen Elementen der Orthodoxen gewertet werden müssen. Die jüngste Entscheidung der israelischen Regierung, den Terminus „West Bank“ für die besetzten jordanischen Territorien aus dem offiziellen Sprachgebrauch zu eliminieren und grundsätzlich durch Judäa und Samaria, den alten biblischen Bezeichnungen dieses Gebietes, zu ersetzen, zeigt an, daß die ideologische Ausrichtung des Gush Emunim durchaus nicht auf diese Gruppe beschränkt bleibt.

³²⁾ R. Bernstein, Juden gegen Zionisten, in: Ev. Kommentare, Mai 1981.

³⁰⁾ Die National-Religiösen erreichten lediglich sechs Sitze im Parlament gegenüber zwölf Sitzen in der vorigen Wahlperiode. Auch die Splitterpartei TAMI erreichte nur drei Sitze, während Agudat Israel wieder die vier Sitze erreichen konnte, die sie schon in der vorigen Knesseth besaß.

³¹⁾ Vgl. New Outlook, Sept./Okt., 1981, S. 6.

Zum Verhältnis von Juden und Arabern in Israel

In der am 14. Mai 1948 verbreiteten Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel ist hinsichtlich der im Lande lebenden Araber formuliert worden: „Der Staat Israel ... wird all seinen Bürgern ohne Unterschied der Religion, der Rasse oder des Geschlechts soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen ... Wir wenden uns — selbst inmitten der mörderischen Angriffe, denen wir seit Monaten ausgesetzt sind — an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufruf, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.“

Die ideologische Grunddisposition des Staates Israel ist in dieser Unabhängigkeitserklärung eindeutig als jüdischer Staat beschrieben. Hieraus resultieren bis auf den heutigen Tag Konflikte und Probleme im Zusammenhang mit der arabischen Bevölkerung auf seinem Staatsgebiet, die trotz aller formalen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung nicht gelöst werden konnten. Der ehemalige stellvertretende Minister für Gesundheitsfragen in Israel, Abdul Aziz Zuabi, gelegentlich als der „ranghöchste israelische Araber“ bezeichnet, Mitglied von MAPAM, formulierte dieses tiefgreifende Dilemma so: „Meine Zweifel (an einem friedlichen Zusammenleben von Juden und Arabern im Staat Israel, d. V.) als israelischer Araber rühren von der Situation her, in der sich mein Volk in einer Kriegssituation mit meinem Land, nämlich Israel, befindet.“³³⁾

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich vor allem seit 1967 das Problem der nationalen Identität und der staatsbürgerlichen Loyalität für die in Israel lebenden Araber drängender stellt als vor Beginn des Krieges von 1967. Nach dem Waffenstillstand ergab sich für viele israelische Araber seit 1948 zum ersten Mal die Möglichkeit, mit Verwandten, Freunden, die das israelische Staatsgebiet verlassen hatten, zusammenzutreffen.

Die Entwicklung eines verstärkten palästinensischen Nationalbewußtseins ging mit dieser Entwicklung auch bei Teilen der im israelischen Staatsgebiet lebenden Araber Hand in Hand. Die Tatsache, daß weite Teile der arabischen Bevölkerung Israels sich loyal zum Staat und seinen Einrichtungen in der Zeit von 1948 bis 1967 verhalten hatten, kann nicht darüber

hinwegtäuschen, daß sich in Israel von Beginn an zwei Gesellschaften entwickelt haben, die nur wenig Kontakte untereinander pflegen: eine jüdische und eine palästinensisch-arabische.

Aufgrund der ideologisch-politischen Festlegung Israels als jüdischer Staat sind gruppen-spezifischer Pluralismus und eine gleichberechtigte Partizipation an gesellschaftlicher wie politisch-institutioneller Macht zwar immer Forderungen von jüdisch-zionistischen wie auch arabischen Gruppen gewesen: gesellschaftliche Realität — wie in der Unabhängigkeitserklärung postuliert — wurden sie jedoch nicht.

In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Israel eher verschlechtert als verbessert. Trotz einer unbestreitbaren materiellen Verbesserung des Lebensstandards der israelischen Araber in den Jahren seit der Staatsgründung Israels nehmen die Konflikt- und Problembereiche eher zu.

In verstärktem Maße sind die israelischen Araber in ihrer Rolle als nationale Minorität in den letzten Jahren sensibilisiert worden; dies hängt sicherlich auch mit der in Gang befindlichen Diskussion um die Lösung des Palästinenser-Problems im Rahmen einer Lösung des nahöstlichen Konfliktes zusammen.

Aber auch Pläne und ausgeführte Entscheidungen der israelischen Regierungen haben dazu beigetragen, daß sich das Verhältnis zwischen Juden und Arabern verschlechterte. So wurden vor Jahren zunächst Pläne zur sogenannten Judaisierung Galiläas, wo über die Hälfte der israelischen Araber lebt, bekannt. Für viele war dies gleichbedeutend mit Plänen für eine Enteignung von Boden. Als die arabische Bevölkerung sich in einem Protest gegen solche Maßnahmen zur Wehr setzte, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Auf seiten der protestierenden und demonstrierenden Araber gab es Tote³⁴⁾.

Maßnahmen gegen sogenannte „wilde Bebauung“ riefen ebenfalls massive Protestaktionen hervor. Da aufgrund des Fehlens von Bauplänen zur Erweiterung bestehender arabischer Siedlungen die wilde Bebauung an den Siedlungsrändern begünstigt wurde, entstanden auf diese Weise mehr als tausend Häuser ohne behördliche Genehmigung. Viele sind inzwischen wieder abgerissen worden.

³³⁾ So in New Outlook, Oktober/Nov. 1973.

³⁴⁾ Vgl. u. a. A. Kapeliouk, in: Le Monde, 13.12.1975.

In jüngster Zeit werden zunehmend Berichte über Spannungen zwischen jüdischen und arabischen Studenten an den israelischen Hochschulen bekannt³⁵⁾.

Auffallend sei, so ist Äußerungen jüdischer Studenten zu entnehmen, daß verschiedene rechtsgerichtete Gruppierungen³⁶⁾ wahllos auf zwei Gruppen unter den Studenten einschlagen: „auf die arabischen Studenten per se, und auf die Juden, die linke Parteien unterstützen“³⁷⁾.

Bereits vor Jahren warnte der ehemalige Minister Moshe Kol vor den Gefahren einer zunehmenden Entfremdung zwischen den arabischen Studenten und der jüdisch-israelischen Gesellschaft. Er sah vor allem eine Gefahr darin, daß sich die mangelhafte Sensibilität diesem Problem gegenüber auf israelischer Seite als Verstärkungsmoment in der Hinwendung zu palästinensischen Organisationen wie der PLO erweisen könnte³⁸⁾, denn „palästinensisches Bewußtsein ist im Wachsen begriffen und die Enttäuschung über den Staat Israel ist ganz und gar offenkundig“.

Schwierigkeiten als Ausrede

Angesichts der bestehenden Konfliktsituation mit der Mehrzahl der arabischen Staaten und der ungelösten Palästinenser-Problematik fällt es vielen Israelis schwer, in der Verbesserung der Beziehungen zwischen Juden und Arabern im eigenen Land einen entscheidenden Schritt in Richtung auf eine Entschärfung des Konfliktes zu erkennen. Das Gefühl, die im Lande lebenden arabischen Mitbürger könnten sich letzten Endes doch noch als eine „fünfte Kolonne“ erweisen, schwingt oft in Gesprächen mit, wenn es um die Integration von Arabern betreffende Fragen geht.

Vielfach wird das Argument vorgebracht, eine entscheidende Veränderung im Sinne einer Verbesserung sei erst dann denkbar, wenn der israelisch-arabische bzw. der israelisch-palästinensische Konflikt gelöst sei.

Gegen eine solche Vorstellung wendet sich vor allem der Kreis von Juden und Arabern, der sich um die Zeitschrift *New Outlook* gebildet hat. Verschiedene andere — lokal wie national ausgerichtete — Organisationen wie das im Dezember 1980 gegründete „Jüdisch-Arabische Komitee“, in dem mehrere Parla-

mentsabgeordnete oppositioneller Minderheitsparteien, Mitglieder von MAPAM sowie eine Reihe von Hochschullehrern aktiv als Kern einer breiten Bewegung für die Aufhebung von Diskriminierungen gegen die arabische Minderheit mitarbeiten, sind Ausdruck eines israelischen Unbehagens über die allgemeine Situation der arabischen Mitbürger.

David Shaham, einer der führenden Persönlichkeiten in dieser Gruppierung um *New Outlook*, schrieb in einer Rezension des in Israel viel beachteten Buches von Sabri Jiryis, einem israelischen Araber, der Israel verließ und heute aktiv in den Reihen der politischen Führungsschicht der PLO arbeitet: „Was viele Israelis nicht ertragen können, sind nicht die bekannten Tatsachen über die Behandlung der lokalen Araber, sondern ist vielmehr der Schluß daraus, daß mit Israel selbst etwas nicht in Ordnung ist ... Es sollte unsererseits endlich begriffen werden, daß dadurch, daß wir das Problem der israelischen Araber an die Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes binden, wir nur nach einem guten Grund für eine Ausrede suchen, um nicht energisch genug an einer Lösung mitzuarbeiten. Auf diese Weise verlängern wir nur die Agonie.“³⁹⁾

Shaham formuliert so eine der Grundeinsichten derjenigen in Israel, die sich als Alternative zur bisherigen Ausrichtung der Politik verstehen.

Kein Rückfall in den Mythos vom „nationalen Konsens“

Seit dem Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Israel im November 1977 haben sich die Kräfte, die auf einen politischen Ausgleich zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn als einzige Lösungsmöglichkeit setzen, verstärkt zu Wort gemeldet.

Mochte es zunächst so scheinen, als ob der „nationale Konsens“ wieder zu einem Hauptcharakteristikum israelischer Demokratie werden könnte, um die Chance zu einem Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten in die politische Realität umzusetzen, so zeigte sich bald, daß diese vermeintliche israelische Tugend, die sich in den Augenblicken der existentiellen Bedrohung stets bewährt hatte, jetzt nicht erneut strapaziert werden konnte.

³⁵⁾ Nach Jerusalem Post, Int. Ed., v. 3.—9. 1. 1982.
³⁶⁾ Vgl. D. Shapiro, Fascism in Israeli Universities, in: *New Outlook*, Juni 1981.
³⁷⁾ Shapiro, a. a. O., S. 38.
³⁸⁾ M. Kol, The problems of the Israeli Arabs ... in: *New Outlook*, Jan./Febr. 1979.

³⁹⁾ D. Shaham, Besprechung des Buches v. S. Jiryis, *The Arabs in Israel*, in: *New Outlook*, Okt. 1979. S. Jiryis verließ Israel nach Beendigung seines Jurastudiums an der Hebr. Universität in Jerusalem. Heute leitet er die Israel-Abteilung eines paläst. Forschungsinstituts in Beirut.

Der Prozeß der „Entmythologisierung“, der in Israel seit dem Oktober-Krieg von 1973 begonnen hatte und der als eine notwendige Bedingung für eine auf Rationalität und politischem Interessenausgleich beruhende Lösung des Konfliktes angesehen werden muß, schuf in Israel selbst wieder die Möglichkeit, daß Gruppen unterschiedlicher Herkunft miteinander in einen Dialog traten.

Eine neue, nicht mehr vom Diaspora-Erlebnis und dem Holocaust geprägte Generation betrat die politische Bühne. „Sie ist vom ‚Israelismus‘ geformt, ihr Umweltproblem ist nicht die Auseinandersetzung mit abendländischen oder orientalischen Judenverfolgungen, ihr Umweltproblem ist der Konflikt mit den Arabern ... Die neue Israel-Generation ... wird durch die Dauerspannung und die gerade durch diese Dauerrüstung entstandenen überdimensionalen persönlichen und volkswirtschaftlichen Belastungen der Kriege müde: Man begibt sich auf den Weg zum Fernziel: sich auf Dauer in der Nahost-Gesellschaft zu etablieren auf der Basis des Nebeneinander.“⁴⁰⁾

Als am 7. März 1978 zunächst zehn Offiziere der israelischen Armee einen Brief an Ministerpräsident Begin schrieben und darin die Sorge zum Ausdruck brachten, daß die von Sadat eröffnete Möglichkeit einer israelisch-arabischen Verständigung durch inadäquate israelische Reaktionen vertan werden könnte, schlossen sich dieser Aktion kurz darauf weitere 350 Offiziere an. In Tel Aviv demonstrieren wenige Tage später 40 000 Personen auf eindrucksvolle Weise für die Fortsetzung des israelisch-ägyptischen Dialoges.

Diejenigen Kräfte in der israelischen Gesellschaft, die sich seit Jahren für einen israelisch-palästinensischen Dialog eingesetzt hatten, sahen nun die Chance gekommen, diese Notwendigkeit in aller Öffentlichkeit vorzutragen. Hatten bisher Kontakte zu Vertretern der palästinensischen Bevölkerung und der palästinensischen Organisationen, mehr oder weniger im Verborgenen stattgefunden und waren bei der Mehrheit der israelischen Bevölkerung auch auf eindeutige Ablehnung, ja Empörung gestoßen, so begann nun ein Umdenken in dieser Frage einzusetzen.

Die Tatsache, daß sich eine Reihe prominenter Militärs, unter ihnen General Yariv, der israelische Verhandlungsführer beim Truppenflechtungsabkommen am berühmt gewordenen Kilometerstein 101 im Sinai, Wissenschaftler, Schriftsteller und auch Politiker für Verhandlungen mit den Palästinensern aus-

sprachen, machte deutlich, daß von einem nationalen Konsensus in dieser Frage keine Rede mehr sein konnte. Das „andere Israel“ begann schärfere Konturen anzunehmen.

Bereits mehr als ein Jahr zuvor hatten sich Israelis auf Einladung der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden zu einer Art „nationaler Selbstbefragung“ zusammengesetzt und nach Lösungsmöglichkeiten des Konfliktes zwischen Juden und Arabern Ausschau gehalten. In einem eindrucksvollen Dokument wurde 1977 das Protokoll vorgelegt, das in seiner Teilnehmerliste schon einige Namen auführt, die heute in der israelischen Friedensbewegung für ein „anderes Israel“ auftauchen: Harkabi, Shaul Friedländer, Y. Porat, David Shaham, Şhimon Shamir.

Die Rolle der israelischen Schriftsteller wie der Intelligentsia verdiente es, in einem besonderen Beitrag gewürdigt zu werden. Wenn auch hier — wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen Israels — Heterogenität die allgemeine Zustandsbeschreibung ist, so kann doch mit Recht von einem deutlichen Trend in Richtung auf die Vorbereitung eines friedlichen Nebeneinanders von Juden und Arabern gesprochen werden.

In der jüngeren israelischen Literatur stehen die Namen von Amos B. Yehoshua und Amos Oz für diese Tendenzen: „... ihr Engagement in der Theorie wie im Leben, bereitet geistig die neueste bedeutsame Entwicklung in Israel vor: die Aussicht auf eine friedliche Lösung des Konflikts. Seit dem Yom-Kippur-Krieg sind die verhärteten Fronten in Bewegung gekommen, und seit dem Sadat-Besuch in Jerusalem, im November 1977, scheint trotz aller Rückschläge diese Entwicklung unaufhaltsam geworden zu sein.“⁴¹⁾

So war es denn auch Amos Oz, der anläßlich eines israelisch-palästinensischen Symposiums in Tel Aviv seinen israelischen wie palästinensischen Mitstreitern für eine solche Entwicklung der friedlichen Koexistenz in aller Deutlichkeit vor Augen führte, daß guter Wille allein nicht ausreiche, um dieses Ziel zu erreichen. Entscheidend sei, daß beide Seiten Stereotypen, die sich vom jeweils anderen herausgebildet haben, durchbrechen müßten, um einen Zustand des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Solange es noch auf beiden Seiten berechnete Furcht vor dem anderen gebe, könne es in dieser lebenswichtigen Frage für beide Völker keine Lösung geben⁴²⁾.

⁴¹⁾ Uri Sahn, *Bester internationaler Standard. Literatur aus Israel*, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, 34. Jg., H. 69, vom 29. 8. 1978, S. 1447 ff.

⁴²⁾ *When enemies dare to talk*, London 1979, S. 47.

Ferner ist innerhalb dieser neuen Entwicklung zu beobachten, daß sich auch religiöse Kräfte innerhalb des Judentums in Israel in verstärktem Maße von den nationalistischen Kräften um den Gush Emunim distanzieren. Seit einiger Zeit ist zu erkennen, daß sich in der breitgefächerten Sammlungsbewegung des „anderen Zionismus“ eine gegenläufige Tendenz zu Wort meldet, welche unter dem Signum „Oz Weschalom“ (zu deutsch: Kraft und Frieden) auf der Grundlage der jüdischen Tradition eine friedliche Koexistenz mit den palästinensischen Arabern anstrebt.

Ihr Sprecher, Professor Uriel Simon, formuliert den Gegensatz zu Gush Emunim so: „Das jüdische Volk ist erwählt worden, um mehr Verpflichtungen anstatt mehr Rechte zu übernehmen. Während ein Anhänger von ‚Gush Emunim‘ sagen wird, daß die Araber keine nationalen Rechte im Lande haben, erklären wir, daß es unsere Aufgabe ist, gegenüber den Arabern volle Gerechtigkeit zu üben ... Wir glauben, daß das jüdische Volk mit seinem schweren Schicksal als verfolgte Minderheit einen Staat aufbauen muß, der mit anderen ethnischen Minoritäten in Frieden lebt. Nicht die Größe des Landes bildet den Maßstab für den Erfolg oder den Mißerfolg des Zionismus, sondern seine Qualität entscheidet.“⁴³⁾

Israel am Scheideweg

In den letzten Jahren häuften sich die besorgten Stimmen prominenter Israelis und zionistischer Führer, wenn sie über die zukünftige Entwicklung der israelischen Gesellschaft sprachen. Nicht erst seit dem Regierungswechsel im Jahre 1977 mehren sich kritische Äußerungen von Freunden Israels in aller Welt.

Vor schwere innen- wie außenpolitische Entscheidungen gestellt, braucht Israel, als junger Staat mehrfach zu seiner Existenzverteidigung in Kriege mit den arabischen Staaten gezwungen, zu seiner inneren Konsolidierung Frieden.

Bleibt dieser aus, so nimmt die Attraktivität des jüdischen Staates für seine Bürger ab. Die

⁴³⁾ Rolf Rendtorff, Will Begin einen anderen Zionismus?, in: Frankfurter Hefte, H. 9. 1978, S. 28.

Zahl der Juden, die Israel verlassen, um in einem anderen Land unter besseren Bedingungen zu leben, hat 1981 eine Rekordmarke erreicht: Zum ersten Mal in der Geschichte des Staates Israel ist die Auswanderungsquote gleich groß wie die Zahl der Einwanderer. Reagierte ein Teil der israelischen Bevölkerung so, weil er keine Perspektive sah? Trifft zu, was Abba Eban vor Jahren so formulierte: „In Israel gibt es ein Übermaß an Problemen, leider jedoch einen Mangel, was ihre Lösungen anbelangt.“⁴⁴⁾

Wer das demokratische Israel kennengelernt hat, wird mit Überzeugung die Meinung vertreten, daß diese Gesellschaft aus sich heraus die Kraft finden wird, die schweren Belastungen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft zu bestehen.

In Israel ist die Diskussion um die Zukunftsgestaltung des Staates und seiner Gesellschaft in vollem Gange. Ob schließlich ein „anderes Israel“ am Ende dieser Entwicklung stehen wird, vermag heute niemand zu prophezeien. In der Vergangenheit haben das jüdische Volk und die zionistische Bewegung bewiesen, daß sie zu historischen Kompromissen fähig sind. Die Vitalität der israelischen Demokratie und seiner Institutionen läßt hoffen, daß nationalistische Tendenzen und eine Verfälschung der zionistischen Ideale nicht die bestimmenden Elemente dieses „anderen Israel“ sein werden.

Auch die Rückbesinnung auf die Tradition und die Werte des politischen Zionismus können hilfreich bei der Formulierung einer realistischen Politik im Nahen Osten sein.

Chaim Weizmann umschrieb 1931 eine solche Politik mit diesen Worten: „Wirklichkeitspolitik ist, wie die Dinge der Mechanik, von einer goldenen Regel beherrscht: Man kann aus den Dingen nur das herausbekommen, was man ineintut.“⁴⁵⁾

Um den Frieden herauszubekommen, müssen beide Seiten die Bereitschaft dazu „hineintun“.

⁴⁴⁾ Vgl. Bulletin der Bundesregierung, Bonn, Nr. 107, v. 13. 7. 1971.

⁴⁵⁾ XVII. Zionisten-Kongress, Basel, 1931, Protokoll, S. 59.

ORT — „Hilfe zur Selbsthilfe“

„Hilfe zur Selbsthilfe“ — dieses Lernziel aus der modernen Entwicklungspolitik war bereits vor mehr als hundert Jahren Leitmotiv für die Gründung der jüdischen Vereinigung für Handwerk und Landwirtschaft. Dem Versuch Alexanders III. von Rußland, den jüdischen Bürgern ihre Existenzgrundlage zu nehmen, begegneten jüdische Organisatoren mit dem Plan, die Berufsstruktur der Juden von Grund auf zu ändern. Das Programm zur Verbreitung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden war eine Mischung aus philanthropischen Gedanken und Maßnahmen der Selbstwehr mit ethischer und sozialer Fundierung. Der Gründung von ORT (Obščestwo Rasprostraneniye Truda) im Jahre 1880 folgte 1921 in Berlin die Gründung eines Internationalen Hilfswerks, das eben-

falls unter der Akürzung ORT arbeitete und inzwischen zum größten Berufsbildungswerk der Welt herangewachsen ist. ORT ist auch heute noch eine jüdische Hilfsorganisation, deren Hilfe jedoch nicht mehr ausschließlich jüdischen Projekten zukommt. Die Erfahrung im beruflichen Bildungswesen wird verstärkt in der internationalen Entwicklungshilfe eingesetzt.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der stürmischen Entwicklung und der wechselvollen Geschichte dieser Organisation, die heute 800 Schulen mit 120 000 Schülern in 30 Staaten in aller Welt besitzt. Bei der Gestaltung ihres Programms für 90 Berufs- und Handwerkszweige hält sich ORT noch immer an die gleichen Grundsätze, die ihre russischen Gründer vor über 100 Jahren prägten.

ORT-Rußland

Von zahlreichen Berufen und aus der Landwirtschaft seit Jahrhunderten ausgeschlossen und auf bestimmte Siedlungsbereiche beschränkt, kam es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer wachsenden Verelendung unter den russischen Juden. Die Kleinhandwerker und Kaufleute des jiddischen „Städtl“ — das heute vielen romantisch verklärt als „Anatevka“-Idylle erscheint — waren mit die ersten Opfer der beginnenden Industrialisierung Osteuropas.

Beeinflußt durch ältere romantische Ideen, vor allem aber auch durch die immer mehr an Popularität gewinnende Lehre vom Sozialismus, war der Grundgedanke einer „Produktivierung“ der jüdischen Massen schon seit Jahrhunderten bekannt. Aber erst 1880 fanden sich die Persönlichkeiten und die historische Gelegenheit zur Verwirklichung dieser Idee; die treibende Kraft war dabei der Petersburger Arzt Professor Dr. Nikolay Bakst. Als Angehöriger der zahlenmäßig noch schwachen jüdischen Intellektuellen-Elite erkannte er die Notwendigkeit einer organisierten Form moderner jüdischer Erziehung. Diese sollte die Grundlage des notwendigen sozialen Wandels für die verelendeten „jüdischen Massen“ sein.

Der populäre Arzt wußte seine Verbindungen zur Förderung seiner Idee zu nutzen. Unter dem vergleichsweise liberalen Regime des Zaren Alexander II. wurde — anlässlich seines 25. Krönungsjubiläums — die Gründung eines jüdischen Hilfsfonds gewährt. Ein Spendenaufruf in einem Rundbrief an alle jüdischen

Gemeinden des Zarenreiches kann als Gründungsdokument der ORT-Gesellschaft gelten. Darin heißt es: „Die Unterzeichnenden sind der Meinung, daß unter den zahlreichen Bedürfnissen der Masse unserer Glaubensbrüder den ersten Platz der Mangel an handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen einnimmt.“

Das Dokument hatten außer Samuel Poliakov, der russische Eisenbahnkönig, der persönlich die Gründung des Hilfsfonds beim Hof erbat, auch Baron Horatio von Gunzburg, Abram Sak, Leon Rosenthal und Mir Friedland unterzeichnet, alle reiche russische Bankiers bzw. Industrielle. Schon nach wenigen Wochen zeigte das Echo auf diesen Rundbrief, daß von einer üblichen Mäzenatenrolle der fünf Gründungsmitglieder nicht die Rede sein konnte. In zwei Monaten brachten 12 457 unbekannte Spender zusammen 204 000 Rubel auf, während die größte Einzelspende (von S. Poliakov) 25 000 Rubel betrug. Bei dieser ersten Sammelaktion kamen insgesamt 500 000 Rubel zusammen. In einer Zeit, in der Juden weitgehend vom staatlichen Erziehungswesen ausgeschlossen waren, zeigte sich zum ersten Mal deutlich das Verlangen der jüdischen Bevölkerung nach modernen Erziehungsmethoden und Entwicklungsmöglichkeiten.

Dabei ging es inzwischen weniger um ein Streben nach höheren geistigen Werten, sondern ums nackte Überleben. Wenige Monate nach der Gründung des Fonds war Alexander II. durch ein Bombenattentat ums Leben gekom-

men und sein Nachfolger beendete abrupt alle zaghaften Liberalisierungsversuche. Das Grundbesitzverbot für Juden wurde erneuert und Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung fanden erneut staatliche Duldung. In dieser Zeit begann die jüdische Massenauswanderung in die Vereinigten Staaten, aber auch — obwohl von den Zeitgenossen kaum beachtet — die Auswanderung nach Palästina.

So wurde gleich zu Beginn eine planmäßige Entwicklung der ORT-Aktivitäten behindert und — wie später noch so oft — die direkte Krisenhilfe zur vordringlichsten Aufgabe. Im Rahmen des Möglichen mußte versucht werden, tausenden Familien wieder eine Existenzmöglichkeit zu verschaffen. ORT spannte kurzfristig die bereits bestehenden Schulen, die zum Teil religiös ausgerichtet waren, in sein Hilfsprogramm ein. Umschulungskurse für jüdische Kleinhandwerker sowie Finanzierungshilfen und Geschäftsberatung bei der Errichtung neuer Handwerksbetriebe erwiesen sich als besonders wirkungsvoll. Trotz der Beschränkungen und des Improvisationszwanges führten die wachsenden Bedürfnisse der unterdrückten jüdischen Minderheit zu einem Anwachsen der ORT-Tätigkeit.

Die Krisenzwänge der ersten ORT-Jahre sorgten auch dafür, daß ORT von allen innerjüdischen Ideologiekonflikten unbeeinflußt blieb. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es keinen Mangel an solchen Konflikten unter den russischen Juden. Wie wenig dies die ORT-Bemühungen behinderte, zeigt sich vor allem darin, daß sich traditionell ausgerichtete religiöse Schulen den von ORT getragenen Modernisierungsbestrebungen öffneten. Der russische Antisemitismus und seine Pogrome führten dazu, daß sich die ORT-Leitung niemals bewußt kämpferisch antireligiös gab, obwohl eine solche Haltung unter den jüdischen Intellektuellen weit verbreitet war. Ebenso wenig kam es jedoch zu einer religiösen Verbrämung des ORT-Programms.

Die ORT-Gesellschaft wurde von den reichen jüdischen Finanziers unterstützt, ohne daß dies sozialistische jüdische Kreise davon abgehalten hätte, ORT gegenüber eine positive Haltung einzunehmen. Eine solche direkte Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen im Rahmen anderer jüdischer Bewegungen ist nicht bekannt.

Den Zeitgenossen mag ein anderer beginnender Konflikt kaum aufgefallen sein, doch überrascht aus heutiger Sicht ganz besonders die Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Antizionisten, die unter dem ORT-Dach einträchtig nebeneinander saßen. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte ORT bis zum

Jahre 1913 seinen erzieherischen Pioniergeist in dreizehn osteuropäischen Städten.

Nach der ersten russischen Revolution 1905 kam es zur Aufhebung der Niederlassungsbeschränkungen für die Juden in Rußland. Die verstärkte Flucht aus dem Städtl-Ghetto in die Metropolen führte zu einer zunehmenden Proletarisierung der jüdischen Minderheit. Für ORT boten sich verbesserte Arbeitsmöglichkeiten, aber auch neue Aufgaben. Der „Hilfsfonds“ konnte sich als ein ordentlicher Verein organisieren. Zum ersten Male wurden Grundlagenforschungen über die eigentliche Lage in den verschiedenen Wirtschaftszweigen durchgeführt, d. h., es wurden Prognosen zur Marktsituation und Arbeitsmarktentwicklung angefertigt als Voraussetzung für eine modernisierte Ausrichtung der ORT-Aktivitäten.

Jetzt ging es nicht mehr um Krisenimprovisation und Anschlußsuche an die umliegende Gesellschaft, sondern um die Errichtung von Berufsbildungsinstitutionen, die zu qualifizierten Abschlüssen verhalfen: In Wilna wurden Kurse zur Elektrikerausbildung durchgeführt und die ersten Automechaniker in St. Petersburg ausgebildet. In traditionellen jüdischen Handwerkszweigen wie Schreiner, Kesselschmied und Schuhmacher wurden Fortbildungskurse eingerichtet, die das Produktionsniveau in diesen Bereichen durch gezielte Modernisierung anhoben.

ORT entwickelte ferner die Idee von Kooperativbetrieben jüdischer Handwerker weiter, in denen Ansätze zu einer modernen Massenproduktion mit den notwendigen Qualitätskontrollen enthalten sind.

Dieser erste „Höhenflug“ fand 1914 durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein jähes Ende. Die jüdische Bevölkerung Litauens, Galiziens und der Ukraine galt als „deutscher Kulturträger“ und wurde der Kollaboration mit dem deutschen Feind verdächtigt. Die Folge war eine umfassende Zwangsevakuierung. Wieder mußte ORT seine langfristigen Entwicklungspläne beiseite legen, um sich im Kriseneinsatz zu betätigen. Doch auch noch im Rahmen der einsetzenden Flüchtlingshilfe bemühte man sich um die Einhaltung des Grundsatzes „Hilfe zur Selbsthilfe“; kurzfristige Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden entwickelt.

Durch die gezielte Anwendung der gesammelten Erfahrungen, aber auch mit Hilfe von Improvisation wurde über die Einrichtung von 72 Registrierstellen für 60 000 Flüchtlinge ein Hilfssystem geschaffen, das Arbeitsvermittlung, Umschulungskurse und Schnellehrgänge

in verschiedenen Berufszweigen umfaßte. Ebenso stand die Errichtung von Kooperativwerkstätten, Armenküchen und die Einführung von Finanzierungshilfen und Waisenbetreuung auf dem Programm. Dabei stiegen die Ausgaben von 68 000 Rubel im Jahre 1914 auf 541 000 Rubel im Jahre 1916.

Schlimme Folgen brachte der russische Bürgerkrieg zwischen 1917 und 1921 für die jüdische Minderheit. Allein in der Ukraine fanden 150 000 Juden durch die Pogrome der Weißen Armee den Tod. Insgesamt fielen zehn Prozent der jüdischen Bevölkerung diesen Massendenen zum Opfer; 28 Prozent wurden obdachlos.

Gründung des Weltverbandes

Bereits während des Ersten Weltkrieges und dem nachfolgenden Bürgerkrieg wandte sich ORT angesichts der drastischen Ausgabensteigerung um Hilfe an die Juden im Ausland. Vor allem unter den zahlreichen russisch-jüdischen Emigranten, die in Westeuropa und den USA eine neue Heimat gefunden hatten, stieß dieser Hilferuf auf ein positives Echo. In diesen Kreisen war man noch mit den Nöten der alten Heimat vertraut.

Die Gründung neuer Staaten in Osteuropa auf früherem russischen Gebiet und die Erweiterung Polens führten ebenfalls dazu, daß sich die ORT-Aktivitäten plötzlich über die russische Staatsgrenze hinweg erstreckten. Dieser unerwarteten „Internationalisierung“ der ORT-Aktivitäten folgten koordinierte Bemühungen um eine Verstärkung der Auslandsbeziehungen.

Im Jahre 1919 unternahm eine Delegation des russischen ORT-Zentralkomitees eine Rundreise durch Westeuropa. In Paris, London, Manchester, den skandinavischen Hauptstädten, Berlin, Leipzig und Danzig entstanden lokale ORT-Komitees.

Zunächst handelte es sich dabei nur um Unterstützungsvereine für die ORT-Arbeit in Osteuropa. Den ersten Anstößen früherer russisch-jüdischer Emigranten folgte bald auch ein verstärktes Interesse der westeuropäischen jüdischen Organisationen für die besondere Selbsthilfestruktur der ORT-Gesellschaft, weil die besonderen Erfahrungen und Erfolge dieser Organisation Eindruck gemacht hatten.

Im Sommer 1921 fand in Berlin die erste Konferenz aller ORT-Gesellschaften aus den verschiedensten Teilen Europas statt. Aus der Sowjetunion traf aus technischen Gründen nur ein Delegierter ein. Die meisten Vertreter entsandten die ORT-Gesellschaften aus Polen, Li-

Zudem beraubten die langanhaltenden Kriegsjahre ORT seiner Finanzgrundlage, da die Juden Rußlands die steigenden Ausgaben allein nicht mehr tragen konnten. Neben dem Spendenrückgang kam es nach dem kommunistischen Sieg auch zu finanziellen Beschränkungen für ORT. Doch im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der vorrevolutionären Organisationen, die sofort verboten wurden, konnte ORT weiterarbeiten. Der Nutzen der Organisation wurde auch von den Kommunisten zunächst anerkannt; sie erzwangen nur eine personelle Umbildung der Leitung, in die den Kommunisten genehme Persönlichkeiten gewählt werden mußten.

tauen, Lettland und Rumänien — den traditionellen ORT-Gebieten des früheren Zarenreiches.

Der ORT-Weltverband, der auf dieser Berliner Konferenz gegründet wurde, sah immer noch in Osteuropa sein wichtigstes Tätigkeitsfeld. Die Juden Osteuropas lebten im Vergleich zu anderen jüdischen Gemeinden in aller Welt weiterhin in sehr beengten Verhältnissen. Von Anfang an dachte man jedoch auch an eine eventuelle geographische Ausweitung des Aktivitätsbereiches. So kam es schon bald zu ersten Kontakten mit südamerikanischen Gemeinden und zu Erkundigungen nach deren besonderen Bedürfnissen.

Doch blieb zunächst Osteuropa das größte und zugleich problematischste Arbeitsfeld. In der Sowjetunion entwickelte sich dabei in den frühen zwanziger Jahren eine verstärkte Orientierung auf den Agrarbereich. Allein in der Ukraine wurden 112 161 Juden registriert, die in den Städten kein Auskommen fanden und sich in der Landwirtschaft eine neue Existenz aufbauen wollten. So bestand die erste Aktion des 1922 gegründeten ORT-Verbandes der USA in der Entsendung von 100 Eisenbahnwaggons mit Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen.

Auch auf der Krim und in Biro-Bidjan entstanden neue landwirtschaftliche Siedlungen. Hier versuchte man, im Rahmen der neuen kommunistischen Minderheitenpolitik ein jüdisches Autonomie-Gebiet zu errichten. Stufenweise sollte es zu einer Umsiedlung der Juden nach Biro-Bidjan kommen, wo Jiddisch zur Amtssprache wurde. Diesem Versuch einer „territorialen Lösung“ der Judenfrage in der Sowjetunion wurde von Stalin ein Ende gemacht. ORT kümmerte sich im Rahmen dieses Aufbauwerks nicht nur um die landwirtschaftliche Entwicklung, sondern um die gesamte Infra-

struktur — vom Saatgut bis zu den Werkstätten für landwirtschaftliche Maschinen, vom Wohnungsbau bis zum Generator für die Stromversorgung. Als Stalin 1938 die ORT-Gesellschaft verbot und ihre Führer nach Sibirien verschleppen ließ, verloren 4 000 jüdische Haushalte in der Sowjetunion ihre wichtigste Finanzhilfe.

Auch in den anderen osteuropäischen Staaten war die Lage der Juden von Krisen überschattet. In Polen gab es nur wenig jüdische Beamte oder Juden mit anerkanntem Berufsschulabschluß. Da nur Polnisch als Unterrichtssprache an den staatlichen Berufsschulen anerkannt war, wurde die jüdische Minderheit sprachlich benachteiligt. ORT machte sich daher an den Aufbau eines eigenen Berufsschulsystems mit Jiddisch als Lehrsprache (über das Jiddische haben sich technische Bezeichnungen aus dem Deutschen sogar in die hebräische Umgangssprache eingeschlichen. Im damals polnischen Wilna wurde 1921 überdies eine Technische Hochschule durch ORT eingerichtet.

Die Gründung der polnischen „Handwerkerinnung“ im Jahre 1925 war eine offen antisemitische Maßnahme. Da die Aufnahmeprüfungen ausschließlich in Polnisch erfolgten, waren etwa 100 000 jiddisch sprechende Kleinhandwerker plötzlich von einem Berufsverbot betroffen. ORT sorgte in Schnellkursen für eine fortbildende Berufsausbildung der Betroffenen zusammen mit einer sprachlichen Vorbereitung auf die polnische Prüfung. Dazu kamen Kredithilfen und die Einrichtung moderner Werkstätten im Kollektivrahmen.

Die fortschrittliche ORT-Berufsausbildung machte sich schon bald einen Namen. Technische Kurse wurden von jungen Leuten besucht, die bereits einen akademischen Ausbildungsabschluß hatten. Bis zum Kriegsausbruch 1939 erhielten 500 000 polnische Juden eine ORT-Ausbildung. Dann machte der gemeinsame Überfall der Nationalsozialisten und der Roten Armee diesem Abschnitt der ORT-Arbeit in Osteuropa ein Ende.

ORT-Gesellschaft — Abteilung Deutschland e. V.

Als im Sommer 1921 der ORT-Weltverband in Berlin gegründet wurde, kam es zugleich auch zur Gründung einer „ORT-Gesellschaft Abteilung Deutschland e. V.“. Die deutsche Sprache, seit jeher die Verbindungssprache der Juden Ost- und Westeuropas, wurde neben Russisch und Jiddisch zur wichtigsten Sprache des ORT-Weltverbandes. In Berlin, dem Gründungsort des Weltverbandes, befand sich auch dessen Zentrale, zusammen mit dem Sitz der deutschen ORT-Gesellschaft, die sich sofort nach ihrer Gründung zum wichtigsten örtlichen ORT-Verband entwickelte.

Schon seit Jahrhunderten war die geographische Lage Deutschlands bestimmend für die engen Verbindungen zwischen den Juden in Deutschland und ihren Glaubensbrüdern in Osteuropa. Im Mittelalter waren es die „aschkenasischen“ Juden Mitteleuropas, die blutig verfolgt nach Osteuropa flüchteten. In der Neuzeit kam es zu Fluchtbewegungen in die entgegengesetzte Richtung. Im 19. Jahrhundert war Deutschland die Zwischenstation auf der Emigration in die USA. Nicht wenigen dieser Flüchtlinge gelang es auch, in Deutschland Fuß zu fassen. So entwickelte sich eine traditionelle Hilfsbereitschaft der jüdischen Gemeinden Deutschlands gegenüber den verfolgten Juden Osteuropas, an die die ORT-Gesellschaft anknüpfen konnte. Das ORT-Programm stieß dabei auf ein besonders reges Interesse. Hier erwies sich das ökonomische Ziel

produktiver Hilfe im Gegensatz zu den rein karitativen Absichten anderer Hilfsorganisationen als besonders attraktiv. Schon lange vor der ORT-Gründung mehrten sich die Stimmen innerhalb der jüdischen Gemeinden, die vor einer Überheblichkeit der deutschen Juden warnten, die in den „Ostjuden“ oft nur noch verelendete Objekte der eigenen Hilfsfähigkeit sahen. Über ORT hingegen wurde das Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Modernisierung dieser zahlenmäßig stärksten jüdischen Bevölkerungskonzentrationen in der Welt angestrebt. Kritische Beobachter waren sich schon damals darüber im klaren, daß nur eine Sicherung der Lebensgrundlagen des osteuropäischen Judentums letztlich auch das Überleben der Juden in den westeuropäischen Industriestaaten sichern konnte. Darauf wies u.a. auch Albert Einstein hin: „Die Arbeit des ORT bedeutet ein für die Fortexistenz des jüdischen Volkes lebenswichtiges Unternehmen, dessen Stützung Pflicht eines jeden Juden ist. Jeder muß sich aufs Eindringlichste vor Augen halten, daß das Ansehen der Judentum überhaupt von der sozialen und wirtschaftlichen Gesundheit der jüdischen Massen in Osteuropa unmittelbar abhängig ist.“

In deutschen Städten entstanden über 75 lokale ORT-Gesellschaften. Alfred Döblin und Albert Einstein gehörten ebenso wie der Sozialist Eduard Bernstein zu den ORT-Förderern, ferner zionistische Aktivisten, Reichs-

tagsabgeordnete, Bankiers, Industrielle und Rabbiner aller Richtungen — vom orthodoxen bis zum liberalen Judentum.

Während man in Osteuropa jedoch bestrebt war, eine Massenbewegung mit fest umrissenen sozio-ökonomischen Zielen zu errichten, verstand sich ORT in Deutschland nicht als „Bewegung“, sondern als „Gesellschaft“, nicht als „Organisation der Massen“, sondern als „Organisation für die Massen“ — wie es der polnische ORT-Präsident Silberfarb in einer Ideologiediskussion kritisch betonte.

Zu einer solchen Debatte um den ideologischen Rahmen der ORT-Arbeit kam es erst gegen Ende der zwanziger Jahre, nach fast fünfzig Jahren praktischer Arbeit. Verursacht wurde sie durch die wachsende Internationalisierung, die die Homogenität innerhalb des ORT-Rahmens gefährdete. Gegen die Position Silberfarbs bezog der spätere langjährige Präsident des Weltverbandes, Dr. Aron Syngalowski, Stellung, damals einer der russischen

Juden im internationalen ORT-Direktorium. Zwischen den beiden Weltkriegen lebte Syngalowski lange Jahre in Deutschland. Er betonte als allgemeines Ziel die „Erlösung“ des jüdischen Volkes durch eine Vermehrung seiner handwerklich und landwirtschaftlich ausgebildeten Individuen. Durch dieses Programm sollte sich ORT von den zahlreichen jüdischen Hilfsorganisationen abheben, die in den verschiedensten Bereichen „Dienstleistungen“ als „Lösung“ von Einzelproblemen ohne Plan für die Erlösung anboten.

Dieser pragmatischere ideologische Entwurf Syngalowskis war es, der in den „Spendenländern“ auf starke Sympathien stieß. Auch in Deutschland erkannte man, daß ORT den üblichen philanthropischen Rahmen sprengte — dachte dabei jedoch an Osteuropa. Kaum jemand unter den Förderern von ORT ahnte damals, daß die Juden in Deutschland selbst schon bald ORT als Empfangende gegenüber stehen würden.

Nach 1933 — in Deutschland

Der Aufstieg Hitlers zur Macht überraschte ORT in Deutschland wie alle anderen jüdischen Organisationen (mit Ausnahme begrenzter Kreise innerhalb der zahlenmäßig nicht besonders starken zionistischen Organisationen). Es war jedoch bezeichnend, daß sich ORT schon früh auf die veränderten Lebensbedingungen einstellte. Unter der Leitung von Dr. Wilhelm Graetz und David Klementowsky rückten jetzt die eigenen Sorgen in den Mittelpunkt der ORT-Arbeit in Deutschland.

Sieben Kurse zur beruflichen Umschulung wurden noch im Jahre 1933 eingerichtet, darunter Kurse für Schreinerarbeiten und Kfz-Mechanik. Kursteilnehmer waren etwa 200 Ärzte, Rechtsanwälte und Beamte, die aus ihren Ämtern vertrieben worden waren.

ORT arbeitete pragmatisch mit allen anderen jüdischen Organisationen zusammen. Dabei spielte es keine Rolle, ob sie sich wie der „Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau“ durch Selbsthilfe um eine Lösung bemühten oder, wie der „Hilfsverein“ bzw. das „Palästina-Amt“, für die Emigration eintraten.

Hierbei konnte es nicht bei ersten Sofortreaktionen auf die sich zusehens verschlechternden Bedingungen bleiben. Schon bald waren auch die Heranwachsenden von antijüdischen Willküraktionen betroffen. Seit 1934 wurden Gruppen jüdischer Jugendlicher, die in Deutschland vom weiterbildenden Schulbesuch ausgeschlossen waren, nach Osteuropa evakuiert. Der ORT-Weltverband, der seinen

Sitz mittlerweile von Berlin nach Paris verlegt hatte, half so über seine osteuropäischen Einrichtungen. Die traditionellen „Nehmer“ wurden den früheren Spendern gegenüber zu „Gubern“. 150 jüdische Jungen aus Deutschland fanden in der Internatsschule Kaunas Aufnahme, andere Gruppen wurden in den litauischen ORT-Schulen von Ongarina und Kalinovalo untergebracht. Auch im lettischen Liebau wurden deutsche Jugendgruppen untergebracht.

Für die steigende Zahl jüdischer Emigranten aus Deutschland, später auch aus Österreich und der Tschechoslowakei in die baltischen Staaten mußten ebenfalls Hilfsprogramme entwickelt werden. Ganze Familien wurden in Litauen nach landwirtschaftlichen Schnellkursen in Bauernkooperativen angesiedelt.

Aber nicht alle konnten — oder wollten — emigrieren. Die Zahl der jüdischen Schüler, die vom Schulbesuch ausgeschlossen wurden, nahm immer mehr zu. Auch der Bedarf an Umschulungskursen für Erwachsene stieg beständig. Deshalb wurde 1937 in Berlin eine ORT-Schule gegründet, die tagsüber jugendlichen Schülern offenstand und in den Abendstunden zur Erwachsenenfortbildung und -umschulung benutzt werden konnte. Der britische ORT-Verband übernahm die finanzielle Förderung. Diese internationale Patenschaft schützte sie vor den Ausschreitungen der Reichspogromnacht von 1938, in der andere jüdische Einrichtungen und Institutionen fast ausnahmslos vernichtet wurden.

Nur wenige Tage vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konnten 1939 die 100 jugendlichen Schüler dieser Schule mit einem Teil des Lehrpersonals nach England evakuiert werden. Die Nazis untersagten die Mitnahme der technischen Einrichtungen entgegen einer ersten Abmachung, was die Evakuierung beinahe noch im letzten Moment hätte scheitern lassen. Schüler und Lehrer fanden in Leeds ein neues Zuhause, wo sie den Kern einer neuen ORT-Schule bildeten.

Die Berliner Schule schaffte es erstaunlicherweise auch noch in den ersten Kriegsjahren, die Umschulungskurse für Erwachsene weiterzuführen. 1941 kam es zur „Eingliederung der ORT-Gesellschaft in die ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‘“, die von Adolf Eichmann persönlich verfügt wurde.

1939 mußte der ORT-Weltverband seinen Sitz von Paris nach Vichy und kurze Zeit später dann nach Marseille verlegen. Von dort aus zog er nach Genf um, wo er bis heute ansässig ist. Im gleichen Jahr bildete sich in New York ein Krisenkomitee, das sich vor allem mit der Finanzierung der sprunghaft steigenden Ausgaben befaßte. Die eigentliche Planung und Durchführung der Hilfsmaßnahmen wurden vom Direktorium in Europa organisiert.

Wo immer jüdische Flüchtlinge in aller Welt Aufnahme fanden — ORT zog mit ihnen. Mitte der dreißiger Jahre war es zur schrittweisen Internationalisierung der ursprünglich russischen Organisation gekommen. Ende der dreißiger Jahre, als in Europa die Arbeit nur noch unter schwersten Bedingungen möglich war, konnte man ORT bereits in allen Erdteilen der Welt antreffen.

ORT-Schulen entstanden in Genf, New York, Rio de Janeiro, Buenos Aires, Montevideo, Havanna und sogar in Schanghai, wo etwa 20 000 jüdische Flüchtlinge aus Mitteleuropa Aufnahme gefunden hatten. Das ORT-Hilfsprogramm umspannte jetzt die ganze Welt; der Unterschied zwischen Geber- und Nehmerländern verwischte sich. Sogar in den USA mußten Umschulungskurse für jüdische Neueinwanderer eingerichtet werden. Allein in New York konnten 22 000 Emigranten auf eine neue Existenz vorbereitet werden.

Im Ghetto

In den osteuropäischen Ghettos blieb ORT bis zu deren Zerstörung aktiv, teilweise von den Nazis geduldet, die sich von einer Berufsausbildung wirksamere Ausbeutungsmöglichkeiten der jüdischen Zwangsarbeiter verspra-

chten. Dies war die beschönigende Umschreibung für die Auflösung des eigenständigen ORT-Rahmens als eingetragener Verein. Doch blieb die praktische Tätigkeit der ORT-Schule in Berlin dadurch unbeeinflusst. Erst 1943 hörte die Berliner Schule endgültig auf zu existieren. Dazu war jedoch mehr als eine schriftliche Verfügung aus dem Reichsinnenministerium notwendig.

Ein Augenzeuge: „Am 10. Juni 1943 besetzte um 10.00 Uhr morgens eine SS-Mannschaft in voller Kampfausrüstung das Schulgebäude. Alle Anwesenden, etwa 100 Personen, mußten im großen Saal antreten. Jedem wurden die Ausweisungspapiere abgenommen. Nur sehr wenige von uns wurden freigelassen. Der Rest wurde sofort nach Auschwitz deportiert. Drei wurden nach Theresienstadt gebracht.“

ORT-Flüchtlingshilfe in aller Welt

chen. Im Untergrund konnten die eng gesetzten Beschränkungen sogar durchbrochen werden. In Warschau, Kaunas, Lodz und den kleineren Ghettos erhielten Tausende jüdischer Jugendliche eine Berufsausbildung und damit eine größere Chance, als „verwendbare Arbeitskraft“ zu überleben.

Ein sprechenderes Beispiel für die ORT-Tätigkeit als dieses Ausbildungsprogramm in den Ghettos gibt es nicht: Selbsthilfe zur Besserung der unmenschlichsten Lebensbedingungen, moralische und geistige Hilfe an Tausende von Heranwachsenden ohne Zukunft — bis hin zum heldenhaften gewaltsamen Widerstand der letzten Ghetto-Tage in Warschau.

Nach dem Krieg

Das Ausmaß der industriell organisierten Massenvernichtung wurde erst nach dem Sieg über Nazi-Deutschland deutlich. ORT stand vor der gänzlichen Vernichtung des bisher Geschaffenen in Europa. Neue Aufgaben stellten sich ohne jeden Übergang: In den Todeslagern hausten die „wandelnden Toten“ — bis auf's Skelett abgemagerte Überlebende der Todesmaschinerie. Bald stellte sich heraus, daß ihre Rückkehr in die früheren Wohnorte unmöglich war. Überlebende Juden, die es nach Kriegsende wagten, ihre früheren Häuser in polnischen Ortschaften aufzusuchen, wurden von den neuen Insassen brutal ermordet oder vertrieben. Die große Mehrheit der Juden zeigte auch keine Bereitschaft, wieder an die alten Wohnsitze im „Massengrab Europa“ zurückzukehren. Man war nicht bereit, den Nazi-Terror als historisches Zwischenspiel zu betrachten. Der neue Lebenswille war auch der Wille für ein neues Leben.

Wenige Monate nach Kriegsende kam ein Untersuchungsausschuß zu dem Schluß, daß die große Mehrheit der europäischen Juden, die überlebt hatten, nur ein Ziel kannte: die Auswanderung nach Israel.

270 000 „displaced persons“ — heimatlose Juden aus allen Teilen Europas — befanden sich 1947 noch immer in den alten Konzentrationslagern Deutschlands, Österreichs und Italiens. Das Problem in diesen „DP-Camps“ war nun nicht mehr der Kampf ums nackte Überleben, die Jagd nach einem Stück Brot, sondern das Warten auf ein Visum — oder auf eine Gelegenheit, illegal die Reise in das britische Mandatsgebiet Palästina wagen zu können. Auch in dieser Situation konnte ORT helfen. ORT schaffte es, der Wartezeit eine sinnvolle Bedeutung zu geben — durch die gezielte Vorbe-

ereitung für die Einwanderung nach Palästina. So wurde Deutschland in diesen ersten Nachkriegsjahren erneut Zentrum der ORT-Aktivitäten. Bereits 1945 organisierten ORT-Lehrer aus Litauen im Lager Landsberg den ersten Berufsbildungskurs. Im Dezember 1945 folgte ein ähnlicher Kurs in Bergen-Belsen. ORT wurde die behördlich anerkannte Berufsbildungsorganisation in den DP-Lagern. Maschinen und Lehrmaterial wurden angeschafft. Die Zahl der Kursteilnehmer auf deutschem Boden stieg von 1895 im Jahre 1945 auf 10 624 im Jahre 1947. Das Ausbildungsprogramm konnte schon nach wenigen Monaten auch auf die anderen Lager in Österreich, Italien und Südfrankreich ausgeweitet werden. Insgesamt nahmen 1947 über 22 000 Personen an 700 Kursen überall in Europa teil.

Israel

Nach der Gründung des Staates Israel erfolgte die schrittweise Auflösung der ORT-Arbeit in den DP-Lagern. Der letzte Kurs auf deutschem Boden endete 1956 in Föhrenwald bei München. Nachdem ORT jahrzehntelang nur indirekt am zionistischen Aufbauwerk beteiligt war — unter den Einwanderern waren zahlreiche ORT-Absolventen —, kam es 1949 zur Gründung der ersten ORT-Schule in Israel.

Den Kern dieser ersten ORT-Schule in Jaffo bildete der Lehrstab der früheren ORT-Schule in Sofia, der nach dem ORT-Verbot in Bulgarien geschlossen nach Israel auswanderte.

ORT änderte nicht seine unzionistische Grundausrichtung, die jedoch niemals antizionistisch war. Der Sitz des Weltverbandes blieb weiter in Genf, doch erkannte man, daß der Judenstaat eine zentrale Bedeutung für das ORT-Programm erhalten hatte. In den ersten Jahren nach der Gründung Israels, als sich die Bevölkerung dort durch die Masseneinwanderung aus aller Welt vervielfachte, war diese ORT-Hilfe (über-)lebensnotwendig.

In Israel bestand bereits ein gewerkschaftliches Berufsbildungsnetz. ORT konzentrierte sich daher auf den neuen Bereich der Ausbil-

dung von Einwanderern aus technologisch unterentwickelten Staaten Asiens und Afrikas. Bis heute steht Israel vor zahlreichen unge lösten Problemen als Folge der Masseneinwanderung aus den moslemischen Ländern. Viele dieser Probleme konnten gelöst werden, ohne daß es bis heute möglich war, vermeintliche und tatsächliche Benachteiligungen gegenüber dem sephardischen Bevölkerungsteil Israels aus der Welt zu schaffen. ORT erkannte die gesellschaftliche Brisanz dieser Entwicklung schon früh und setzte sich mit diesem wohl wichtigsten gesellschaftlichen Problem des jungen Staates auseinander. Die größten und modernsten ORT-Schulen stehen heute in Tel Aviv, Natania und Jerusalem.

Von nicht geringerem Gewicht ist das zweite Problem, mit dem sich ORT in Israel auseinandersetzt — dem Verhältnis zur arabischen Minderheit. So wurden ORT-Fachschulen in arabischen Ortschaften wie Nazareth und Abu Gosh errichtet. Eine intensive Berufsausbildung ist in Jerusalem zu beobachten, wo im Osten der Stadt die Schulen mit Geldern des Deutschen Roten Kreuzes 1972 aufgebaut wurden.

ORT richtete in Nordafrika seine ersten Schulen ein, bevor dies in Israel geschah. Bereits während des Zweiten Weltkrieges kam es in Algerien zur Zusammenarbeit mit der französischen jüdischen Schulorganisation „Alliance Israelite Universelle“, die im Bereich der Allgemeinerziehung tätig ist. In Algerien wurde 1961 nach der Unabhängigkeit die ORT-Arbeit verboten.

ORT in aller Welt

Das ORT-Hilfsprogramm für jüdische Flüchtlinge in aller Welt aus den Jahren des Zweiten Weltkrieges bildete die Grundlage für das heutige ORT-Weltprogramm. Israel entwickelte sich dabei zu einem Schwerpunkt, ist jedoch bei weitem nicht der einzige Empfängerstaat. Es gibt ORT-Schulen in Frankreich, Italien und Südamerika bis zum heutigen Tag. In den Schulen von ORT werden heute Schüler aller Konfessionen aufgenommen.

Zur Einrichtung von ORT-Schulen in Tunesien und Marokko kam es 1950. Noch lange nach der Unabhängigkeit Tunesiens konnte ORT weiter als Schulträger fungieren, bis es im Jahre 1972 zur Schließung der letzten ORT-Schule in Tunis kam, die auch nicht-jüdischen Schülern offengestanden hatte. Die ORT-Schulen in Iran erfuhren in den letzten Jahrzehnten einen beispiellosen Aufstieg.

Zu neuen Ansätzen der ORT-Arbeit kam es zu Beginn der sechziger Jahre, als man die Arbeit auch in Staaten der Dritten Welt ohne jede jüdische Bevölkerung aufnahm. Im ORT-eigenen Ausbildungszentrum für Berufsschullehrer bei Genf wurden zunächst Entwicklungshelfer des amerikanischen Peace-Corps ausgebildet. Diese Zusammenarbeit mit der „American Agency for International Development“ weitete sich zusehens aus. In ihrem Auftrag führte ORT 1961 eine Forschungsstudie über die Voraussetzungen eines Berufsbildungssystems mit acht afrikanischen Staaten durch. Anschließend leitete ORT auch selbst den Aufbau eines solchen Berufsschulnetzes in Conakry (Guinea), Bamako (Mali), Elfenbeinküste, Dahomey, Kamerun, Nigeria, Sierra Leone und Äthiopien. Erneut konnte ORT seine große Anpassungsfähigkeit beweisen. Das Lehrpro-

In der Bundesrepublik Deutschland wurde 1958 die deutsche ORT-Gesellschaft mit Sitz in Frankfurt neu gegründet. Die Bundesrepublik gehört zu den Staaten, die ORT-Aktivitäten — vor allem in der Dritten Welt — finanzieren können. Vor allem die Zusammenarbeit mit den kirchlichen Hilfswerken „Brot für die Welt“ und „Misereor“ und dem „Deutschen Roten Kreuz“ ist für ORT von Bedeutung. In den letzten Jahren verstärkten sich auch die Beziehungen zum Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

ORT ist dabei seinen alten Grundsätzen treu geblieben: als wichtigste Aufgabe gilt auch bei der Arbeit in über vierzig Staaten der Dritten Welt die Schaffung eines umfassenden Ausbildungssystems, das dann mit eigenen Lehrern die weitere Arbeit selbst tragen kann. Wie vor hundert Jahren gilt es „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten.

Die Arbeit in den Entwicklungsländern, in denen ORT bereits mehr als 20 Jahre tätig ist, basiert auf einem tiefen Verständnis für die Menschen, mit denen man jetzt arbeitet, und auf den gesammelten Erfahrungen der vorausgegangenen 80 Jahre. Die damals gesetzten Ziele der Berufsausbildung, ein Ausbildungssystem in einem Land aufzubauen, in dem

Eine der modernsten ORT-Schulen in Teheran führte sogar Kurse zur EDV-Ausbildung in Zusammenarbeit mit IBM durch. Aber die politische Entwicklung in diesem Land bereitete der ORT-Tätigkeit in Iran ebenfalls ein plötzliches Ende.

In Marokko kann ORT bis heute ungehindert arbeiten. Das größte Schulzentrum steht in Casablanca.

ORT und die Dritte Welt

gramm in diesen Ländern erforderte die Umstellung auf neue Bedingungen, die sich auch noch jeweils von Staat zu Staat unterschieden. So war man etwa in Guinea besonders an der Ausbildung von Minenexperten nach der Verstaatlichung des Bauxit-Abbaus interessiert. In Indien nahm ORT mit norwegischer Finanzierung an der Ausarbeitung eines Eingliederungsprogramms tibetanischer Flüchtlinge teil. Einundzwanzig afrikanische Staaten bildeten bis heute ihre Berufsschullehrer mit ORT-Hilfe aus. In Kenia wurde ein „Nationaler Jugenddienst“ nach israelischem Vorbild unter ORT-Beratung errichtet. ORT nimmt an der Ausarbeitung von Lehrplänen im Rahmen des UN-Kinderfonds teil. ORT-Lehrwerkstätten gibt es heute im Tschad, in Gabun, der Zentralafrikanischen Republik und in der Republik Elfenbeinküste.

ORT-Deutschland heute

Menschen gut ausgebildete Handwerker werden, die später als Techniker verantwortungsvolle Positionen übernehmen können und aus deren Kreis wieder Administratoren hervorgehen sollen, sind auch heute noch gültig.

Technische Zusammenarbeit wird von ORT gegenwärtig in 20 Entwicklungsländern durchgeführt; ca. 150 technische Ausbilder führen mehr als 30 Projekte durch. Viele dieser heutigen Lehrer sind frühere ORT-Schüler, die das Lehrer-Technikum bei Genf absolviert und als Berufslehrer mehrjährige Erfahrungen gesammelt haben, bis sie in verantwortliche Positionen bestellt wurden.

Die ORT-Programme und -Projekte in der Dritten Welt werden von Regierungsstellen, multilateralen Fonds wie der Weltbank, der OECD, UNDP und gemeinsam mit privaten Betrieben gefördert.

So bemüht sich ORT aus seiner historischen Verpflichtung heraus immer wieder aufs neue darum, technisches und pädagogisches Wissen weiterzugeben, insbesondere an Entwicklungsländer, um dort eines der fundamentalsten menschlichen Rechte sichern zu helfen: das Recht, sich die Fähigkeit aneignen zu können, sein Brot zu verdienen.

Afghanistan: Legitimität der Tradition und Rationalität der Modernisierung

Wenn vom Widerstandskampf der afghanischen Freischärler gegen die sowjetische Intervention und die von den Russen an der Macht gehaltene Kabuler Regierung gesprochen wird, so ist zugleich die Rede vom Hege- monialanspruch der Sowjetunion und den vielfältigen Problemen bei der forcierten Modernisierung eines armen Landes, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und vom Selbstbehauptungswillen der islamischen Religion; nur selten ist die Rede von jener Ordnung, ihren Werten und Normen, zu deren Verteidigung die afghanischen Bauern und Nomaden in den Kampf eingetreten sind und die ihren Kampfeswillen motivieren und stimulieren¹⁾. Offensichtlich interessiert im Westen an dem Guerillakrieg in Afghanistan mehr, *gegen wen* er gerichtet ist, und weniger, *von wem* er getragen wird. Dementsprechend wird der Einmarsch sowjetischer Truppen im Dezember 1979 fast ausschließlich unter dem Blickwinkel der möglichen Motive der sowjetischen Führung zu erklären versucht; nur selten wird auf die innere Entwicklung Afghanistans Bezug genommen, die doch erst die sowjetische Intervention möglich gemacht hat.

So konnte denn im Westen der Widerstand großer Teile der afghanischen Bevölkerung gegen die sowjetischen Interventionen und die von ihnen gestützte Regierung auf Werte festgelegt werden, die nicht seine eigenen sind und für die die Bauern und Nomaden Afghanistans auch schwerlich kämpfen würden. Was sie zum Kampf motiviert, ist wohl kaum eine abstrakte Idee wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder die Verteidigung der nationalen Souveränität, sondern vielmehr die Loyalität gegenüber der traditionellen Ordnung ihres Lebens, die sie durch die autoritären Reformen der Regierung und deren sowjetischen Verbündeten bedroht sehen. Es ist auch nicht der Islam als Inbegriff einer Reihe theologischer Werte und Visionen, der die

¹⁾ Als bemerkenswerte Ausnahmen sind zu nennen: Jan-Heeren Grevemeyer, Afghanistan: Das „neue Modell der Revolution“ und der dörfliche Widerstand, in: Revolution in Iran und Afghanistan. mardom nameh — Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Ostens, Frankfurt/M. 1980, S. 140—176; Willi Steul, Pashtunwali und Widerstand. Stammesgesellschaft im Staat: Die Pashtunen in Paktia, ebd., S. 250—263, sowie Christian Sigrist, Die afghanische Krise und die Großmachtspolitik der Sowjetunion, in: Afghanistan — Eine Dokumentation, Schwerte/Ruhr 1980, S. 49—58.

Afghanen zum Widerstand getrieben hat, wenn ihr Kampf dennoch als ein *islamischer* Kampf bezeichnet werden kann, dann aufgrund der besonderen und einmaligen Art, in welcher der Islam in die traditionelle Ordnung der afghanischen Stämme Eingang gefunden hat²⁾. Diesen Kampf mit politisch abstrakten Ideen wie der Verteidigung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker erklären und rechtfertigen zu wollen, heißt ihn um seine ureigenste Legitimität zu bringen.

Konkret will dies besagen: Sowohl die von dem derzeitigen afghanischen Ministerpräsidenten Babrak Karmal proklamierte „nationaldemokratische Etappe der sozialen Bewegung“, die auf eine forcierte industrielle Entwicklung und politische Modernisierung des Landes abzielt, als auch die im Westen dagegensetzte Forderung nach Wahrung der Menschenrechte und Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sind *formal* demselben Typus politischer Legitimation verpflichtet. Beide, mögen sie inhaltlich noch so weit auseinandergehen, beziehen ihre Legitimität aus der *wertrationalen Begründung* ihrer Ziele und deren *universellem Geltungsanspruch*, wohingegen sich die von den afghanischen Freischärlern verteidigte Ordnung aus der *Unvordenklichkeit ihrer Tradition* legitimiert³⁾; einer Tradition also, die — wie ihre

²⁾ Peter Scholl-Latour hat verschiedentlich die Unterschiede zwischen iranischer und afghanischer „Re-Islamisierung“ religionsgeschichtlich mit der Kluft zwischen Schiiten und Sunniten zu erklären versucht (Peter Scholl-Latour, Die islamische Revolution, in: Buchholz und Geiling (Hrsg.), Wie gefährdet ist der Frieden?, Frankfurt/M. 1981, S. 147ff). Darüber hinaus ist freilich die Amalgamierung islamisch-sunnitischer Einstellungen mit den Grundwerten der Stammesgesellschaften zu beachten, die dem afghanischen Widerstand sein eigentümliches Gepräge verleiht. Es handelt sich hier nicht — wie im Iran — um eine islamische Revolution, die ihre Werte und Ziele aus islamisch-fundamentalistischen Überzeugungen bezieht, sondern um die Verteidigung einer Tradition, in die auch der Islam eingegangen ist.

³⁾ Die Unterscheidung von wertrationaler und traditionaler Legitimität („Geltung des als absolut gültig Erschlossenen“ — „Geltung des immer Gewesenen“) ist systematisch entwickelt bei Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Heidelberg 1921, Tübingen 1972³, S. 19; sie ist fortgeführt in Webers Gegenüberstellung von rationaler und traditionaler Herrschaft als den — neben der charismatischen Herrschaft — reinen Typen legitimer Herrschaftsausübung (ebd., S. 124ff).

Anhänger meinen — vom Anfang der Zeiten an bestanden hat und die darum keiner weiteren Begründung bedarf.

Im Rahmen einer rationalen Legitimation politischer Ziele können unterschiedliche politische Systeme darüber streiten, ob nun die ökonomische Modernisierung oder die Wahrung von allen Menschen gleichermaßen zukommenden Rechten das jeweils höchste politische Ziel bildet; aber grundsätzlich steht doch außer Frage, daß es sich bei beidem um gut begründbare Ziele handelt. Gerade dies ist bei einer traditional legitimierte Ordnung nicht der Fall: Jede politische und ökonomische Modernisierung würde hier zwangsläufig die Infragestellung, zumindest aber die Relativierung der Traditionen einschließen, jede auf universelle Geltung abzielende Begründung von Rechtsverhältnissen würde die Identität der Gemeinschaft, die in der traditionellen Ordnung verankert ist, über kurz oder lang aushöhlen⁴⁾. Sichert die auf Traditionen beruhende Legitimität eine wesentlich *statische* Ordnung in ihrer Einmaligkeit und Besonderheit, so verlangt die wertrationale Legitimität infolge der ihr eigenen Universalisierung der Geltungsansprüche die *dynamische* Anpassung der bestehenden Verhältnisse an die Legitimität verschaffenden Grundsätze. Infolgedessen sind wertrationale Legitimationen aber auch in der Lage, die historische Veränderung einer Gemeinschaft samt ihrer Normen und Werte zu begreifen und zu begleiten, während die traditionale Legitimität sich solchen Entwicklungen nur starr entgegenzustemmen vermag und in ihnen nichts als den Abfall von der guten alten Ordnung sieht. Wo die traditionale Legitimität den Verlust der alten Werte und Normen auf moralische Korruption der Menschen zurückführt und zur Wiederherstellung der ursprünglichen Ordnung durch moralische Rückbesinnung aufruft, vermögen rationale Legitimationen die politische und wirtschaftliche Bedingtheit des Werte- und Normenwandels zu sehen und können die veränderten und verändernden Bedingungen selbst zum Gegenstand ihrer Argumentationen machen. Dieser grundsätzliche Konflikt der Legitimitäten soll hier am Beispiel Afghanistans präzisiert werden.

Abstrahierend von den Überlagerungen durch den Ost-West-Konflikt seit der sowjetischen Intervention im Dezember 1979 werden die

⁴⁾ Dies heißt freilich nicht, daß bestimmte universell begründete Rechte nicht auch durch die Geltung von Traditionen gewährleistet sein könnten. Doch die unter bestimmten historischen Bedingungen mögliche Gleichgerichtetheit beider Legitimationsformen zerfällt, sobald sich die sie gewährleisten den Bedingungen geschichtlich fortentwickeln.

Auseinandersetzungen in Afghanistan, die schon lange vor dieser Intervention ihren Anfang genommen haben, dabei als ein Konflikt um die zukünftige politische und ökonomische Ordnung des Landes begriffen, der seine Intensität aus den unterschiedlichen Legitimitäten bezieht, auf die sich die jeweiligen Parteien berufen. Unter diesen Bedingungen sind politische Kompromisse ausgeschlossen, weil jede Verständigung über einen für beide Seiten nicht nur akzeptablen, sondern auch legitimen Zustand unmöglich ist. Unterschiedliche Legitimitäten lassen sich nicht relativieren und verweigern sich jeder erst für die Zukunft in Aussicht gestellten vollkommenen Anerkennung. Sie gelten uneingeschränkt und unbedingt oder gar nicht. Würde es sich bei den Auseinandersetzungen in Afghanistan um einen Konflikt zwischen der Sicherung bestimmter Rechte (z. B. des Eigentumsrechts) und der forcierten Industrialisierung des Landes handeln, so wäre ein politischer Kompromiß zwischen beiden Seiten möglich. Da es jedoch ein Kampf der Legitimitäten ist, ist auch jeder Kompromiß ausgeschlossen und der Guerillakrieg ein bedingungsloser Kampf auf Sieg und Niederlage.

Indem die westlichen Berichte und Analysen über Afghanistan unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Recht auf Verteidigung der nationalen Souveränität den Freischärlern eine wertrationale Legitimation ihres Kampfes verleihen, passen sie diese ein in die globalen Grenzlinien des Ost-West-Konflikts — insbesondere in der Afghanistan-Frage — zumindest auf der Ebene der Selbstlegitimation von östlicher und westlicher Seite⁵⁾. Hier handelt es sich um einen intra-wertrationalen Konflikt zwischen dem Primat von Menschenrechten und nationaler Souveränität auf der einen und bedingungslos forciertem politischer und ökonomischer Mo-

⁵⁾ Ausdrücklich sei hier festgehalten, daß die Legitimation von politischen Handlungen nicht mit den ihr tatsächlich zugrundeliegenden Intentionen übereinstimmen muß. Wenn die Sowjetunion ihre Intervention in Afghanistan als Unterstützung und Absicherung des politischen und gesellschaftlichen Fortschritts legitimiert, so heißt das nicht, daß sie tatsächlich aus diesem Grund interveniert hat. Dies gilt auch für die westliche Führungsmacht USA, die sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Wahrung der Menschenrechte in allen Fällen, in denen sie von der Sowjetunion mißachtet oder unterdrückt werden, deutlich angelegener sein läßt als in solchen Situationen, in denen sie sich selbst zur Entsendung von Militärberatern „gezwungen“ sieht, was sie ihrerseits mit der Notwendigkeit begründet, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern zu müssen. Dies zeigt aktuell die unterschiedliche Reaktion auf das Kriegsrecht in Polen und der Türkei, dies zeigte aber auch die divergierende Bewertung der „Re-Islamisierungen“ in Iran und Afghanistan.

dernisierung auf der anderen Seite. Sie bringen die afghanischen Freischärler so — gewollt oder ungewollt — um die Authentizität ihres Kampfes, um sie zur Bestätigung eines politischen Weltbildes zu instrumentalisieren, dessen politischer Durchsetzung, wären sie mit ihr konfrontiert, sie wohl denselben Widerstand entgegenzusetzen würden, wie sie ihn

Die Ordnung des Paschtunwali

Niemand außer dem Patriarchen der Gemeinschaft hat das Recht, einen erwachsenen männlichen Paschtunen⁶⁾ in seiner Handlungs- und Entscheidungsfreiheit einzuschränken. Niemand hat das Recht, die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit einer paschtunischen Gemeinschaft, mag es sich dabei um eine Familie, einen Clan, ein Dorf oder eine Gefolgschaftsgruppe handeln, in irgendeiner Form zu begrenzen. Auf diesen beiden Grundpostulaten von der *Souveränität eines jeden Paschtunen* und der *Souveränität aller paschtunischen Gemeinwesen* beruht die Ordnung des Paschtunwali, das die Rechtsgrundsätze, das Weltbild und die Wertvorstellungen der paschtunischen Stämme Afghanistans — aber auch Pakistans — umfaßt⁷⁾. Die materielle Grundlage der jeweiligen Souveränitätsansprüche bildet der *Landbesitz*. Mögliche Konflikte zwischen den Souveränitätsansprüchen von Individuen und Gemeinwesen untereinander sind durch die im Paschtunwali besonders herausgestellte *Verpflichtung zu gegenseitiger Solidarität* limitiert. Ein Paschtune ist davon überzeugt, daß das Leben hart und die Welt feindlich ist und darum Individuum und Gemeinwesen *ständiger Bedrohung* ausgesetzt sind. Zugleich geht er davon aus, daß *Frauen den Männern im Wert nachgeordnet* sind, weil sie physisch schwächer und moralisch anfälliger seien.

⁶⁾ Die Paschtunen, auf die sich die Analyse konzentriert, stellen die größte zusammenhängende Ethnie im afghanischen Staat dar.

⁷⁾ Die nachfolgende Darstellung des Paschtunwali stützt sich vor allem auf folgende Arbeiten: Willi Steul, Paschtunwali. Ein Ehrenkodex und seine rechtliche Relevanz. Beiträge zur Südasienforschung. Südasien-Institut der Universität Heidelberg, Bd. 54, Wiesbaden 1981; Latif Tabibi, Staatliches und traditionales Recht in Afghanistan: Probleme und Materialien, in: Revolution in Iran und Afghanistan (Anm. 1), S. 236—249; Christian Sigrist, Paschtunwali — das Stammesrecht der Pashtunen, ebd., S. 264—279. Die paradigmatische Grundlegung dieser Analysen von akephal-segmentär organisierten Gesellschaften ist: Christian Sigrist, Regulierte Anarchie. Untersuchungen zum Fehlen und zur Entstehung politischer Herrschaft in segmentären Gesellschaften Afrikas, Olten 1967, Frankfurt/M. 1979²; darin auch verschiedentlich Verweise auf die Gesellschaft der Paschtunen.

jetzt leisten. Demgegenüber soll hier versucht werden, den Kampf der afghanischen Nomaden und Bauern als den verzweifelten Widerstand einer sich durch die Unvordenklichkeit ihrer Tradition legitimierenden Ordnung gegen die sie immer enger umschlingende Rationalität politischer und ökonomischer Modernisierung zu verstehen.

Die Integration der paschtunischen Gesellschaft erfolgt dementsprechend nicht über die Ausbildung einer Zentralinstanz mit eigenem Verwaltungs- und Erzwingungsstab, sondern durch eine auf hohen Solidaritätsansprüchen beruhende Verhaltenskonformität. Der Zusammenhalt der Gemeinschaft wird nicht durch den Zwang einer Zentralinstanz, sondern durch die Verbindlichkeit allgemein anerkannter Normen hergestellt. Solche Werte sind Heldenmut und Gastfreundschaft, und auf ihrer Verwirklichung beruht das jeweilige „Prestige“⁸⁾ eines Paschtunen. Diesem Prestige kommt eine wichtige regulative Funktion im Rahmen der paschtunischen Gesellschaft zu: Einerseits weist es seinem Träger einen seinem jeweiligen Prestige entsprechenden Rang in der Gemeinschaft zu, andererseits verpflichtet es ihn aber auch zu einer seinem Prestige gemäßen Gastfreundschaft und zur Unterstützung von Hilfesuchenden, was jede herrschaftliche Aneignung von gesellschaftlichem Mehrprodukt (den für den Fortbestand der Gruppe nicht unbedingt erforderlichen Gütern) unterbindet. Die lange Zeit uneingeschränkte Anerkennung der Normen des Paschtunwali hatte somit zur Folge, daß bei aller differenzierenden Statuszuweisung die egalitären Fundamente der paschtunischen Gesellschaft bewahrt blieben.

Der Sicherung der Egalität dient auch das strikte Verbot, paschtunisches Land an Nicht-Paschtunen zu verkaufen. So gelten auch die hohen Solidaritätsforderungen, die das Paschtunwali auferlegt, nur gegenüber Paschtunen, während sie gegenüber Nicht-Paschtunen deutlich relativiert sind. Grundlage dessen ist der paschtunische Bericht über die Erschaffung der Menschen, der die Menschheit in Paschtunen und Nicht-Paschtunen unterteilt.

⁸⁾ Das Verhältnis von Prestige und Autorität in den westlichen Gesellschaften ist von Theodor Eschenburg (Über Autorität, Frankfurt/M. 1965, 1976², S. 173f) eingehend untersucht worden. Die mit dem Begriff Prestige benannte Statuszuweisung in traditionellen Gesellschaften steht dem Begriff der Autorität sicherlich näher als der ursprünglichen lateinischen Bedeutung von *prestigium*: dem gauklerischen Beiwerk.

Er verbürgt die ethnische Identität der Stämme, indem er ein „Wir-Gefühl“ entstehen läßt, das die politische Einheit der Paschtunen trotz fehlender Zentralinstanz sicherzustellen vermag.

Hieran läßt sich noch einmal die wechselseitige Ausschließung traditionaler und rationaler Legitimität präzisieren: Die Ordnung der Paschtunen einer Legitimation mit tendenziell universellen Geltungsansprüchen zu unterwerfen, würde die Zersetzung des paschtunischen „Wir-Gefühls“ nach sich ziehen und so zwangsläufig auf die Auflösung jener Werte und Normen hinauslaufen, die in der traditionellen Ordnung das soziale Leben der Paschtunen regulieren. Ihre gesellschaftliche Integration wäre dann allein durch die Schaffung einer Zentralinstanz mit eigenem Verwaltungs- und Erzwingungsstab zu gewährleisten. Dies aber würde zu einer grundsätzlich anderen Ordnung als der im Paschtunwali geforderten führen. Liegen die Integrationskräfte der traditionellen Ordnung in der *ausschließlichen Gültigkeit* ihrer Werte und Normen für den eigenen Stamm, so sind Gesellschaften, deren Ordnung sich durch *allgemein gültige wertrationale Begründungen* legitimiert, auf die Ausbildung von Zentralinstanzen angewiesen, die sie in ihrer historischen und geographischen Besonderheit zu integrieren vermögen.

Die Einsetzung einer mit dem „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ (Max Weber) ausgestatteten Herrschaftsinstanz ist für die rationale Legitimation politischer Herrschaft unverzichtbar, während die traditionale Legitimation mit ihrem Verzicht auf die Universalisierbarkeit ihrer Werte und Normen auch ohne Zentralinstanz auszukommen vermag. Die Integration einer „akephal-segmentären Gesellschaft“ — d. h. einer Gesellschaft, deren Teile (Segmente) ohne Ausbildung einer Hierarchie (akephal; ohne Haupt) nebeneinander bestehen — ist auf der hohen gegenseitigen Solidaritätsverpflichtung der ihr Zugehörigen und der relativen Ausschließung Nicht-Zugehöriger von dieser Solidarität begründet.

Zu den Funktionsweisen einer akephal-segmentären Gesellschaft gehört aber auch, daß jeder sein Recht selber sucht und verteidigt, insofern der Appell an eine Zentralgewalt als Instanz der Rechtssicherung und Rechtszuteilung unmöglich ist. Wo eine die Legitimität physischer Gewalt monopolisierende Instanz fehlt, kann auch die individuelle Gewalt in Rechtsstreitigkeiten nicht diskriminiert werden. Die nötigenfalls auch gewaltsame Durchsetzung dessen, was als Recht angesehen wird,

ist für den auf seiner individuellen Souveränität beharrenden Paschtunen unfraglich legitim. Die Folge dessen ist der häufige und schon bald nach Beginn eines Streites eintretende Rückgriff auf die Gewalt bei der Durchsetzung tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsansprüche. Gleichwohl sind der ungehemmten Eskalation der Gewalt in Rechtsstreitigkeiten Grenzen gesetzt, denn nach Beginn der Gewalthandlungen interveniert sehr bald die Gemeinschaft: nicht als die Rechtsetzende und zuweisende Instanz, sondern als Schlichter und Vermittler⁹⁾. Immerhin: „Ein hohes Maß an physischer Gewaltsamkeit ist“, wie Sigrist festgestellt hat, „der Preis, den eine individualistische Gesellschaft für ihre Herrschaftslosigkeit zahlt“¹⁰⁾.

Die Fähigkeit zur Selbstbehauptung wird für einen Paschtunen durch das Tragen eines Gewehrs repräsentiert; dementsprechend wird im Paschtunwali der Verlust der Waffe an einen anderen ebenso wie ängstliches Verhalten während eines Duells als eine der schwerwiegendsten Formen von Ehrverlust angesehen. Ausgenommen von solchem Ehrverlust ist nur die zeitweilige Hinterlegung der Gewehre bei einer angesehenen Führungspersonlichkeit während der Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten. Unter diesen Bedingungen muß jeder Versuch der staatlichen Instanzen, ein wertrational legitimes Recht und ihren Anspruch auf das „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ durchzusetzen, auf den erbitterten Widerstand eines jeden dem Paschtunwali weiterhin verpflichteten Paschtunen stoßen. Nicht zuletzt sind es die im Paschtunwali repräsentierten Werte und Normen gewesen, die sich in der Geschichte Afghanistans immer wieder gegen die Errichtung eines mit den Insignien der Souveränität nach außen wie nach innen ausgestatteten Zentralstaates gesperrt haben.

Ähnliches gilt für die Institution des Brautpreises, die in akephal-segmentären Gesellschaften gleichermaßen politische, ökonomische und rechtliche Funktionen übernimmt. Die Aufbringung des Brautpreises durch die Verwandtschaft des Bräutigams hat, indem sie eine Brautpreisgruppe konstituiert, die Funktion eines *Mechanismus' der Vergesellschaftung*. Außerdem läßt sich durch den Erwerb mehrerer Frauen das landwirtschaftliche Mehrprodukt eines Jahres speichern; insofern dient der Brautpreis auch der Schatzbildung; gleichzeitig sichert oder verbessert er die *Altersversorgung der Brauteltern*, sofern diese

⁹⁾ Fallbeispiele hierfür sind dokumentiert bei Steul, Paschtunwali a.a.O. (Anm. 6), S. 192ff.

¹⁰⁾ Sigrist, Paschtunwali, a.a.O. (Anm. 1), S. 274.

keine Söhne haben. Schließlich bildet er in einer Gesellschaft, die den Wert der Frau deutlich unter dem des Mannes ansetzt, einen gewissen *Schutz der Frau*: Da der für die Frau entrichtete Preis verloren ist, wenn diese ihren Mann verläßt, setzt er der männlichen Gewaltherrschaft zumindest gewisse Nutzenerwägungen entgegen.

Diese mehrfache Bedeutung des Brautpreises für das paschtunische Zusammenleben macht verständlich, warum die von der Saur-Revolution per Regierungsdekret angeordnete Abschaffung des Brautpreises Erbitterung und Widerstand bei den Paschtunen ausgelöst hat. Sie wurde von ihnen nicht als ein Akt der Durchsetzung von Menschenrechten, sondern als ein Angriff auf ihre traditionelle Lebensform erfahren; demgegenüber hat die Kabuler Regierung die in den paschtunischen Gebieten fortbestehende Institution des Brautpreises als „reaktionär“, „barbarisch“ und „mischenverächterisch“ gebrandmarkt. Auch hier war zwischen rational und traditional begründeter Legitimität kein Kompromiß denkbar, und alles steuerte auf eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen beiden Legitimitätstypen hin.

Eine außerordentlich bedeutsame Stellung kommt in der Ordnung des Paschtunwali den Alten zu, die ihrer Kenntnisse, ihrer Weisheit, ihrer Würde und ihres Prestiges wegen hoch geachtet werden. Diese Achtung beruht nicht zuletzt darauf, daß in einer aus Bauern und Nomaden bestehenden Gesellschaft, die zwischen 90 und 95 Prozent Analphabeten auf-

weist, der ältere Mensch über einen Wissensvorsprung verfügt, aus dem ihm eine entsprechende Autorität zuwächst. Seine Kenntnisse über die Genealogie der Stämme, ihre Bräuche und Sitten bilden ein wesentliches Instrument gesellschaftlicher Integration in einer akephal-segmentären Gesellschaft. Die von der Saur-Revolution vorangetriebene Alphabetisierung der Bauern und Nomaden mußte sich bald als eine gravierende Bedrohung für den Wissensvorsprung der Alten und damit auch für deren gesellschaftliche Integrationsfunktion entpuppen. In dem Widerstand gegen die Alphabetisierungskampagne, der in der Ermordung vieler von der Regierung entsandter Lehrer seinen Höhepunkt fand, trafen die Typen rationaler und traditionaler Legitimität erneut unversöhnlich aufeinander.

Die Ordnung des Paschtunwali hat in den auf westlichen oder östlichen Universitäten ausgebildeten Intellektuellen Afghanistans ihre erbittertsten Gegner gefunden. Von der für sie augenscheinlichen Überlegenheit rationaler Legitimität und zentralisierter Staatlichkeit durch die politische und ökonomische Leistungsfähigkeit dieser Länder überzeugt, sehen sie im Paschtunwali nur den Ehrenkodex einer feudalisierten Oberschicht und eine den Fortschritt ihres Landes hemmende, erstarrte Tradition¹¹⁾. Zentralisierte Staatlichkeit und rationale Legitimität bilden aus ihrer Sicht die Voraussetzung für die politische und ökonomische Modernisierung eines der ärmsten Länder der Erde. Die Hemmnisse der Tradition müßten demzufolge so schnell wie möglich zerschlagen werden.

Der Zwang zur politischen und ökonomischen Modernisierung

Alles deutet darauf hin, daß es insbesondere die geographischen Gegebenheiten Afghanistans waren, die durch das nur geringfügige Mehrprodukt, das in ihnen zu erwirtschaften war, und durch ihre Bevorteilung voneinander absonderter Wirtschaftseinheiten Bildung und Fortbestand von akephal-segmentären Gesellschaften entscheidend begünstigt haben. Diese wurden erstmals nachhaltig durch die Interventionen des europäischen Kolonialismus bedroht. Dessen Zangengriff, über Britisch-Indien und das zaristische Rußland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geführt, hat die Herausbildung und Stärkung einer politischen Zentralinstanz in Afghanistan deutlich forciert¹²⁾. Erst die britischen Subsidien, gezahlt, um das Land als Pufferstaat gegen das zaristische Vordringen zum warmen Meer einsetzen zu können, ermöglichten Shah Shuja

(1839—1842) Aufbau und Finanzierung eines stehenden Heeres, das unter seinem Nachfolger Dost Mohammed (1842 bis 1863) auch zur inneren Konsolidierung der Herrschaft eingesetzt wurde. Wie wichtig diese Armee für die

¹¹⁾ Dies belegt auch das Beispiel von zwei an der Freien Universität Berlin entstandenen Dissertationen: Rahmat R. Djan-Zirakyar, Stammesgesellschaft, Nationalstaat und Irredentismus am Beispiel der Pashtunistanfrage, Frankfurt/M. 1978, S. 61; Mohammad S. Sarwari, Afghanistan zwischen Tradition und Modernisierung, Europäische Hochschulschriften XXXI/2, Bern u. Frankfurt/M. 1974, S. 98.

¹²⁾ Zuverlässig über diesen Abschnitt der afghanischen Geschichte informieren: Louis Dupree, Afghanistan, Princeton/N. J. 1973, 1980³, S. 343ff., und der von Klaus Jäkel verfaßte Abschnitt über die Geschichte Afghanistans in dem Standardwerk: Afghanistan. Natur, Geschichte und Kultur, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, hrsg. von Willy Kraus, Tübingen u. Basel 1972, 1975³, S. 120ff.

Stabilisierung der Zentralgewalt gewesen sein muß, zeigt sich auch darin, daß die Reforminitiativen unter der Regierung Sher Alis (1863—1879) vor allem auf die Modernisierung und Reorganisation der Armee abzielten: Durch Einführung von Uniformen und Gründung einer Offiziersschule sollte sie zunehmend ihren europäischen Vorbildern angeglichen werden.

Gleichwohl konnte unterhalb der sich langsam formierenden Instanzen des Zentralstaates die akephal-segmentäre Ordnung des Paschtunwali im wesentlichen fortbestehen. Weniger die politischen, sondern viel stärker die ökonomischen Veränderungen haben die Desintegration der traditionellen Ordnung forciert. Die von König Amanullah (1919 bis 1929) durchgesetzte Monetarisierung der Steuerleistungen hat zur Verschuldung vieler Bauern geführt, und die damit allmählich einsetzende Kommerzialisierung von Grund und Boden hat die auf tendenzieller Gleichheit begründete Ordnung der Stämme zunehmend ausgehöhlt. Daneben hat die Entwicklung der Massenmedien — insbesondere der Aufbau des Rundfunks, dem in Anbetracht der geringen Alphabetisierung der Bevölkerung in Afghanistan eine besondere Bedeutung zukam — die auf den Wanderungsbewegungen der Nomaden beruhenden Nachrichtenkanäle und die damit gestifteten Formen gesellschaftlicher Beziehungen obsolet gemacht. Dies war einer der ersten Brüche in der traditionellen Symbiose zwischen Bauern und Nomaden.

Die Aushöhlung der traditionellen Ordnung durch aus den Industrieländern eingeführte Produkte läßt sich am Auftauchen von Armbanduhr und Schnellfeuerwaffen in den afghanischen Basaren beispielhaft belegen: In der politischen Organisation der paschtunischen Stämme ist demjenigen, der die Verteilung des Wassers aus den in gemeinsamem Besitz befindlichen Bewässerungssystemen kontrollierte (kačai/mir-ab), eine formelle Führungsposition zugekommen¹³⁾. Er hatte die gleichmäßige und gerechte Verteilung des Wassers, festgelegt nach der jeweiligen Zuflußzeit, zu überwachen und bei Streitigkeiten schlichtend einzugreifen. Doch seit fast jeder erwachsene Paschtune eine Armbanduhr besitzt, hat sich die gesellschaftliche Stellung des kačai/mir-ab grundlegend gewandelt: Aus dem Kontrolleur der Wasserverteilung ist ein selbst kontrollierter Wasserverteiler geworden. Sein Anspruch, bei der Verteilung des knappen Gutes Recht und Gerechtigkeit walten zu lassen, kann mit der minutiösen Genauigkeit des Chronometers nicht konkurrieren.

¹³⁾ Steul, Paschtunwali, a. a. O. (Anm. 6), S. 88ff.

Gleichermaßen hat der Erwerb von Schnellfeuerwaffen die traditionellen Mechanismen der Konfliktbegrenzung außer Kraft gesetzt. Die Wirksamkeit dieser Mechanismen ist, wie sich nun herausstellte, in hohem Maße von der geringen Feuergeschwindigkeit und Treffsicherheit der paschtunischen Flinten abhängig gewesen. Die labile Balance zwischen der Fülle konfliktauslösender Faktoren in der individualistischen Gesellschaft der Paschtunen und den Mechanismen der Hegung und Schlichtung dieser Konflikte ist durch die Einfuhr und Verbreitung moderner Waffen zerstört worden.

Als der Militärputsch am 27. April 1978 (nach afghanischem Kalender am 7. Saur 1357) die politische und ökonomische Modernisierung des Landes zum obersten politischen Ziel erklärte, zählte Afghanistan trotz aller die traditionelle Ordnung auflösenden Faktoren immer noch zu den traditionellsten und orthodoxesten, aber auch zu den ärmsten Ländern innerhalb der islamischen Welt. Die Grundüberzeugung der den Putsch durchführenden Politiker und Militärs war nun, daß beides, Armut und Traditionalismus, ursächlich miteinander zusammenhängen, und ihr politisches Programm lief im wesentlichen darauf hinaus, durch die Zerschlagung der traditionellen Strukturen auch die Armut des Landes zu überwinden. Mit diesem Programm gaben sie sich weniger als überzeugte Kommunisten zu erkennen — wie sie selbst glaubten und erklärten —, sondern folgten eigentlich nur jener von Gunnar Myrdal als „Glaubensbekenntnis der Dritten Welt“ bezeichneten These, derzufolge allein forcierte Modernisierung, orientiert an den Maßstäben und Normen der Industrieländer, die politischen und ökonomischen Probleme der armen Länder zu lösen vermöge¹⁴⁾.

Myrdal selbst hat — nach dem Hinweis, „daß die Modernisierungsideale im Wettbewerb mit traditionellen, seit Jahrhunderten eingefahrenen und häufig durch die Religion sanktionierten Wertungen stehen“ — die These von der Unvermeidlichkeit der Modernisierung vertreten: „Wir sind der Überzeugung, daß besonders angesichts der beschleunigten Bevölkerungszunahme schnelle Schritte zur Verwirklichung der Modernisierungsideale erfolgen müssen, wenn eine zunehmende Verelendung und soziale Revolten vermieden werden sollen. (...) Auch sollten wir nicht vergessen, daß diese Länder gewissermaßen den Punkt, jenseits dessen es keine Umkehr mehr gibt, schon überschritten haben, denn die Mo-

¹⁴⁾ Gunnar Myrdal, Asiatisches Drama. Eine Untersuchung über die Armut der Nationen, aus dem Engl. von Nils Lindquist, Frankfurt/M. 1980, S. 40f.

ernisierungsideale sind in Südasien zumindest schon in dem Maße wirksam, daß es diesen Ländern unmöglich ist, ungestört zu ihrem traditionellen Zustand zurückzukehren.¹⁵⁾ Man wird hinzufügen müssen, daß es nicht nur die Ideale der Modernisierung sind, deren Wirksamkeit die Rückkehr zu traditionellen Zuständen verwehrt, sondern auch und insbesondere die Folgen und Nebenfolgen von partiellen Modernisierungen, die in diesen Ländern unter dem Einfluß der Kolonialmächte stattgefunden haben.

Der auf jährlich 2 Prozent geschätzte Bevölkerungszuwachs in Afghanistan stellt einerseits die traditionelle Ordnung in Frage, indem er die in ihrem Rahmen mögliche Ausnutzung der Ressourcen übersteigt, unterbindet andererseits aber auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes, insofern jede Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit fast völlig vom Wachstum der Bevölkerung verschlungen wird¹⁶⁾. Pointiert zusammengefaßt heißt dies: Die Erfolge von Hygiene und Medizin haben *gleichermaßen* die demographischen Grundlagen der traditionellen Ordnung unterhöhlt und die ökonomischen Kräfte, die eine neue Ordnung begründen könnten, paralyisiert.

Daß der Fortbestand der traditionellen Werte und Normen eines der schwerwiegendsten Hindernisse für ein größeres wirtschaftliches Wachstum Afghanistans darstellt, ist in den ökonomischen Entwicklungsanalysen immer wieder herausgestellt worden. Rhein und Ghaussy schreiben: „Die Wirtschaftsgesinnung in dieser bäuerlich-nomadischen Gesellschaft ist am besten durch den Begriff 'traditionel' zu umschreiben. Der einzelne übernimmt die Lebensgewohnheiten, die Arbeitstechnik und die Wertvorstellungen der Eltern, ohne daß ihm Kritik daran zusteht. Das Streben nach materiellem Besitz ist wenig ausgeprägt, denn gesellschaftliche Anerkennung wird vor allem dem zuteil, der Klugheit, Frömmigkeit, Tapferkeit und Gerechtigkeit besitzt, der Gastfreundschaft übt und eine Schar von klugen

¹⁵⁾ Ebd., S. 42.

¹⁶⁾ Die Wirtschaftsgeschichte Afghanistans ist dargestellt in: Eberhard Rhein/A. Ghanie Ghaussy, Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans 1880—1965, Opladen 1966; Peter Oesterdiekhoff, Hemmnisse und Widersprüche in der Entwicklung armer Länder — Darstellung am Beispiel Afghanistans, München 1978. Ist die Untersuchung von Rhein und Ghaussy eher einer marktwirtschaftlichen Theorie verpflichtet, so erfolgt die Analyse Oesterdiekhoffs in marxistischen Kategorien. Wenngleich von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen ausgehend und verschiedene Entwicklungsmodelle favorisierend, zielen beide Untersuchungen doch gleichermaßen auf die politische und ökonomische Modernisierung des Landes ab.

Söhnen hat.“¹⁷⁾ Tendiert die ökonomische Modernisierung des Landes zur Zersetzung der Werte und Normen des Paschtunwali, so bilden diese ihrerseits das stärkste Bollwerk gegen die Entwicklung einer modernen Wirtschaftsgesinnung, die als Antriebsmoment der ökonomischen Modernisierung unverzichtbar ist. Die Gleichzeitigkeit einer ansatzweisen Modernisierung und des Fortbestehens der traditionellen Werte und Normen hat jenen verhängnisvollen, für Afghanistan charakteristischen Zustand konstituiert, in dem — in den Städten — Armut als solche bewußt geworden und negativ ausgezeichnet ist, aber die Mittel zu ihrer Überwindung blockiert sind und jeder einschneidende Versuch ökonomischer Modernisierung auf den massiven Widerstand der ländlichen Bevölkerung trifft.

Ähnliches gilt für die politische Modernisierung: Die paschtunische Norm einer ausgeprägten Solidarität des einzelnen gegenüber Familie und Clan ist überall dort, wo sie in die Verwaltungs- und Vollzugsapparate der Zentralinstanz eingedrungen ist, zur unversiegbaren Quelle von Korruption geworden. Die Norm der Familiensolidarität, die in einer akephal-segmentären Gesellschaft funktional war, ist in den Behörden der Zentralinstanz in eine Dysfunktionalität umgeschlagen, welche die Kompetenz der staatlichen Apparate grundsätzlich in Frage stellt. „Die korrupten Praktiken“, heißt es bei Myrdal lakonisch, „sind sehr nachteilig für jedes Streben nach Verwirklichung der Modernisierungsideale.“¹⁸⁾

Der Verweis auf die Korruption der seitherigen politischen Eliten ist darum zu einer stets wiederkehrenden Formel bei der Selbstrechtfertigung von Staatsstreichen und Militärputschen geworden. Womit freilich noch lange nicht feststeht, daß die neuen Eliten gegen Korruption gefeit sind, denn auch diese sind, selbst wenn sie sich nicht der Familien-, Clan- und Stammessolidarität verpflichtet fühlen, auf Loyalität angewiesen, und die ist außerhalb der traditionellen Solidaritätsbeziehungen schwerlich zu beschaffen. So konnte es für einen westlichen Beobachter sogar den Anschein haben, als seien die seit dem Sturz der Monarchie (1973) in Afghanistan stattfindenden politischen Auseinandersetzungen nur bedingt politisch-programmatischer oder gar ideologischer Art: „Zahir Schah und sein Nachfolger, der Republikgründer Prinz Daud, waren Durrani, ihre Gegner aus dem dann folgenden sozialistischen Lager (Taraki und

¹⁷⁾ Rhein/Ghaussy, Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans, S. 15.

¹⁸⁾ Myrdal, Asiatisches Drama, a.a.O. (Anm. 14), S. 203.

Amin, beide der Chalq-Fraktion in der „Volksdemokratischen Partei Afghanistans“ zugehörig, HM) waren Gilzai. Erst der verstädterte Machthaber von heute, Karmal (der Partscham-Fraktion zugehörig, HM) verwischte die strengen Grenzen eines intern-paschtunischen Machtkampfes, bei dem Beweggründe mitspielen mögen, die über rationale Begriffe weit hinausgehen.¹⁹⁾

Die politischen und ökonomischen Verhältnisse Afghanistan in den letzten Jahrzehnten waren geprägt durch einen Zustand, in dem traditionelle Werte und Normen und erste Ansätze zu einer politischen und ökonomischen Modernisierung sich in einem ambivalenten Koexistenzzustand miteinander befanden, in dem zwei sich im Grundsatz ausschließende Legitimitätstypen gegeneinanderstanden und zugleich sich auf verhängnisvolle Weise durchdrangen, in dem sich also die politisch Handelnden dadurch auszeichneten, daß sie den für sie jeweils verbindlichen Legitimitätstypus zu wählen hatten. Dieser Zustand konnte historisch nur eine Übergangssituation darstellen, die auf eine grundsätzliche Entscheidung drängte.

Durch die teilweise Paralyse der traditionellen Ordnung infolge der ersten Modernisierungen in Afghanistan war über die Richtung der zukünftigen Entwicklung jedoch bereits im voraus entschieden. Das niedrige Alphabetisierungsniveau der Bevölkerung erscheint nämlich nicht mehr als der Ausdruck traditioneller Strukturen von Wissensvermittlung, sondern einzig als gravierendes Hindernis bei der Vermittlung einer für die Entwicklung des Landes funktionalen Bildung. *Sub specie modernitatis* wird alles, was eine weitere Modernisierung nicht befördert oder ihr gar entgegensteht, zu einem Hemmnis, das es zu über-

¹⁹⁾ Winfried F. Wiegandt, Afghanistan. Nicht aus heiterem Himmel, Zürich 1980, S. 20. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch ein von Rudersdorf gegebener Hinweis: „Während sich die Chalq-Anhänger zum großen Teil aus paschtunischen, aufsteigenden bäuerlichen Schichten zusammensetzten, fand Partscham seinen Hauptrückhalt bei städtischen, mittelständischen, darsprechenden Intellektuellen.“ (Karl-Heinrich Rudersdorf, Afghanistan — eine Sowjetrepublik?, Reinbek b. Hamburg 1980, S. 30). Für Halliday sind — neben außenpolitischen Entwicklungen — die partei-internen Konflikte, die von ihm eher als politisch-programmatische Auseinandersetzungen begriffen werden, einer der entscheidenden Gründe für das Scheitern der afghanischen „Revolution“ (Fred Halliday, Krieg und Revolution in Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/81, S. 20). Bei einem taktisch geschickteren Vorgehen, so die von ihm implizit vertretene These, wäre der Widerstand der Landbevölkerung gegen das Reformprogramm vermeidbar gewesen. Der Konflikt der Legitimitäten wird von ihm nicht gesehen.

winden gilt. Das *relative Recht*, die Verhältnisse nicht mehr in ihrer traditionellen Funktionalität, sondern als bloße Blockierung des Weges zu einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung zu sehen, beruht auf tatsächlichen politischen und ökonomischen Veränderungen und ist darum sicherlich mehr als nur die spezifische Betrachtungsweise von urbanen Intellektuellen, die ihren Traditionen entfremdet sind. Die Folgen der auch in Afghanistan längst feststellbaren Kommerzialisierung des Bodens belegen dies nur allzu deutlich. „Indem die europäische Einmischung“, heißt es bei Myrdal, „individuelle Landbesitztitel schuf, trug sie zum Entstehen einer Umwelt bei, in der ein weiterer Agent der Veränderung der Agrarstruktur — der Geldverleiher — sich entfalten konnte. Sobald das Landpachtsystem an die westlichen Begriffe des Privateigentums angepaßt war, wurde der Boden zu einem handelsfähigen Aktivposten. Er konnte nunmehr als Sicherheit für Darlehen verpfändet und im Falle der Nichterfüllung eingezogen und transferiert werden.“²⁰⁾

Sicherlich hat es bei dem niemals im unmittelbaren Kolonialstatus befindlichen Afghanistan nur indirekte Einwirkungen des Kolonialismus gegeben, aber auch diese bewirkten, daß der in der alten Ordnung nur auf außergewöhnliche Situationen (Hochzeiten, Beerdigungen) begrenzte Geldverleih zu einer permanenten ökonomischen Vermittlungsinstanz avancieren konnte. Die Egalität der paschtunischen Stammesgesellschaft geriet damit zunehmend in Verfall; durch Zinssätze von 100 und mehr Prozent haben die — in der Regel nomadisierenden — Geldverleiher viele landbesitzende Bauern enteignet und zu Pächtern oder landlosen Arbeitern gemacht. Die Enteignung der Bauern ist durch das Institut des Brautpreises, das häufig „zur hoffnungslosen Verschuldung der Familie führte“²¹⁾, beschleunigt worden. Was zuvor ein den Fortbestand der traditionellen Ordnung sichernder Vergesellschaftungsmechanismus war, verwandelte sich nunmehr in ein Instrument der Aushebelung der traditionellen Ordnung. Dies lief auf die paradoxe Situation hinaus, daß diejenigen, die an den alten Sitten und Bräuchen festhielten, zu Beschleunigern ihrer Zerstörung wurden.

Die Enteignung der Bauern markierte aber nicht nur das Ende der tendenziell egalitären Stammesgesellschaft der Paschtunen, sondern hat gleichzeitig zur weiteren Verarmung des

²⁰⁾ Myrdal, Asiatisches Drama, a.a.O. (Anm. 14), S. 232.

²¹⁾ Rudersdorf, Afghanistan, a.a.O. (Anm. 19), S. 46.

Landes beigetragen. Wie Rhein und Ghaussy gezeigt haben, hat „die kurze Pachtdauer und die damit verbundene Unsicherheit (...) die ohnehin nicht große Neigung des Pächters, dauerhafte Verbesserungen im Betrieb vorzunehmen“, noch weiter gehemmt. Insgesamt hat „die Trennung von Eigentum (besser: Besitz, HM) und Bewirtschaftung sich negativ auf den Leistungsstand der Landwirtschaft“ ausgewirkt²²⁾. Afghanistan ist im Gefolge dieser Entwicklung seit Mitte der fünfziger Jahre zu einem Einfuhrland für Getreide geworden. Daß die ohnehin begrenzten Deviseneinnahmen des Landes nunmehr zu einem beachtlichen Teil für den Ankauf von Nahrungsmitteln ausgegeben werden mußten, erwies sich als ein weiteres schwerwiegendes Hemmnis bei der in Angriff genommenen Industrialisierung des Landes, die nur noch durch wachsende Auslandsverschuldung finanziert werden konnte²³⁾.

Besteht — wie am Beispiel des Brautpreises gezeigt — die *Paradoxie der Tradition* darin, daß die weitere Orientierung an der Gültigkeit ihrer Werte und Normen zu deren be-

schleunigter Aushöhlung beiträgt, so liegt die entsprechende *Paradoxie der Modernisierung* darin, daß deren erste Auswirkungen ihre weitere Durchführung verlangsamen, wenn nicht gar überhaupt blockieren. Die politische und ökonomische Situation Afghanistans zu Beginn der siebziger Jahre war dadurch gekennzeichnet, daß die Tradition in ein *Stadium der Selbstdestruktion* und die Modernisierung in einen *Zustand der Selbstblockade* eingetreten waren. Die wechselseitig beanspruchte Ausschließlichkeit von traditionaler und rationaler Legitimität, die jeden politischen Kompromiß, der eine zukünftige gesellschaftliche Ordnung hätte fixieren können, unmöglich machte, wurde unterbaut durch die Selbstdestruktion oder Selbstblockade jener Kräfte, die vermittels ihrer Beharrungs- oder Veränderungspotentiale zu einer neuen, in sich ausbalancierten politischen und wirtschaftlichen Ordnung hätten hinführen können. Die politische und wirtschaftliche Apathie, in die Afghanistan seit dem Zweiten Weltkrieg verfallen ist, hat den Versuch zu ihrer gewaltsamen Auflösung gleichsam von selbst auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Das Dilemma der Intellektuellen

Die Entfremdung der Intellektuellen von den Werten und Normen der Gesellschaft, der sie entstammen, ist ein in vielen Ländern der Dritten Welt beklagtes Phänomen. Wie sich gerade am afghanischen Beispiel zeigen läßt, impliziert der Status des Intellektuellen sui generis die Distanzierung von den traditionellen Werten und Normen. Als Weisheit ist im Paschtunwali das Wissen um die Traditionen ausgezeichnet, und am weisesten ist, wer die Genealogie von Clan und Stamm am weitesten zurückzuerfolgen vermag. Demgegenüber ist das Wissen des modernen Intellektuellen durch die kritische Reflexion auf die Traditionen und seine Verwendbarkeit für Pro-

gramme politischer Veränderung gekennzeichnet. Ist der paschtunische Weise orientiert am Bestand einer statischen Ordnung, so ist der moderne Intellektuelle auf die dynamische Modernisierung seines Landes fixiert.

Da der Typus rationalen Wissens traditionales Wissen allenfalls als Folklore gelten zu lassen vermag, sieht sich der Intellektuelle der geschichtlichen Identität der Gesellschaft, welcher er entstammt, entfremdet. Wo die alte Ordnung und ihre Traditionen nur als Hemmnisse der Modernisierung begriffen werden, vermögen sie auch nicht mehr den Grund historischer Identität darzustellen. Um diese Krise ihrer geschichtlichen Identität zu überwinden, neigen viele Intellektuelle der Dritten Welt zur Konstruktion historischer Fiktionen, durch die der Tradition alle originären Rechte abgesprochen werden und die alte Ordnung zur bloßen Blockade eines längst möglichen Fortschritts herabgestuft wird. Insbesondere die Fiktion einer lange vor dem Eingreifen der

²²⁾ Rhein/Ghaussy, Die wirtschaftliche Entwicklung, a.a.O. (Anm. 16), S. 45.

²³⁾ Zur Vorgeschichte der ökonomischen Stagnation in Afghanistan gehört jedoch auch der Zusammenbruch des die islamische Ökumene verbindenden afghanischen Transithandels durch das Vordringen der europäischen Kolonialmächte Großbritannien und Rußland. Wenngleich sich Afghanistan nie in einem formellen Kolonialstatus befunden hat, so treffen im ökonomischen Bereich die Charakteristika der Kolonialisierung doch auch auf seine Situation zu: die „Orientierung auf die Reproduktionsbedürfnisse der jeweiligen Zentren unter Minimierung oder gar Eliminierung ökonomischer Beziehungen außerhalb des Metropole-Peripherie-Kontextes“ (Oesterdiekhoff, Hemmnisse und Widersprüche, a.a.O. [Anm. 16], S. 344).

²⁴⁾ Wie die bis zum Jahre 1919 gezahlten britischen Subsidien zur Finanzierung einer gegenüber der Zentralinstanz loyalen regulären Armee zeigen, hat sich in Afghanistan gerade die Zentralstaatsbildung mit massiver Unterstützung der Kolonialmächte vollzogen. Die sowjetische Militärintervention vom Dezember 1979 bildet den Endpunkt dieser „Tradition“.

europäischen Kolonialmächte in nuce bereits entwickelten zentralstaatlichen (wenn nicht gar nationalstaatlichen) Instanz, die durch das Bündnis von Tradition und Kolonialismus an ihrer vollen Entfaltung gehindert worden sei, entzieht der traditionellen Ordnung jede historische und politische Legitimität, um sie ausschließlich der zentralstaatlichen Gewalt und den vor ihr initiierten Programmen politischer und ökonomischer Modernisierung zuzusprechen.

Solche historischen Fiktionen sind jedoch mehr als nur individuelle Lösungen von intellektuellen Identitätskrisen; wo sie politisch folgenreich werden, bilden sie das Vorspiel zu der gewaltsamen Zerschlagung der traditionellen Ordnung. Andererseits ist den Intellektuellen aber doch auch zuzugestehen, daß sie die Stagnation und Apathie, in welche die traditionellen Gesellschaften verfallen sind, deutlicher und klarer sehen und begreifen können als die Weisen der alten Ordnung, die nur den Verfall wahrzunehmen vermögen, dessen historische Gründe sich ihrem Blickfeld jedoch entziehen.

Doch wie präzise auch immer die Intellektuellen das zwingende Erfordernis einer durchgreifenden Reform der Landwirtschaft und eines forcierten Industrialisierungsprogramms vor Augen haben mögen, es fehlen ihnen die gesellschaftlichen Kräfte, die im Rahmen einer auf demokratischer Zustimmung beruhenden Veränderung zu politischen Trägern dieser Reformen werden könnten. Weder die Bourgeoisie noch das Proletariat stellen aufgrund der geringen Industrialisierung eine relevante gesellschaftliche Kraft dar. Das Dilemma der Intellektuellen — nicht nur in Afghanistan, sondern in den meisten Ländern der Dritten Welt — besteht darin, daß sie die Notwendigkeit von Reformen erkennen, aber es außer ihnen kaum jemanden gibt, der wie sie die Reformen als *notwendig* ansieht. Schlimmer noch: Gerade die Masse derer, denen durch solche Reformen geholfen werden soll, die Bauern und Nomaden, lehnen sie in weithin ungebrochener Loyalität gegenüber den Traditionen strikt ab.

Doch weniger aus dem bloßen objektiven Vorhandensein dieses Dilemmas als vielmehr aus der Weigerung der Reformkräfte, es als solches anzuerkennen, resultiert die verhängnisvolle Entwicklung in der jüngsten Geschichte Afghanistans. So täuschte man sich über die tatsächlich zu erwartenden Widerstände gegen politische und ökonomische Reformen hinweg, als man die Reformpolitik von König Amanullah idealisierte und die Ursachen ihrer gewaltsamen Beendigung ausschließlich in

der Subversionspolitik Großbritanniens suchte. Amanullah wurde als ein Politiker gefeiert, „durch dessen konsequenten national-emanzipatorischen Führungsstil die politische Funktion der Jungafghanenbewegung (...) mit ihrer radikal antiimperialistischen Haltung und innenpolitischen Reformen Übergewicht gewann“²⁵). Seine Politik, so wurde erklärt, habe sich dadurch ausgezeichnet, daß sie „eine kleine Elite von politischen und wirtschaftlichen Führungskräften herangebildet und für das Land durchaus brauchbare Reform- und Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet“ habe²⁶).

Die autoritäre Reform von oben auch gegen den Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung — kurzerhand als „reaktionäre Kräfte“ abgetan — wurde hier als Königsweg politischer und ökonomischer Modernisierung favorisiert. Daß diese Politik, sollte sie erfolgreicher und folgenreicher sein als die des trotz seiner außenpolitischen Erfolge am inneren Widerstand gescheiterten Amanullah, wohl nur unter massivem Einsatz militärischer Gewalt durchzusetzen war, ist schlicht übersehen worden. Wobei noch die Frage zu stellen gewesen wäre, ob die militärischen Kräfte der Kabuler Zentralregierung ausreichen würden, den lokalen Widerstand zu brechen, oder ob dieses Konzept nicht überhaupt nur mit der massiven Intervention eines „befreundeten“ Staates durchzusetzen war.

Tatsächlich ist das Reformprogramm der am 27. April 1978 durch einen Militärputsch an die Macht gekommenen Taraki-Amin-Regierung sehr bald auf den entschiedenen Widerstand vor allem der ländlichen Bevölkerung gestoßen. Wenn die Regierung damals behauptete, ihre Politik liege im Interesse von 98 Prozent der afghanischen Bevölkerung, so mag sie mit einem gewissen Recht davon selbst überzeugt gewesen sein; doch die von ihr daraus gezogene und öffentlich verbreitete Schlußfolgerung, sie werde von 98 Prozent der Bevölkerung unterstützt, war falsch. Wie Karl-Heinrich Rudersdorf, der sich zu diesem Zeitpunkt in Afghanistan aufgehalten hat, feststellt, dürfte „das umgekehrte Zahlenverhältnis (...) der Wirklichkeit bedeutend näher“ gekommen sein²⁷). Die Propagandisten der Regierung hatten — willentlich oder unwillentlich — übersehen, daß die Loyalität großer Teile der Bevölkerung weiterhin der traditionellen Ordnung galt und diese an deren ausschließlicher Legitimität festhielten; wohingegen

²⁵) Sarwari, Afghanistan, a. a. O. (Anm. 11), S. 73.

²⁶) Djan-Zirakyar, Stammesgesellschaft, a. a. O. (Anm. 11), S. 127.

²⁷) Rudersdorf, Afghanistan, a. a. O. (Anm. 19), S. 59.

gen die Schlußfolgerung, eine Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung könne der Unterstützung durch eben diese Mehrheit sicher sein, zu ihrer Richtigkeit vorausgesetzt hätte, daß die politische und ökonomische Modernisierung der traditionellen Ordnung als grundsätzlich legitim anerkannt worden wäre. In der Favorisierung eines vorwiegend ökonomisch definierten Interessensbegriffs ist die Differenz zwischen rationaler und traditioneller Legitimität verdeckt und zugleich zugunsten der ersteren entschieden worden.

Als der Widerstand gegen die Reformen dann immer stärker wurde und sich herausstellte, daß er gerade von jenen getragen wurde, in deren ökonomischem Interesse diese Reformen doch eingeleitet worden waren, wußte man dies nicht anders als durch die subversive Tätigkeit auswärtiger Mächte zu erklären. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Kabuler Regierung, die sowjetischen Intervenenten und die kleine Zahl derer, die auch im Westen das militärische Eingreifen der UdSSR gerechtfertigt haben, ihre diesbezüglichen Behauptungen

selbst geglaubt haben. Eine Reihe von Gründen legt sicherlich nahe, an der Aufrichtigkeit²⁸⁾ ihrer Einlassungen zu zweifeln. Und doch läßt die Penetranz, mit der sich die Genannten immer wieder auf den ökonomisch verkürzten Interessensbegriff berufen, die Möglichkeit offen, daß sie das, was sie sagen, auch selber glauben. Gefangen in einer ausschließlich auf ökonomischen Interessen und deren historischer Prädominanz aufgebaute Fiktion der Geschichte, wäre ihnen dann tatsächlich der Blick auf das versperrt geblieben, was sich dagegen wehrt, auf die Kategorie des ökonomischen Interesses reduziert zu werden.

Wer die Legitimität der Tradition schlechtweg in Abrede stellt und nur denen, die aus ihr wirtschaftlichen Nutzen ziehen, ein Interesse an ihrer Verteidigung zu konzedieren vermag, der kann den Kampf der vorgeblichen Nutznießer gegen ihren eigenen Nutzen nicht anders als mit Subversion erklären; um dann sogleich dazu überzugehen, jene mit Gewalt zu ihrem Besten zu zwingen.

Die Flucht in die Gewalt

Die durch den Staatsstreich vom 27. April 1978 an die Macht gekommene Regierung Taraki-Amin hat sich von vornherein nur auf eine kleine städtische Anhängerschaft und Teile des Militärs stützen können. Auch wenn sie selbst ihre Machtübernahme und die danach eingeschlagene Politik als *Revolution* bezeichnete und sie sogar als „beispielhafte Modell-Revolution“ feiern ließ, so ist diese doch nichts anderes gewesen als ein von der „Volksdemokratischen Partei Afghanistans“ organisierter und gesteuerter Militärputsch. Das zahlenmäßig verschwindend kleine Industrieproletariat Afghanistans hat an den politischen Veränderungen in Kabul keinerlei Anteil gehabt. Wenn sich die „Volksdemokratische Partei Afghanistans“ damals selbst als die „Vorhut der Arbeiterklasse“ zu bezeichnen pflegte, so konnte sie dies nur, weil sie sich auf der Basis ihres politischen und ökonomischen Interessensbegriffs als solche definierte, und nicht etwa deshalb, weil die kleine afghanische Arbeiterschaft sie tatsächlich an ihre Spitze gestellt hätte.

Was am 27. April 1978 stattfand, war, wie es bei Sigrist heißt, die „Machtübernahme durch eine modernistische städtische Elite, die nicht im Volk verankert war, sondern sich an ausländischen Vorbildern orientierte“²⁹⁾. Wie tiefgreifend die mit der Orientierung an einem ausländischen Vorbild einhergehende Distan-

zierung von den politischen und kulturellen Lebensformen und Verständnismöglichkeiten der Afghanen war, zeigt sich allein darin, daß Partei und Regierung sich bei der Bezeichnung ihrer Machtübernahme des persisch-arabischen Begriffs *enqelab* bedienen mußten, der gleichermaßen so verschiedene politische Handlungen wie Umsturz, Revolution, Subversion, Umstellung, Putsch, Umgestaltung und Veränderung umfaßt. Da „die segmentäre Organisation der afghanischen Gesellschaft (...) historisch das Ausbrechen von sozialen Konflikten entlang von Klassenlinien verhindert“ hat, „existiert in Afghanistan keine historische Tradition, die dem Begriff von ‚enqelab‘ den eindeutigen Sinn von ‚Revolution‘ — als grundsätzlicher Umwälzung bestehender Klassenverhältnisse — hätte geben können“³⁰⁾. Partei und Regierung konnten die eigentliche Intention ihres politischen Programms *begrifflich* somit nur in fremdsprachigen Publikationen deutlich machen, was letzten Endes damit gleichbedeutend war, daß nur diejenigen Afghanen, die mindestens eine europäische Sprache beherrschen, den Anspruch der Regierung Taraki-Amin, nicht durch einen

²⁸⁾ Gemeint ist hier das subjektive Für-wahr-Halten, nicht eine wie auch immer überprüfte objektive Wahrheit.

²⁹⁾ Sigrist, Die afghanische Krise, a.a.O. (Anm. 1), S. 52.

³⁰⁾ Grevemeyer, Afghanistan, a.a.O. (Anm. 1), S. 155.

Militärputsch, sondern eine Revolution an die Macht gekommen zu sein, begrifflich nachzuvollziehen vermochten.

Die bis ins Extrem übersteigerte Orientierung am ausländischen Vorbild endete schließlich in der Pervertierung von politischer Propaganda: Der geschichtsklitternde Versuch, die eigene Machtübernahme in Kabul als revolutionären und nicht etwa putschistischen Akt darzustellen, konnte die nicht erreichen, in deren vorgeblichem Interesse dies alles doch stattgefunden haben sollte und von deren Unterstützung der Erfolg der selbsternannten Revolution abhängen würde. Um so besser war er statt dessen jenen verständlich, welche als historisches Vorbild gedient hatten. So wurde die mühselig aufgerichtete Behauptung von der Revolution in Afghanistan zur Legitimation allein gegenüber dem ausländischen Vorbild, während sie bei der Bevölkerung auf Unverständnis stieß und keinerlei Loyalität herzustellen vermochte. Die Propaganda von der Revolution führte sich selbst ad absurdum, als sie anstelle der Bevölkerung des eigenen Landes, in deren vorgeblichen Interesse die propagierte Politik betrieben wurde, das ausländische Vorbild zum exklusiven Bezugspunkt der legitimatorischen Bemühungen avancieren ließ. So war es schließlich denn auch nur konsequent, daß die Regierung, als sie am Widerstand der Landbevölkerung zu scheitern drohte, diejenigen zur bewaffneten Hilfe aufforderte³¹⁾, denen gegenüber sie ihre Politik legitimiert zu haben glaubte.

Die Programme zur Entschuldung und Neuverteilung des bäuerlichen Landes, zur Alphabetisierung der Bevölkerung und zur Abschaffung der ruinösen Brautpreispraktiken trafen auf den Widerstand der Landbevölkerung, weil ihr der für sie damit beabsichtigte Nutzen nicht einsichtig gemacht werden konnte und den Nomaden und Bauern die Orientierung am ökonomischen Nutzen als ausschließlichem Bezug ihrer Lebensgestaltung illegitim erschien. Ihre ungebrochene Loyalität gegenüber der Tradition dürfte nicht zuletzt daraus resultiert haben, daß diese ihnen mehr Lebensinn versprach als eine durch autoritäre

³¹⁾ Daß sich die bewaffnete Hilfe der Sowjetunion im Dezember 1979 zur Intervention sowjetischer Truppen, dem Sturz der Amin-Regierung und der Einsetzung von Babrak Karmal als neuem Regierungschef auswuchs, dürfte Hafizullah Amin bei seinen Hilfsersuchen an die Sowjetunion sicherlich nicht beabsichtigt haben. Doch da seine Regierung zuvor bereits verschiedentlich um Entlastungsanträge sowjetischer Kampfbomber für ihre regulären Truppen ersucht und diese auch erhalten hatte (vgl. Der Spiegel Nr. 24, 11. 6. 1979, S. 140), hat sie selbst den Weg zur Intervention im Dezember 1979 geebnet.

Reformen aufgezwungene Zukunft. So gingen sie, gemäß ihren Traditionen, zur gewaltsamen Verteidigung ihrer Traditionen über: Sie verjagten oder ermordeten die von der Regierung entsandten Funktionäre und Lehrer, machten die eingeleiteten Reformen in ihren Dörfern rückgängig und nahmen die anrückenden Verbände der regulären afghanischen Armee in schwer zugänglichem Gelände unter Feuer.

Die beiderseitige Eskalation der Gewalt endete im offenen Bürgerkrieg, der auch durch die Intervention sowjetischer Truppen, die Einsetzung einer neuen, im sowjetischen Troß mitgeführten Regierung und die von dieser eingeleiteten Reformen nicht beendet werden konnte, sondern vielmehr, infolge seiner nunmehr eingetretenen Überlagerung durch den Ost-West-Gegensatz, in eine neue Etappe der Eskalation eingetreten ist.

Die Flucht aus der politischen Apathie und ökonomischen Stagnation in die gewaltsame Ausfechtung des Konflikts der Legitimitäten hat den Zustand, dem sie entkommen wollte, jedoch nur dem Schein nach verlassen. Die Selbstdestruktion der Tradition und die Selbstblockade der Modernisierung sind durch die Gewalt nicht überwunden, sondern vielmehr intensiviert worden. Clausewitz' berühmte-berühmte Bemerkung vom Krieg als einer „Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“³²⁾ variierend, zeigt sich auch hier, daß der Rückgriff auf die Gewalt keinen grundlegend anderen politischen Zustand konstituiert, sondern nur in der Lage ist, die zuvor bereits angelegten politischen Konflikte zu intensivieren und die sich ehemals bereits anbahnenden Entwicklungen zu beschleunigen.

Konkret heißt dies: Indem sich die der Tradition verpflichteten Bauern und Nomaden in „Partisanen der Tradition“³³⁾ verwandelten, haben sie die schleichende Aushöhlung der traditionellen Ordnung nicht gestoppt, sondern nur den Schlußakt ihrer Liquidierung eingeleitet. Im Guerillakrieg mit regulären afghanischen Truppen und dem sowjetischen Militär sind die nicht selbst am Kampf Beteiligten, die Frauen, Kinder und Alten, gezwungen, ihre traditionellen Siedlungsräume zu verlassen und sich in Flüchtlingslagern neue, ihren Traditionen fremde Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Und die Kämpfenden fallen in der unmittelbaren kriegerischen Konfrontation der eigentlich doch bekämpften Rationalität

³²⁾ Carl v. Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1980¹⁹, S. 990.

³³⁾ Herfried Münkler, Partisanen der Tradition; in: Der Monat, 1982, Heft 1, S. 109ff.

der Modernisierung zum Opfer, wenn sie, um militärisch bestehen zu können, sich die strategischen, taktischen, logistischen und waffentechnischen Ausprägungen dieser Rationalität zu eigen machen. Diesem Kampf, wie auch immer er enden mag, fällt die Tradition als erstes zum Opfer, und wo sie sich zu halten vermag, ist sie mehr Folklore als ein tatsächlich lebensgestaltendes Wert- und Normsystem.

In der Abschlußbilanz, so könnte daraus gefolgert werden, wachsen die Gewinne der auf die Modernisierung abzielenden Kräfte proportional mit den Verlusten, welche die Tradition bei ihrer kriegerischen Verteidigung hinzunehmen hat, und darum sei die Partei der Modernisierung der zwangsläufige Sieger des

Kampfes. Solche Bilanzierung übersieht jedoch, daß es den Reformern nicht um die Modernisierung des Landes in irgendeiner Zukunft ging, sondern darum, diese so schnell und so umfassend wie möglich in Gang zu setzen. Gerade um diese eigentliche Intention ihrer Anstrengungen werden sie durch den Bürgerkrieg gebracht, der mehr an Ressourcen verzehrt, als er freizusetzen vermag. Wie der Krieg die Selbstdestruktion der Tradition beschleunigt hat, so hat er auch die Selbstblockade der Modernisierung potenziert. Die beiderseitige Flucht in die Gewalt hat die politisch-ökonomische Ausgangslage nicht verändert, allenfalls hat sie deren destruktive Seite, die man gewaltsam zu eliminieren suchte, noch intensiviert.

Modernisierung und Stabilität in der Türkei

Die türkische Krise — Chancen des Militärs

Am 12. September 1980 übernahm zum dritten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg das türkische Militär die Regierungsgewalt. Äußerer Anlaß dafür waren zunehmender Terrorismus, Anarchie und Ineffizienz des Parlaments. Dahinter verbirgt sich eine tiefgehende Krise der Türkei. Drei Fragen stellen sich:

1. Worin besteht die Krise der Türkei?

2. Welche Politik, welche Ziele verfolgt die neue türkische Militärregierung? Welche Chancen hat das Militär, die Krise zu lösen?

3. Stellen die prononcierten Thesen, die Hekki Keskin in dieser Zeitschrift (B 40/81) entwickelt hat, eine angemessene Beurteilung der aktuellen Situation dar?

I. Die türkische Krise¹⁾

Kemal Atatürks nationale türkische Revolution ist die vielleicht erfolgreichste nichtkommunistische Modernisierung einer traditionellen Staats- und Gesellschaftsordnung im 20. Jahrhundert — vergleichbar ist allenfalls die (soziale) mexikanische Revolution von 1910. Atatürk gelang in nahezu einmaliger Weise gleichzeitig die sozio-ökonomische Modernisierung der Türkei und die Schaffung einer stabilen politischen Ordnung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich das kemalistische, autoritäre Einparteiensystem zu einem demokratischen Mehrparteiensystem: Erst dadurch wurde die im Islam verwurzelte Agrarbevölkerung der Osttürkei in den politischen Prozeß einbezogen. Dies und die raschen sozio-kulturellen und ökonomischen Wandlungen haben eine explosive Lage geschaffen und die vorher stabile politische Ordnung immer instabiler gemacht. Die türkische Demokratie konnte ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen und wurde von links- und rechtsradikalen sowie islamisch-fundamentalistischen Kräften grundsätzlich in Frage gestellt. Die entscheidende Frage ist also: Kann eine stabile und effiziente demokratische Ordnung geschaffen werden? Oder ist politische Stabilität und sozio-ökonomische Modernisierung nur um den Preis einer Militär- oder Einparteienherrschaft möglich²⁾?

Die Modernisierung der Türkei seit Atatürk führte zu starken Veränderungen in allen Bereichen. Die heutige Türkei ist daher nicht mehr die Türkei Kemal Atatürks, sie ist aber aus ihr hervorgegangen, ist ohne sie nicht denkbar. Heute ist die nachkemalistische politische Ordnung der Türkei in Frage gestellt durch die mit der Modernisierung verbundene

Instabilität und durch die aufgrund der sozialen Wandlungen, der Veränderungen des poli-

¹⁾ Über die türkische Krise informieren in deutscher Sprache: Udo Steinbach, *Kranker Wächter am Bosphorus. Die Türkei als Riegel zwischen West und Ost*, Freiburg/Würzburg, 1979; A. Hottinger, *Identitätskrise in der Türkei. Was bleibt vom Geist der Reformen Atatürks?*, in: *Europa-Archiv*, 25. Januar 1980; Gustav Adolf Sonnenhol, *Atatürk heute. Kulturrevolution und Entwicklung*, in: *Merkur*, Heft 11, November 1981. In weiteren lesenswerten Untersuchungen zur türkischen Krise finden sich bereits auch Analysen der neuen türkischen Militärregierung: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Die türkische Krise. Beiträge eines Expertengesprächs der Friedrich-Ebert-Stiftung*, 24.—26. September 1980. Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung Nr. 89/90, Bonn, Februar 1981. Eine knappe, klare Zusammenfassung des Expertengesprächs wurde unter dem Titel „Die Krise in der Türkei und die Perspektiven ihrer Lösung“ veröffentlicht und kann kostenlos bezogen werden bei: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Entwicklungsländerforschung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2. Ebenfalls kostenlos kann von dort bezogen werden: „Ausweg oder Kreuzweg? Stabilität und Demokratie in der Türkei“ (Zusammenfassung eines Symposiums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 2./3. 6. 1981); H. Keskin, *Die Türkei. Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat; Werdegang einer Unterentwicklung*, 3., aktualisierte Auflage, Berlin 1981; H. Kramer, *Die Türkei. Gefährdeter Partner der westlichen Allianz. Ansatzpunkte für Beiträge zur wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Stabilisierung*, hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Juli 1981; U. Steinbach, *Atatürks Staat in der Krise*, in: *Geographische Rundschau*, Heft 12, Dezember 1981. Nach Fertigstellung meines vorliegenden Aufsatzes erschienen noch A. Hottinger, *Die Türkei unter der Herrschaft des Militärs*, in: *Europa-Archiv*, 10. 4. 1982, sowie Konrad-Adenauer-Stiftung/Institut für Begabtenförderung (Hrsg.), *Kultur und Politik der Türkei*, in: im Gespräch, 1. Vj. 1982.

²⁾ Zu dieser Fragestellung und einer darauf beruhenden weltweiten Analyse, darunter auch der tür-

tischen Systems und der Schaffung des Mehrparteiensystems erfolgte Verbreiterung des politischen und ideologischen Spektrums. Kern der Problematik ist also heute die Frage nach der Vereinbarkeit von wirtschaftlich-sozialer Entwicklung und pluralistischer Demokratie mit den spezifischen Gegebenheiten der politischen Kultur der Türkei³⁾).

Die politische und soziale Krise

Ihre politische Stabilität verdankte die Türkei bis 1946 einer starken Einheitspartei, der kemalistischen Republikanischen Volkspartei. Die aufgrund der sozio-ökonomischen Entwicklung erstarkende wirtschaftliche Mittelschicht verlangte jedoch nach verstärkter politischer Teilnahme. Die Republikanische Volkspartei, die Repräsentant einer relativ homogenen bürokratisch-militärischen Elite geblieben war, war nicht in der Lage, dieses Verlangen innerhalb ihrer Partei aufzufangen. Die wirtschaftliche Mittelschicht übernahm daher nach Einführung des Mehrparteiensystems 1946 die Führung der neu gegründeten Demokratischen Partei. Ihre Begrenzung auf diese Schicht führte ihr jedoch bei den ersten Wahlen nur wenig Stimmen zu.

Die Demokratische Partei wandte sich unter Menderes der Landbevölkerung zu und gewann mit deren Hilfe ab 1950 in den meisten

kischen Entwicklung von Atatürk bis Mitte der sechziger Jahre, vgl. S. P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven-London, Yale University Press, 1971⁵. Huntington ist ein Vertreter des sog. neoinstitutionellen Konzepts; er wird kurz vorgestellt von K. v. Beyme, Die politischen Theorien der Gegenwart, München 1980⁴, S. 87: „In Gegensatz zu den älteren Institutionalistern standen jedoch nicht die Suche nach Balance der Gewalten und die Stabilisierung des konstitutionellen Systems, sondern stand die Untersuchung, welche Institutionen — Bürokration, Parteien oder Interessengruppen — als ‚modernizers‘ Voraussetzungen eines gezielten Modernisierungsprozesses sind.“ Während von Beyme Huntington im Rahmen der Theorien der politischen Entwicklung diskutiert, sieht ihn Wehler unter dem umfassenderen Aspekt der Theorien der Modernisierung, H.-U. Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975. Zur Modernisierungsproblematik der kemalistischen und nachkemalistischen Türkei s. auch Ronneberger, *Der Beitrag der Türkei zur politischen Modernisierung*, in: *Die Türkei in Europa*, hrsg. von K. D. Grothausen, Göttingen, 1979, S. 228 ff.

³⁾ Kramer, a. a. O., S. 75.

⁴⁾ Die heutige Krise der Türkei ist also gekennzeichnet durch die Vielzahl gleichzeitig auftretender Entwicklungsprobleme oder Krisen („Kumulative Revolution“). Die türkische Krise ließe sich daher auch mit den bisher in den Mittelpunkt der Forschung gestellten sechs Krisentypen beschreiben: Identitäts-, Legitimitäts-, Partizipations-, Integrations-, Penetrations- und Distributionskrise. Vgl. Wehler, a. a. O., S. 36f.

Wahlen den größten Stimmenanteil. Es ist das Verdienst dieser Partei, die Landbevölkerung erstmals in der Türkei in den politischen Prozeß integriert und eine Brücke geschlagen zu haben zwischen den westlich orientierten städtischen Eliten, die in der Republikanischen Volkspartei repräsentiert waren, und der dem traditionellen Islam noch weitgehend verhafteten Landbevölkerung vor allem Ostanatoliens. Steinbach spricht von der „Anatolisierung“ der türkischen Innenpolitik. Bei dem sozialen Wandel, der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Differenzierung in verschiedene Gruppen wäre das Einparteiensystem der Republikanischen Volkspartei immer instabiler geworden. Die Demokratische Partei hat somit in der Türkei einen wichtigen Beitrag zur politischen Stabilität des Landes geleistet. Gleichzeitig begünstigte das Mehrparteiensystem konservative Parlamentsmehrheiten und die Reislamisierung.

Das Mehrparteiensystem in der Türkei, vor allem das Aufkommen der Demokratischen Partei, hatte aber auch eine Dezentralisierung der politischen Macht zur Folge. Ein zunehmender Anteil der Parlamentsabgeordneten kam nicht mehr aus den städtischen, sondern aus den ländlichen Regionen. Die Qualität des türkischen Parlaments hat in der Folgezeit kontinuierlich abgenommen, da mit dem stärker werdenden Einzug des anatolischen Elements in die Volksvertretung die politischen und fachlichen Qualitäten der Abgeordneten nicht mehr in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung standen⁵⁾.

Gegen die politische Teilnahme der Landbevölkerung mit der Konsequenz verzögerter sozio-ökonomischer Modernisierung und gegen die zunehmend autoritäre Herrschaft von Menderes schritt 1960 das türkische Militär als Hüter des kemalistischen Erbes ein. Es übernahm für kurze Zeit die Macht und schuf die liberale Verfassung von 1961. Bei den Wahlen von 1965 und 1969 errang die Gerechtigkeitspartei als Nachfolgeorganisation der Demokratischen Partei jedoch wiederum die meisten Stimmen.

Eine Folge der Verfassung von 1961 war die leichter gewordene Bildung weiterer Parteien. Das in den führenden Parteien, der Republikanischen Volkspartei und der Gerechtigkeitspartei, vorherrschende Klientel-Patronage-Verhältnis war nicht in der Lage, die durch den sozialen Wandel hervorgerufenen Kräfte in das politische System einzufügen. Teile der Arbeiterklasse wandten sich kommunistisch-sozialistischen Gruppierungen zu sowie der

⁵⁾ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Die Krise in der Türkei ...*, a. a. O., S. 8.

linksorientierten Gewerkschaft DISK; Teile des Mittelstandes und Teile der Jugend wandten sich entweder einer extremen nationalistischen Rechten oder einem islamischen Fundamentalismus zu. Die neue nationalistische Rechte organisierte sich in der Aktionspartei des ehemaligen Obersten Türkesch, die islamische Orthodoxie in der nationalen Heilspartei unter der Führung von Erbakan.

Diese Entwicklung wurde auch nach einer erneuten Machtübernahme des türkischen Militärs im Jahre 1971 nicht gebremst.

So wie die Gerechtigkeitspartei die ländliche Bevölkerung seinerzeit in den politischen Prozeß integriert hatte, so veränderte in den siebziger Jahren Ecevit die kemalistische Republikanische Volkspartei von einer nationalistischen Elite- und Honoratiorenpartei zu einer sozialdemokratischen Partei mit einem starken linkssozialistischen Flügel.

Dennoch zeigte sich, daß das türkische Mehrparteiensystem in den siebziger Jahren nicht mehr in der Lage war, alle wichtigen Gruppen zu integrieren. Außerdem nahm die Polarisierung zwischen den beiden dominierenden Parteien, der Republikanischen Volkspartei und der Gerechtigkeitspartei, zu, da keine mehr die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt und deshalb auf die kleineren und radikaleren Partner in den Koalitionsregierungen Rücksicht nehmen mußte. Ein Konsensus, eine gemeinsame Politik in wichtigen nationalen Fragen wurde zwischen den beiden großen Volksparteien unmöglich.

Identitätskrise

Verschärft wurde die Instabilität der türkischen Demokratie durch eine tiefgehende Identitätskrise. Diese Identitätskrise ist zugleich auch eine Modernisierungskrise. Atatürk hatte die Türkei nach eindeutig westlichen Vorbildern modernisiert. Er hat durch das Abschneiden von der osmanischen und islamischen Tradition ein quasi geschichtsloses Volk geschaffen. Heute sehen die Türken zunehmend wieder im Osmanischen Reich ihre eigene Geschichte. Sie sehen darin sogar das goldene Zeitalter ihrer Geschichte. Mit der Frage nach der eigenen Vergangenheit wird auch die Frage nach der islamischen Tradition für die heutige Türkei wieder gestellt. Noch auf zwei anderen Wegen dringt der Islam in das Bewußtsein der modernen Türken wieder ein: Ein Weg ist das demokratische, Mehrparteiensystem, das — wie oben dargestellt — durch die zunehmende Partizipation des islamisch gebliebenen Ostanatoliens dem islamischen Element eine zunehmende Bedeutung

auch im politischen Leben einräumt. Eine weitere Ursache für das Wiederaufleben liegt darin, daß der säkularisierte kemalistische Staat keine Antwort hat auf die tiefer liegenden religiösen Sehnsüchte des Volkes, die in einer Zeit der sozialen und politischen Umwälzungen wieder stärker werden. Atatürk hatte die Säkularisierung ohne eine geistige Auseinandersetzung mit dem Islam herbeigeführt. In jedem Fall scheint der Islam heute wieder eher die Grundlage für einen gesamtgesellschaftlichen Konsens und den türkischen Nationalismus abzugeben als der eher künstliche Nationalismusbegriff des Kemalismus.

Der Kemalismus wird aber auch von links und rechts in Frage gestellt: durch Marxismus und Sozialismus sowie durch einen pantürkisch inspirierten übersteigerten Nationalismus. Wachsender Nationalismus und sunnitischer Islamismus verschärfen gleichzeitig die Spannungen gegenüber den ethnischen und religiösen Minderheiten (Kurden, schiitische Aleviten, Armenier, Christen).

Außenpolitische Orientierungskrise

Die verschiedenen in der Türkei wirkenden Ideologien stellen auch die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene außenpolitische Orientierung nach Westeuropa und den USA in Frage. Sozialismus und Marxismus fordern eine Anlehnung an den Ostblock, der islamische Fundamentalismus hingegen ein Anlehnung an die islamisch-arabische Nachbarregion. Die Republikanische Volkspartei unter Ecevit versuchte 1977—1979 unter der Voraussetzung der internationalen Entspannungspolitik zwischen Ost und West eine sogenannte „Dreieckspolitik“, eine Anlehnung oder Zusammenarbeit mit allen drei großen Regionen: Westen, Ostblock, islamische Nachbarregion. Damit verbunden ist die Frage der Zugehörigkeit zu einer „größeren Familie“ oder einer Unabhängigkeit nach allen Seiten, die die Gefahren einer Isolierung in sich birgt.

Die Wirtschaftskrise

Mehrfach führte die türkische Wirtschaftspolitik zu Zahlungsbilanz- und Wirtschaftskrisen: 1958, 1970 und 1978/79. Die Wirtschaftskrisen 1958 und 1970 sollten mit Hilfe von Stabilitätsprogrammen, die mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbart worden waren, behoben werden. Die Stabilitätsprogramme hatten zwar beachtliche Anfangserfolge, wurden jedoch nicht konsequent durchgeführt und viel zu früh abgebrochen.

Die Krise 1978/79 war gekennzeichnet durch eine drastische Verschlechterung der Leistungsbilanz, hohe (kurzfristige) Auslandsverschuldung, Rückgang der industriellen Produktion und des Wirtschaftswachstums, hohe Inflationsrate, wachsende Budgetdefizite und zunehmende Arbeitslosigkeit. Entstanden war die Krise zwischen 1973 und 1977 in einer Phase raschen wirtschaftlichen Wachstums.

Wichtigste Ursache der Zahlungsbilanzkrise war die Inflationsdifferenz, d. h. der künstlich überhöhte Wechselkurs der türkischen Währung. Damit sank der Anreiz zum Export, während der Anreiz zum Import zunahm. Der unrealistische Wechselkurs trug auch bei zum Rückgang der hohen Gastarbeiterüberweisungen⁶⁾.

Hinzu kam die türkische Entwicklungspolitik, die seit den dreißiger Jahren eine binnenmarktorientierte Industrialisierungspolitik verfolgte. Sie begünstigte die Industrie gegenüber der Landwirtschaft und baute eine relativ tief gegliederte Industriestruktur hinter hohen Zollbarrieren auf — auch mit dem Ziel einer Verringerung der Importe (Importsubstitution). Das Gegenteil wurde erreicht: Die Importabhängigkeit der Industrie nahm zu. Und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft wurde mit dieser Entwicklungsstrategie verschlechtert. Ein enormer Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung wurde auch die Staatsbürokratie.

Ausdruck der Wirtschaftskrise war die Inflation. Hauptursache dafür war die Finanzierung der anhaltend hohen Defizite der Staatsunternehmen und des Staatshaushalts durch Geldschöpfung. Zwar sollte die Ausweitung der Investitionsprogramme der öffentlichen

Unternehmen auch in den siebziger Jahren die nachlassenden privaten Investitionen kompensieren; dieses Nachlassen wurde jedoch erst durch die staatliche Wirtschaftspolitik selbst verursacht. Denn die privaten Investoren konnten sich nicht die notwendigen Kredite bei den Banken besorgen, weil aufgrund der staatlich festgesetzten niedrigen Zinssätze die Spartätigkeit gering war. Gerken vermutet sogar, daß die durch diese Wirtschaftspolitik hervorgerufene Fehlleitung von Kapital und Arbeit zu volkswirtschaftlichen Verlusten führte, die noch weit über die ausgewiesenen Betriebsverluste der staatlichen Unternehmen hinausgehen⁷⁾. Diese Politik der unsoliden Finanzierung des Wirtschaftswachstums, der geringen Spartätigkeit und der Reglementierung führte letztlich dazu, daß die Türkei über ihre Verhältnisse lebte und ihr wirtschaftliches Potential nicht optimal nutzte.

Eine Sanierung der türkischen Wirtschaft, eine Wiederherstellung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist also nur möglich durch Bekämpfung der Inflation, eine restriktive Budget- und Geldpolitik und den Wechsel der Entwicklungsstrategie von der Importsubstitution zur exportorientierten Wachstumsstrategie auf der Basis einer realistischen Wechselkurspolitik.

Nachdem die Regierung Ecevit 1978 und 1979 trotz der Hilfe des Auslands die Wirtschaftsprobleme nicht ernsthaft in Angriff nahm, wurde unter der Regierung Demirel im Januar 1980 ein neues, mit dem IWF abgestimmtes marktwirtschaftliches Sanierungsprogramm begonnen. Noch vor der Machtübernahme des Militärs am 12. September 1980 zeigte dieses Wirtschaftsprogramm erste Erfolge.

II. Die neue türkische Militärregierung — Politische Ziele und praktische Politik

Zwei Traditionen beherrschen das türkische Militär: Speerspitze der Modernisierung und Hüter des Staates zu sein — eine progressive und eine konservative Idee. Welche Idee sich

durchsetzt ist abhängig von der jeweiligen Situation⁸⁾. Revolutionär war die Gründung der modernen Türkei, zunehmend bewahrend die beiden militärischen Interventionen 1960 und 1971. Wie ist die militärische Intervention vom 12. September 1980 zu beurteilen?

⁶⁾ Vgl. E. Gerken, Stabilisierung der türkischen Wirtschaft und internationale Hilfe, in: Europa-Archiv, 10. 11. 1980. Gerken zitiert die Ergebnisse eines gesamtwirtschaftlichen Modells der Weltbank. Danach errechnen sich folgende Anteile der Ursachen an der Entstehung der Zahlungsbilanzkrise: Ölpreissteigerung 12 %, Inflationsdifferenz 32 %, Stagnation der Gastarbeiterüberweisungen 21 %, Anstieg der Investitionsquote 5 %, andere Ursachen (u. a. Rezession auf den Exportmärkten) 29 %. Der vielbeschworene Preisanstieg bei Ölimporten ist also nicht die wichtigste Ursache der Zahlungsbilanzkrise.

⁷⁾ Gerken, a. a. O., S. 666.

⁸⁾ S. P. Huntington drückt die Rolle des Militärs in modernisierenden Gesellschaften so aus: „As society changes, so does the role of the military. In the world of oligarchy, the soldier is a radical; in the middle-class world he is a participant and arbiter; as the mass society looms on the horizon he becomes the conservative guardian of the existing order“, in: Political Order in Changing Societies, a. a. O., S. 221.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik⁹⁾

Die Militärregierung ist intensiv darum bemüht, das Sanierungsprogramm vom Januar 1980 fortzuführen. Dieses Sanierungsprogramm brachte einen radikalen Kurswechsel in der türkischen Wirtschaftspolitik. Bis dahin galt das Prinzip einer „gemischten Wirtschaft“ (mixed economy) mit einem hohen Anteil des Staatssektors und einem starken staatlichen Einfluß auf den Wirtschaftsablauf. Diese Wirtschaftspolitik des kemalistischen „Etatismus“ hatte zwar beachtliche Wachstums- und Industrialisierungserfolge gebracht, jedoch nicht die Grundprobleme der türkischen Wirtschaft gelöst. Diese hatten sich vielmehr allmählich verschärft und zu der bisher tiefgreifendsten Wirtschaftskrise der Türkei 1977/79 geführt.

Ziel des türkischen Stabilisierungsprogramms vom Januar 1980 ist es, auf allen Gebieten die vorhandenen Potentiale mit marktwirtschaftlichen Lösungen und, wo nötig, mit Anreizen zu mobilisieren. Damit soll zum ersten Mal seit langer Zeit die notwendige internationale Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Volkswirtschaft hergestellt werden: Eine gewaltige Aufgabe nach den langen Jahren der Bürokratisierung, der Reglementierungen, der Vernachlässigung der Landwirtschaft und der Binnenorientierung mit Hilfe von Importsubstitution und hohem Außenschutz. Die Türkei hat dabei seit langem über ihre Verhältnisse gelebt, sie hat zu wenig gespart und zuviel konsumiert.

Kernpunkte sind jetzt Inflationsbekämpfung, exportorientierte Wachstumsstrategie, höhere Sparquote und Sanierung der Staatsunternehmen, ohne die eine Beseitigung der hohen Defizite im Staatshaushalt unmöglich ist. Nur so kann auch die große Arbeitslosigkeit nachhaltig beseitigt werden. Ergänzt werden soll diese Politik auch durch Strukturreformen. Architekt dieses Programms ist Turgut Üzal, ehemaliger Chef der staatlichen Planungsorganisation, seit September 1980 stellvertretender Ministerpräsident.

Erste Erfolge: Die Inflationsrate wurde von über 100 % zu Beginn des Jahres 1980 durch eine restriktive Geld- und Kreditpolitik auf ca. 35–40 % am Jahresende 1981 herabgedrückt. Eine drastische Abwertung der türkischen Währung schuf die Voraussetzung für eine beachtliche Zunahme der Exporte und der Gastarbeiterüberweisungen. Erstmals seit der Gründung der türkischen Republik im Jahre

1923 wurden die Bankzinsen freigegeben: Die Bankeinlagen steigen seitdem stark an; ein Kapitalmarkt ist im Entstehen begriffen. Produktion und Investitionen beleben sich wieder. Nach einem stagnierenden bzw. leicht negativen Wirtschaftswachstum in den Jahren 1979 und 1980 wurde 1981 wieder ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 4,4 % erreicht¹⁰⁾. Was aber langfristig bedeutsam ist: Die Kombination von türkischem Sanierungsprogramm und Internationaler Türkeihilfe hat erreicht, daß die Unternehmen und Banken sowohl des Auslands als auch der Türkei allmählich wieder Vertrauen in die türkische Wirtschaftsentwicklung setzen. Nur so können schrittweise an die Stelle von Hilfsleistungen wieder zu Marktbedingungen erbrachte Produktions- und Finanzierungsleistungen der Firmen und Banken treten.

Eine wichtige strukturelle Maßnahme der Militärregierung im Frühjahr 1981 war eine schon lange angestrebte, aber nie durchgeführte Steuerreform. Sie entlastet die Bezieher niedriger Einkommen und unterwirft zahlreiche selbständige Gewerbetreibende und Grundbesitzer überhaupt erstmalig der Steuerpflicht. Über ein zu erwartendes höheres Steueraufkommen wird somit ein Beitrag zur Verringerung der Budgetdefizite geleistet sowie gleichzeitig mehr soziale Gerechtigkeit erzielt.

Trotz der ersten Erfolge der neuen türkischen Wirtschaftspolitik ist die Türkei noch keineswegs über den Berg. Dies ist auch verständlich, denn eine derartig umfassende, aber notwendige Neuorientierung der Wirtschaftspolitik kann nur schrittweise die gewünschten Erfolge bringen. Um so mehr ist es dringend erforderlich, daß die Türkei den einmal eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs konsequent beibehält.

Die neue, marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik der Türkei hat bereits erste Erfolge bei der Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftskrise erzielt; sie ist aber auch ein wichtiger Schritt zur Lösung der Strukturprobleme und damit zur Sicherung eines langfristigen Wirtschaftswachstums. Ergänzende tiefgreifende Maßnahmen sind aber noch erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die noch unterentwickelten Regionen des Landes in die Wirtschaft zu integrieren und mehr soziale Gerechtigkeit herbeizuführen. Wird dies durchgeführt, könnte die Türkei allmählich ihre schwerwiegenden Wirtschaftsprobleme meistern und eines der großen und

⁹⁾ In Anlehnung an meinen Artikel „Mit weltweiter Hilfe vielleicht zum dynamischen Wirtschaftspartner“, in: Die Welt, 5. 10. 1981 (Sonderbeilage „Welt Report Türkei“).

¹⁰⁾ Einen guten Überblick über die beiden ersten Jahre der neuen Wirtschaftspolitik bieten die beiden Jahresberichte der OECD, Turkey, Paris, März 1981 und April 1982.

dynamischen „Schwellenländer“ werden — ein erfolgreicher Wirtschaftspartner für die islamisch-arabische Region, für Ost und West¹¹⁾.

Bekämpfung des Terrorismus

Ein eskalierender Terrorismus war zumindest vordergründig das auslösende Moment für die Übernahme der Regierungsgewalt durch das Militär. Bei der Bekämpfung des Terrorismus hat die Militärregierung auch bisher die durchschlagendsten Erfolge gehabt. 5 241 Todesopfer und 14 162 Verletzte allein in den zwei Jahren vor dem 12. September 1980 beschreiben das Ausmaß, das der Terrorismus in der Türkei erreicht hatte, noch nicht einmal hinlänglich, weil diese Zahlen nicht die progressive Zunahme der Todesopfer berücksichtigen. In den 90 Tagen vor der Machtübernahme gab es täglich 22 Todesopfer. Den Militärs ist es gelungen, den Terror zu bremsen. Gleichwohl sieht auch die Militärregierung angesichts der hohen Zahl von Personen, die in Terrorakte verwickelt waren oder mit ihnen sympathisierten, den Kampf gegen den Terror noch nicht als abgeschlossen an. Einige 10 000 Gewehre und andere Waffen wurden von der Militärregierung beschlagnahmt bzw. von der Bevölkerung an die Militärbehörden abgegeben. Der Verdacht, daß der Ostblock durch Einschleusung von Waffen den Terrorismus mit der Zielsetzung eines Umsturzes in der Türkei geschürt hat, ist kaum von der Hand zu weisen. Die Waffenfunde erhärten die Auffassung der Regierung, daß das Ausmaß der politischen Gewalttätigkeit noch größer war, als dies die Zahl der Opfer vermuten läßt. Mit zunehmender Dauer der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung politischer Instabilität taucht allerdings das Element des Druckes nach innen auf, das den Generälen zunehmend im Verhältnis zur eigenen Öffentlichkeit und zum westlichen Ausland zu schaffen macht. Unverkennbar beginnt an die Stelle der Angst vor Terror, die vor dem 12. September 1980 alles beherrschte, eine andere Sorge zu treten: die Sorge über die Methoden der Repression. Dies gilt bisher nicht für die meisten, gilt aber für diejenigen, die eine Teilhabe am öffentlichen Leben beanspruchen. Und in der Tat sind auch Methoden, die jenseits der von der Militärregierung selbst nicht gewollten und mehrfach bereits bestraften Menschen-

rechtsverletzungen (Folterungen) liegen, wie Presseverbote, eklatante Übergriffe unterer Sicherheitsorgane (gegen den eingestandenen Willen des Nationalen Sicherheitsrates), Uneinsichtigkeit bei einzelnen Militärs, gegeben und schaffen zusätzliche Probleme.

Rückkehr zur Demokratie

Wichtigster Punkt der Militärs neben der Bekämpfung des Terrorismus ist die Schaffung einer neuen Verfassung. Am 23. Dezember 1981 trat die Beratende Versammlung zusammen, die gemeinsam mit dem Nationalen Sicherheitsrat die Verfassungsgebende Versammlung bildet. Alle 160 Mitglieder der Beratenden Versammlung wurden vom Nationalen Sicherheitsrat ernannt.

Nach der jüngsten Neujahrsansprache von Staatschef Evren soll die Beratende Versammlung ihren Verfassungsentwurf bis zum Spätsommer 1982 fertigstellen. Nach Überarbeitung und Billigung durch den Nationalen Sicherheitsrat soll die türkische Bevölkerung im Herbst 1982 in einem Referendum über den Verfassungsentwurf entscheiden. Nach Ausarbeitung eines Parteien- und Wahlgesetzes durch die Beratende Versammlung sollen allgemeine Wahlen im Herbst 1983, spätestens im Frühjahr 1984 stattfinden.

Schwieriger als die Frage, ob die Militärs zur Demokratie zurückkehren wollen und zu welchem Zeitpunkt, ist die über die künftige politische Struktur der Türkei, d. h. über die inhaltliche Gestaltung der künftigen Verfassung zu beantworten. Vieles deutet darauf hin, daß die Militärs die Demokratie in ihrer derzeitigen Form durch Verfassungsreformen in Richtung einer Stärkung der Exekutive durch einen Ausbau der Position des Staatspräsidenten (Präsidialverfassung) und/oder durch Sicherung stabiler Parlamentsmehrheiten (eventuell durch Einführung des Mehrheitswahlrechts anstelle des Verhältniswahlrechts) ändern wollen.

Eine neue politische Elite?

Die Militärs haben die Absicht, zumindest für einige Zeit die führenden Politiker und Kader der bisherigen Parteien aus dem politischen Leben, d. h. vom Parlament auszuschalten. Damit wollen die Militärs also nicht nur formal eine neue Verfassungsstruktur schaffen, sondern eine neue politische Klasse schaffen, die stärker als die bisherigen Parteien dem Allgemeinwohl und weniger ihren Eigeninteressen verpflichtet sind.

¹¹⁾ Zu den mittelfristigen Entwicklungsaussichten der Türkei vgl. das Kapitel „Medium-term policy issues“, in: OECD, Turkey, April 1982, S. 35ff. Eine Zusammenfassung gibt U.-J. Pasdach, Gute Wachstumsaussichten für die türkische Wirtschaft. Eine mittelfristige Prognose der OECD, in: Nachrichten für Außenhandel, 9. 3. 1982.

Außenpolitik

Nach den außenpolitischen Schwankungen und Tastversuchen der Regierung Ecevit und der Westorientierung der letzten Regierung Demirel hat die Militärregierung die Westorientierung der Türkei bekräftigt. Sie hält grundsätzlich an dem Gedanken einer vollen Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft fest. Gleichzeitig ist sie bestrebt, weiterhin entspannte Beziehungen zu den Ostblockstaaten zu unterhalten und die Verbindungen zu der für den türkischen Außenhandel immer wichtiger werdenden islamischen Welt, insbesondere zu den arabischen Staaten, auszubauen.

Chancen der Militärregierung

Welche Chancen hat die Militärregierung, die türkische Krise zu bewältigen?

Am einfachsten ist dies für die Wirtschaftspolitik zu beantworten. Wird die derzeitige Wirtschaftspolitik konsequent fortgesetzt und durch weitere Strukturformen ergänzt, so ist die Chance für eine Sanierung und Umstrukturierung der türkischen Volkswirtschaft groß. Die Durchführung von Strukturformen wie die Steuerreform und hoffentlich auch noch eine Agrarreform dürfte in jedem Fall die Militärregierung überdauern. Damit würde die Militärregierung einer künftigen demokratischen Regierung eine weiterentwickelte und entwicklungsfähige Volkswirtschaft hinterlassen, die auch im internationalen Rahmen wettbewerbsfähig ist.

Offen bleiben muß vorläufig die Frage, ob eine neue Verfassung und andere gesetzgeberische Maßnahmen die der türkischen Krise zugrunde liegenden politischen Probleme lösen können. Eine bessere, stabilere gesetzliche Grundlage der Demokratie ist sicherlich zu begrüßen; entscheidend wird jedoch das politische Handeln künftiger demokratischer Regierungen und das Verhalten der großen Parteien und der sie tragenden Bevölkerungsschichten sein. Bisher hatten jedenfalls die Machtübernahmen durch das Militär (1960 und 1971) die Lage langfristig nicht stabilisiert, sondern sogar an Korrekturkraft abgenommen.

Auf die drängenden politisch-geistigen Fragen nach der Identität der Nation haben die nüchternen Militärs bisher keine Antwort gegeben. Die einfache, unreflektierte Beibehaltung der kemalistischen Prinzipien von Säkularismus und Nationalismus sind hier keineswegs ausreichend. Die Herausforderung, einen Ausgleich zu finden zwischen der islami-

schen Tradition der Türkei und den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft, wird von der erneuerten Demokratie gelöst werden müssen.

Exkurs: Menschenrechte Türkei = Polen?

Seit die USA Sanktionen gegen das polnische Militärregime fordern, werden in Westeuropa verschiedentlich die Militärregierungen Polens und der Türkei verglichen — mit der Folge, daß im Fall von Sanktionen gegen Polen auch Sanktionen gegenüber der Türkei ergriffen werden müßten oder umgekehrt. Dahinter steht der moralische Vorwurf, daß die USA im Falle der Türkei ein undemokratisches Militärregime unterstütze, während sie es im Falle Polens verurteile. Diese Argumentation übersieht wichtige Unterschiede. Warum sind die Militärregierungen in Polen und in der Türkei nicht vergleichbar?

— Die Machtergreifung der türkischen Generale war eine rein innertürkische Angelegenheit. Sie handelten nicht unter dem Einfluß einer äußeren Macht. Die Machtübernahme durch General Jaruzelski dagegen ist ohne den Druck der Sowjetunion nicht denkbar.

— Das Verhältnis der beiden Militärregierungen zu ihrem Volk ist völlig verschieden. Im Falle der Türkei gehen fast alle in- und ausländischen Beobachter davon aus, daß die überwiegende Mehrheit des türkischen Volkes hinter dem Eingreifen der Militärs steht. Als Alternative sahen die Türken nicht Demokratie oder Militärregierung, sondern Anarchie und Terrorismus oder Militärregierung. Die Türken haben zudem Vertrauen in die Zusagen ihrer Militärs, eine demokratische Ordnung wiederherzustellen. In Polen dagegen hat das Militär eine von breiten Schichten des Volkes getragene Reform- und Freiheitsbewegung unterdrückt.

— Die Ziele der beiden Militärregierungen sind entgegengesetzt. Beide wollen zwar die Erhaltung eines Systems. Aber Ziel der türkischen Generale ist die Erhaltung bzw. die Wiederherstellung der türkischen Demokratie; Ziel der polnischen Militärregierung dagegen ist die Erhaltung des kommunistischen Herrschaftssystems.

Allerdings: streitig wird die Frage nach der Verwirklichung von Menschenrechten unter nichtkommunistischen Militärregierungen und kommunistischer Herrschaft bleiben. Zu unterschiedlich sind Wertvorstellungen und politische Maßstäbe, nach denen geurteilt wird.

III. Kritik an Keskin

Eine andere als die oben vorgelegte Analyse der türkischen Krise und der türkischen Militärregierung hat Hakki Keskin in dieser Zeitschrift gegeben¹²⁾.

Keskin verfügt über stupende Türkeikenntnisse; die Ernsthaftigkeit und das Engagement Keskins sollte man respektieren, auch dann, wenn man anderer Ansicht ist. Keskin gibt eine große Zahl zutreffender Ursachen und Erscheinungsformen für die türkische Krise an: Zahlungsbilanzdefizit, hohe Arbeitslosigkeit, ungleiche Einkommensverteilung, fehlende Steuerreform u. a. Zahlreichen Einzelheiten, vor allem aber seiner Interpretation der Wirtschaftskrise, muß entschieden widersprochen werden. Zu widersprechen ist auch seiner theoretischen Grundvorstellung sowie der darauf aufbauenden Analyse der politischen Lage in der Türkei. Die oben gegebene Darstellung der türkischen Krise und der Militärregierung enthält implizit bereits die Kritik an Keskin. Explizit seien hier noch fünf grundsätzliche kritische Bemerkungen angefügt:

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Nach Keskin verlief „die Wirtschafts- und Außenwirtschaftsorientierung der Türkei ... bis heute ... konsequent nach den Rezepten des IWF“¹³⁾. Gerade das Gegenteil ist richtig: Die wirtschaftspolitischen Stabilisierungsprogramme des IWF anlässlich der Zahlungsbilanzkrisen 1958 und 1970 wurden nur kurze Zeit eingehalten. Dadurch wurden die ersten bereits eingetretenen Sanierungserfolge — vor allem Exportsteigerungen nach 1970 — wieder zunichte gemacht¹⁴⁾.

Zahlreiche Einzelheiten über die Rolle des IWF sind von Keskin verzerrt dargestellt worden. So ist es einfach nicht zutreffend, wenn Keskin behauptet, daß es zu den Bedingungen des IWF gehört habe, die Exportmöglichkeiten der Türkei nicht zu mobilisieren. Im Gegenteil: Der IWF betonte die Notwendigkeit steigender Exporte zum Ausgleich der Leistungsbilanz. Er wollte dies erreichen durch die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft, wozu notwendigerweise eine realistische Wechselkurspolitik durch Abwertung der türkischen Währung gehörte. Aufgrund des IWF-

Stabilisierungsprogramms vom Januar 1980¹⁵⁾ erzielte die Türkei deshalb auch geradezu dramatische Erfolge beim Export. Hinter Keskins Analyse der Rolle des IWF steckt nichts anderes als die Auffassung, daß der IWF der Erhaltung der ökonomischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern diene. Dieses Konzept verstellt den nüchternen Blick auf das Verhältnis zwischen IWF und Türkei¹⁶⁾.

US-Entwicklungsmodell

Keskin zufolge hat die Türkei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Wirtschaftspolitik zunehmend nach einem ihr oktroyierten US-Entwicklungsmodell betrieben; dieses US-Entwicklungsmodell mit Hilfe von Auslandsverschuldung und Auslandsinvestitionen sei die Ursache für die türkische Wirtschaftskrise. Ursachen und Erscheinungsformen der türkischen Wirtschaftskrise sind jedoch nicht durch „klassisch-kapitalistische Entwicklungsvorstellungen“ bedingt, sondern im Gegenteil durch eine Vernachlässigung marktwirtschaftlicher Prinzipien — ergänzt durch eine unsolide Geld- und Finanzpolitik.

Kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung

Keskin macht elf Vorschläge zur „Korrektur der Fehlorientierung“, die allerdings nicht in wenigen Jahren zu verwirklichen seien¹⁷⁾.

Seine wichtigsten Vorschläge sind: Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits, Verstärkung des inländischen Sparens, erhöhte Energieerschließung aus inländischen Energiequellen, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Investitionen in weniger entwickelten Gebieten und Reformen (Landreform, Ausbildungsreform,

¹²⁾ Einen kurzen Überblick über die von IWF, Weltbank und OECD durchgeführte internationale Türkeiaktionsaktion 1979—1981 geben R. Geberth, *The Role of OECD in the Task of Bringing the Turkish Economic Crisis under Control*, in: Winfried Veit (Editor), *Turkey. Crisis or Opportunity*, Vierteljahresberichte Probleme der Entwicklungsländer, Nr. 86, Dezember 1981, S. 371 ff., und U.-J. Pasdach, *Mit weltweiter Hilfe vielleicht zum dynamischen Wirtschaftspartner*, in: *Die Welt*, 5. 10. 1981 („Welt Report Türkei“).

¹³⁾ Dieses theoretische Konzept ist ausführlich dargestellt von R. Tetzlaff, *Die Weltbank. Machtinstrument der USA oder Hilfe für Entwicklungsländer?* München, London 1980. In dem Abschnitt „Der IWF als Zuchtmeister für Schuldnerländer“ beschreibt Tetzlaff beispielhaft auch die Türkei, S. 233 f.

¹⁴⁾ H. Keskin, *Die Krise in der Türkei*, a. a. O., S. 23.

¹²⁾ H. Keskin, *Die Krise in der Türkei. Chancen des Militärs — Zukunft der Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/81.

¹³⁾ Keskin, *Die Krise in der Türkei*, a. a. O., S. 7.

¹⁴⁾ Vgl. Y. Tolun, *An Analysis of the IMF Recovery Plan and its Social and Domestic Consequences*, in: *Die türkische Krise*, a. a. O., S. 137 ff.

Steuerreform u. a.). Diese zentralen Forderungen Keskins entsprechen weitgehend dem von ihm abgelehnten Wirtschaftsprogramm der letzten Regierung Demirel, das gemeinsam mit dem IWF und der Weltbank konzipiert worden war.

Die Militärregierung hat bereits erfolgreich mit der Verwirklichung der meisten dieser Vorschläge Keskins begonnen. Ist also aus dem Systemkritiker Keskin plötzlich ein wirtschaftspolitischer Pragmatiker geworden? Wohl kaum. Aber vielleicht ist hier ein leichtes (nur taktisch bedingtes?) Abrücken von seinen bisherigen grundsätzlichen ideologisch-dogmatischen Positionen zu erkennen. Allerdings stellt er dies mit Punkt 12 seines Maßnahmenkatalogs selbst wieder in Frage: „... können die Erfolgchancen dieser Maßnahmen ohne eine radikale Änderung des bestehenden Entwicklungsmodells und Systems insgesamt nicht von Dauer sein“¹⁸⁾.

Vorbild: Sozialistische Planwirtschaft

Keskin bleibt eine eindeutige Antwort darauf schuldig, wie das politische und gesellschaftliche System der Türkei aussehen soll. Seine Ausführungen über „strukturelle Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft vom Ausland“ könnten die Schlußfolgerung zulassen, daß Keskin eine wirtschaftliche Entwicklung der Türkei im Sinne der Abkoppelungsthese befürworte: nicht Integration in den Weltmarkt durch eine exportorientierte Wachstumsstrategie, sondern Abkoppelung vom Weltmarkt durch eine Orientierung an den Bedürfnissen des türkischen Volks, welche auch immer diese sein mögen bzw. wer auch immer diese bestimmen mag. Diese einseitige Wirtschaftspolitik der binnenmarktorientierten Wirtschaftsentwicklung wird häufig von den Theoretikern eines Abhängigkeitsverhältnisses der Entwicklungsländer von den Industrieländern vertreten (Dependenztheorie).

Letztlich scheint aber Keskin nicht eine derartige abgekoppelte Wirtschaftsentwicklung zu befürworten. Als Alternative zu dem von ihm sogenannten US-Entwicklungsmodell sieht er die sozialistische Planwirtschaft des Ostblocks, zumindest beschreibt er sie mit großer Sympathie:

„Wenn diese Arbeit unsere grundlegende These untermauert hat, daß die Unterentwicklung der Dritten Welt und die Entwicklung der neo-imperialistischen Staaten einen ... untrennbar miteinander verbundenen Prozeß darstellen und daher unter der Regie des

¹⁸⁾ Ebd.

Weltkapitals und der imperialistischen Staaten eine den Bedürfnissen der Länder der Dritten Welt entsprechende Entwicklung nicht möglich ist, so ist mit Recht zu fragen, wie wir uns dann die Entwicklung eines unterentwickelt gehaltenen Landes vorstellen ...

Die eine Alternative, den Weg der kapitalistischen Welt, nämlich das kapitalistische Entwicklungsmodell, haben wir vorgestellt und feststellen können, daß das kapitalistische Weltssystem ... bis heute kein Beispiel liefern kann, wo in einem von ihm beherrschten Land der Dritten Welt sein Modell zum Erfolg geführt hätte. Vielmehr ist sein Entwicklungsmodell überall gescheitert, auch in der Türkei ...

Die andere Alternative für eine rasche und allseitige Entwicklung der Länder der Dritten Welt ist die sozialistische Planwirtschaft. Was auch immer unsere politische Einstellung sein mag, wir können die bedeutenden Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft seit einem halben Jahrhundert ... nicht leugnen.“¹⁹⁾

Falsch ist die Behauptung Keskins, daß ein kapitalistisches, besser gesagt: marktwirtschaftliches Entwicklungsmodell in der Dritten Welt keine Erfolge haben könne. Die wirtschaftlichen Erfolge Japans, Taiwans, Südkoreas, Brasiliens, Hongkongs, Malaysias, Kenias und der Elfenbeinküste, z. T. auf der Basis von Agrarreformen und -entwicklung, beweisen dies deutlich (eine andere Frage ist das politische System in einigen dieser Länder). Und schließlich waren auch einmal Deutschland und USA — im Verhältnis zu Großbritannien — Entwicklungsländer.

Peripherie und Zentrum

Keskin vertritt die Auffassung (dies tritt in seinem Buch deutlicher hervor als in seinem Aufsatz), daß die Ursache für die Unterentwicklung der Türkei wie für die gesamte Dritte Welt das kapitalistische System sei. Dieses Konzept geht aus von der Ausbeutung der Dritten Welt, der sogenannten Peripherie, durch die westlichen Industriestaaten, das sogenannte Zentrum²⁰⁾. Diese Theorie übersieht,

¹⁹⁾ H. Keskin, Die Türkei: Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat ... a. a. O., S. 249.

²⁰⁾ Eine gute und lesbare kritische Auseinandersetzung mit der Theorie von Zentrum und Peripherie leisten aus liberaler Sicht: R. Aron, Plädoyer für das dekadente Europa, Berlin, Frankfurt/M. 1978, in dem Kapitel „Über den Imperialismus ohne Imperium“, sowie R. F. Behrendt, Die Zukunft der Entwicklungsländer als Problem des Spätmarxismus, in: M. Bohnet (Hrsg.), Das Nord-Süd-Problem, München 1971. Eine gute Darstellung aus der Sicht des Historikers gibt W. J. Mommsen, Imperialis-

daß die Unterentwicklung primär nicht auf externen Gründen beruht, sondern vorwiegend in den Entwicklungsländern selbst begründet

mustheorien, Göttingen 1980². Für die Behandlung im Rahmen der Wirtschaftswissenschaft sei auf die beiden zuletzt erschienenen Lehrbücher zur Entwicklungstheorie und -politik verwiesen: J. B. Donges, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik, Berlin-Heidelberg-New York 1981, und W. Ochel, Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft, Köln 1982.

ist — zumindest ist Unterentwicklung nicht monokausal, sondern durch einen Komplex interner und externer Ursachen bedingt. Die positive wirtschaftliche Entwicklung in einer Reihe von Entwicklungsländern macht auch deutlich, daß durch eine marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik das sogenannte Abhängigkeitsverhältnis, das sie auf dem Stand eines Rohstoffproduzenten hält, überwunden werden kann.

Rafael Seligmann: Die sicherheitspolitische Konzeption Israels

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/82, S. 3—12

Das Konzept der israelischen Sicherheitspolitik beruhte seit Mitte der sechziger Jahre auf folgenden Überlegungen:

a) Die arabischen Staaten sollten durch eine kombinierte Anwendung des militärischen und diplomatischen Instrumentariums von einer unzumutbaren Beeinträchtigung der permanenten Sicherheitslage Israels abgeschreckt werden.

b) Sollte diese Abschreckung versagen und die arabischen Staaten Vorbereitungen für eine militärische Aktion treffen, so müßte ihnen die israelische Armee zuvorkommen.

Die Diplomatie hatte dabei die Funktion, im Ausland um Unterstützung für den israelischen Standpunkt in seiner Auseinandersetzung mit den Nachbarn zu werben. Mittel der Abschreckung waren Vergeltungsaktionen gegen Freischärler, eindeutige und deklarierte Definitionen von Kriegsgründen und begrenzte militärische Aktionen gegen feindliche Staaten. Ihre Wirksamkeit basiert auf der Einschätzung der Fähigkeiten und der Entschlossenheit Israels seitens der arabischen Nachbarn. Sie war nach israelischer Auffassung dann nicht mehr gegeben, wenn die arabischen Staaten nicht daran gehindert werden konnten, aggressive Maßnahmen zur Veränderung der militärischen Balance zu ergreifen. In diesem Fall erfolgte ein offensives militärisches Vorgehen im Sinne eines Präventivkrieges.

Auf der strategischen Ebene war es in diesem Kontext Ziel der Aktionen, die feindlichen Streitkräfte möglichst rasch niederzuwerfen. Unter operativen Gesichtspunkten sollte die Auseinandersetzung so schnell als möglich in das feindliche Territorium getragen werden, wobei auf der taktischen Ebene auf massierte Verbände an bestimmten Schwerpunkten des Frontverlaufs gebaut wurde, die die Vernichtung feindlicher Armeen trotz numerischer Unterlegenheit ermöglichten.

Hartwig Bierhoff: Das andere Israel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/82, S. 13—23

Die politische Auseinandersetzung um innen- wie außenpolitische Fragen ist in Israel seit dem Juni-Krieg von 1967 in vollem Gang. Seit diesem Zeitpunkt sind in Israel verschiedene Gruppen eines „anderen Israels“ bemüht, Perspektiven für eine politische und kulturelle Zukunftsgestaltung zu entwickeln. Auf der einen Seite stehen die nationalistischen Gruppierungen, vielfach mit ultra-orthodoxen Vertretern des Judentums verbunden, auf der anderen Seite finden sich die Kräfte des politischen Lebens in Israel, die vor der Gefahr des Mißbrauchs der zionistischen Ideen und der jüdischen Religion warnen.

Die Binnenkonflikte zwischen europäischen und orientalischen Juden, zwischen israelischen Juden und israelischen Arabern verdeutlichen, daß die Herausforderungen, vor die der Staat Israel gestellt ist, nicht nur außenpolitischer Natur sind. Den Entwicklungsprozeß innerhalb der israelischen Gesellschaft nachzuzeichnen, der seit 1967 eingesetzt hat, wird an exemplarischen Problemstellungen versucht.

Norbert Jessen: ORT — „Hilfe zur Selbsthilfe“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/82, S. 24—31

Als „Jüdische Vereinigung für Handwerk und Landwirtschaft“ (Obstschestwo Rasprostraneniya Truda) wurde „ORT“ 1880 im zaristischen Rußland gegründet. Von Anfang an strebte die Organisation mit Erfolg eine Massenbasis beim Aufbau ihrer Mitgliederstruktur an. ORT sollte nicht ein weiterer Rahmen philanthropischen Mäzenatentums sein, sondern das Ziel war eine umfassende Veränderung und Verbesserung der Lebensmöglichkeiten für die russischen Juden.

Nach den Revolutionswirren kam es 1921 in Berlin zur Gründung eines internationalen Hilfswerks und auch einer „ORT-Gesellschaft — Abtlg. Deutschland e.V.“. An deren Entwicklung — vom Finanzierungspartner für die „Hilfe an die ostjüdischen Brüder“ bis zum Hilfeempfänger in der Zeit des Nationalsozialismus und nach dem Zweiten Weltkrieg — lassen sich Anpassungs- und Aktionsfähigkeit des ORT-Programmes besonders deutlich aufzeigen. Heute ist ORT mit 800 Schulen und 120 000 Schülern in fast 30 Staaten die größte Berufsbildungsorganisation der Welt.

Herfried Münkler: Afghanistan: Legitimität der Tradition und Rationalität der Modernisierung

Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/82, S. 32—44

Abstrahierend vom Ost-West-Konflikt, der spätestens seit der sowjetischen Intervention den afghanischen Bürgerkrieg überlagert hat, werden hier die jeweiligen Rechtfertigungen untersucht, auf die sich die in Afghanistan gegeneinander kämpfenden Parteien jeweils berufen. Geht es den Partisanen um die Verteidigung ihrer traditionellen Lebensordnung und der dieser zugehörigen Institutionen, so will die von der Sowjetunion an der Macht gehaltene Regierung das Land politisch und wirtschaftlich modernisieren, um so die Armut in einem der „rückständigsten“ Länder der Welt überwinden zu können.

Die Ordnung des Paschtunwali, auf die sich die Partisanen u. a. berufen, ist durch das weitgehende Fehlen hierarchischer Strukturen gekennzeichnet. Die Gleichheit aller Paschtunen beruht darauf, daß Paschtunen und paschtunische Gemeinwesen souverän sind und keine übergeordnete Macht anerkennen.

Mit Hilfe britischer Subsidien ist es den afghanischen Königen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gelungen, einen locker gefügten Staatsapparat aufbauen zu können, der mit der traditionellen Ordnung konkurrierte, sie jedoch nie völlig außer Kraft zu setzen vermochte. Erst durch die zunehmende Integration des afghanischen Wirtschaftslebens in den Weltmarkt ist die traditionelle Ordnung unterhöhlt worden; sie erscheint heute den städtischen Intellektuellen nur noch als ein Hemmnis auf dem Weg politischer und ökonomischer Modernisierung. An europäischen Vorbildern orientiert, verlangen diese Intellektuellen die Aufhebung der alten Normen und Bräuche, um das Land aus Armut und Not herauszuführen zu können. Da dem von ihnen entworfenen Reformprogramm jedoch die gesellschaftlichen Träger fehlten, waren sie von vornherein auf den Weg der autoritären Reform von oben verwiesen.

Die Intensität, mit welcher die Kämpfe in Afghanistan ausgetragen werden, resultiert nicht zuletzt aus den grundlegend verschiedenen Legitimitäten und politischen Zielvorstellungen, auf die sich beide Seiten berufen. Politische Kompromisse scheinen dadurch ausgeschlossen zu sein. Doch die beiderseitige Flucht in die Gewalt hat weder den Zerfall der Traditionen aufgehalten noch die Modernisierung zu beschleunigen vermocht. Wie auch immer der Krieg enden wird: beide afghanischen Bürgerkriegsparteien werden die Verlierer sein.

Uwe-Jens Pasdach: Modernisierung und Stabilität in der Türkei: Die türkische Krise — Chancen des Militärs

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/82, S. 45—54

Am 12. September 1980 übernahm zum dritten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg das türkische Militär die Regierungsgewalt angesichts des zunehmenden Verfalls der Staatsautorität. Dahinter verbirgt sich eine tiefgehende Krise der Türkei.

In Abschnitt I werden diese Krise und ihre Ursachen dargestellt. Kemal Atatürks Revolution gelang gleichzeitig die sozio-ökonomische Modernisierung und die Schaffung einer stabilen politischen Ordnung. Vielfältige Wandlungsprozesse als Folgen der Modernisierung verbreiterten das ideologische Spektrum und schufen eine zunehmend instabile politische und soziale Lage — bis hin zu politischem Radikalismus, Terrorismus und Anarchie. Das Aufkommen eines extremen Nationalismus, des Islamismus und des Marxismus/Linksextremismus stellten die demokratische, nationalstaatliche und laizistische türkische Republik in Frage. Hinzu kam eine tiefgehende Zahlungsbilanz- und Wirtschaftskrise.

In Abschnitt II werden die politischen Ziele und die praktische Politik der neuen Militärregierung dargestellt. Das Militär betrachtet sich als Hüter des Staats und ergriff bereits zweimal (1960, 1971) die politische Macht, um sie bald wieder an das Parlament zurückzugeben. Die Korrekturkraft dieser Interventionen scheint abgenommen zu haben. Die Militärregierung vom September 1980 möchte daher tiefgreifendere Verfassungsreformen durchführen mit dem Ziel, die türkische Demokratie auf eine stabilere Grundlage zu stellen. Im Kampf gegen den Terrorismus war die Militärregierung erfolgreich, ihre marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik hat bereits zu beachtlichen Erfolgen geführt. Ob das Militär auch (verfassungsrechtliche) Grundlagen für eine stabilere Demokratie legen kann, dies wird erst die Zukunft zeigen.

In Abschnitt III erfolgt eine kritische Würdigung von H. Keskins Analyse der türkischen Krise und der Militärregierung — ebenfalls erschienen in dieser Zeitschrift (B 40/81).